

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Angriffe gegen das Koalitionsrecht.

Gesetzliche Arbeiterschutzvorschriften und ein die gesamte Arbeiterklasse umfassendes gesichertes, geschütztes Koalitionsrecht ist dringend erforderlich zum Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Hebung der Kultur. In wachsendem Maße hat die herrschende Klasse sich gegen die Arbeiterschutzvorschriften, gegen eine Erweiterung, gegen eine Sicherung, ja gegen eine Ausübung des Koalitionsrechtes gewendet. Die Unternehmerklasse hat die Tendenz, die persönliche Arbeitskraft zu vergerständlichen, die Arbeiter zu Wesen degradieren, die wesentlich als Arbeitsmaschinen des Kapitalisten Dienste zu verrichten haben. Der Heißhunger der Kapitalistenklasse nach Profit hat den biblischen Satz: „Im Schweize deines Angesichts sollst du dein Brot essen“ in den Satz umgewandelt: „Im Schweize deines Angesichts will ich mein Brot essen und mein Kapital vermehren. Lebe, um für mich zu arbeiten.“ Ein Rückblick zeigt klar, wie die bürgerliche Klasse unverrückbar das Ziel der Beseitigung des Koalitionsrechtes im Auge hält und es der Regierung vorschreibt. Wie in der letzten Reichstagsession, so wird auch in der künftigen Tagung ein Versuch der bürgerlichen Parteien, das Koalitionsrecht direkt oder indirekt zur Aufhebung zu bringen, nicht unterbleiben. Einen Rückblick auf einige Tatsachen zeigt uns, wie die durch die Großindustrie beherrschten Parteien und Regierungen dem Koalitionsrecht feindselig gegenüberstehen.

Als am 8. Juli 1861 im preussischen Abgeordnetenhaus die Abgeordneten Dr. Faucher, Michaelis und Genossen eine Resolution einbrachten, welche die Ausnahmegesetze gegen das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter aus der preussischen Gewerbeordnung von 1845 beseitigen sollte, begründeten sie ihre Antragsteller unter anderem damit: „Die Folgen verführter Arbeitseinstellung sind die beste Abschreckung gegen die Wiederholung des Versuches“. Als im Jahre 1869 für die gewerblichen Arbeiter das Koalitionsrecht im § 152 der Gewerbeordnung zur Einführung gelangte, wurde daneben statt einer Sicherung des Koalitionsrechtes der Galgen des § 153 der Gewerbeordnung gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes errichtet. Freilich, allemal wurde von bürgerlichen Parteien, selbst vom nationalliberalen Professor Gneist noch im Jahre 1878, das Koalitionsrecht als eine „Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung“ hingestellt. Verweigert wurde es aber insbesondere den ländlichen Arbeitern, den Staatsarbeitern, den Eisenbahnarbeitern usw. Verweigert entgegen der preussischen Verfassung, die das Vereinigungsrecht für alle Bürger festsetzt; verweigert, inwieweit die preussische Regierung vor dem Österreichischen Kriege unter dem 10. Februar 1866 die Aufhebung der Strafbestimmungen wegen Ausübung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter als dringend notwendig anerkannte und die Aufhebung des § 3 des gegen die ländlichen Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetzes vom 24. April 1854, „aus Gründen des Gemeinwohl“ beantragte. Der berüchtigte § 3 bedroht bekanntlich mit Gefängnis bis zu einem Jahre die gemeinsame Verabredung zur Arbeitsniederlegung zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Völlig vorenthalten bis heute ist das Koalitionsrecht weiten Klassen der Bevölkerung, inwieweit noch im Jahre 1867 der konservative Abgeordnete Wagner ausdrücklich erklärte, „daß er es für völlig unzulässig hält, nachdem man das Vereinsrecht in der größten Ausdehnung bewilligt hat, dem Arbeiterstande noch denjenigen Teil des Vereinsrechtes vorenthalten zu wollen, der allein für ihn ein wertvoller ist“.

Das bürgerliche Koalitionsrecht ist widerwillig gegeben, und in immer schärferer Weise wird versucht, es durch neue Gesetze, durch die Verwaltungspraxis und durch die Rechtsprechung außer Wirksamkeit zu setzen. Als das schandbare Sozialistengesetz am 9. Oktober 1878 in zweiter Lesung zur Beratung stand, äußerte der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck gegen die Bedenken, daß nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes den Arbeitern das durch § 152 der Gewerbeordnung garantierte Koalitionsrecht genommen würde:

„Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt, zu bemerken, daß ich eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Anteil an den Erträgen der Industrie zu gewährleisten und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, soweit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die abgesetzte Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten.“

Der nationalliberale Herr v. Bennigsen betonte damals ähnliches, lobte die englischen Trades Unions und forderte die Arbeiter auf, diesen nachzustreben, um „gemeinsamlich ihre Forderungen, wenn nicht heute, so doch nach und nach gegenüber den Kapitalisten durchzusetzen.“ Und was geschah? Sofort nach Inkrafttreten des Schandgesetzes wurden sämtliche Gewerkschaften mit Ausnahme des Buchdruckerverbandes verboten. Diese älteste deutsche Arbeiterorganisation entging der Auflösung nach vielerlei Schikanierungen nur dadurch, daß sie sich freiwillig unter polizei-

liche Kontrolle stellte. Gewerkschaftsversammlungen wurden aufgelöst, Führer der Gewerkschaften ausgewiesen; das war die „Förderung“ der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Der Minister v. Puttkamer erklärte, hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution, er werde jeder derartigen Bestrebung mit allen Machtmitteln des Staates entgegenreten. Aus Anlaß des Maurerstreiks von 1885 wendete sich eine Deputation der Berliner Bau-Innungsmeister an den Justizminister und überreichte eine Liste der „Häufelührer“ des Streiks von 1885. Darauf hin wurden die Führer der Maurerbewegung ausgewiesen, der Maurerfachverein aufgelöst und es erging der berüchtigte Puttkamer-Erlaß vom 11. April 1886. Der Erlaß wendete sich gegen das Streikpostensystem und selbst dagegen, daß die Arbeiter durch „Ueberredung“ ihre Genossen zum Beitritt veranlassen sollten.

Um dieselbe Zeit, als die Staatsgewalt gegen die Betätigung des Koalitionsrechtes mobil machte, begann die Rechtsprechung ihre Interpretationskünste zwecks Unmöglichmachung der Streiks. Im Jahre 1888 wurde zum erstenmal vom Reichsgericht eine jener Entscheidungen erlassen, nach der die Drohung mit einem Streik zwecks Verhütung des Streiks unter Umständen als Erpressung geahndet werden durfte. Das den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse wildfremd gegenüberstehende Reichsgericht erklärte gar, in dem Urteil des 4. Strafsenats vom 3. Dezember 1889, daß die Koalitionsfreiheit ein „strafrechtliches Privilegium“ sei.

Das Sozialistengesetz fiel. Unter dem Ministerium des Herrn von Borkes wurde noch im Jahre 1890 in der Gewerbeordnungsnovelle eine erhebliche Verschärfung des § 153 beantragt. Der Tatbestand sollte ausgedehnt, als Minimalstrafe ein Monat festgelegt und die heutige Maximalstrafe von drei Monaten auf ein Jahr erhöht werden. Der § 153 fiel, keineswegs ähnliche Bestrebungen. Es genüge, nach der Richtung zwei Titate der Vergehenheit zu entreißen. Beim Buchdruckerstreik 1891 schrieb die „Freisinnige Zeitung“ unter dem 13. Dezember 1891:

„Hiernach kann es für keinen Unbefangenen mehr ein Zweifel sein, daß es sich bei diesem Streik allgemein darum handelt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu vertreten gegenüber einer freien, sozialdemokratischen Kriegserklärung. Diejenigen Buchdruckereibesitzer, welche unter solchen Umständen noch die Forderungen der Streikenden bewilligen, machen sich der Begünstigung der Sozialdemokratie und der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung schuldig.“

Am 14. Januar 1893 erklärte der spätere Minister, damalige nationalliberale Abgeordnete Müller: „Ueberhaupt sind Streiks dieser Art wie eine Art Geisteskrankheit, eine Epidemie, die über die Menschen fällt, ohne verständliche Gründe.“

Das Bohren der Großindustrie gegen die Gewerkschaften ging unablässig weiter und hatte Erfolg. Im Februar 1889 hatte der deutsche Kaiser geäußert, es sei notwendig, „den Arbeitern die Ueberzeugung zu schaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind und allseitig als solcher anerkannt werden.“ In den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 wurde ausdrücklich betont, „daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Der Zentralverband deutscher Industrieller tobte gegen Arbeiterschutz und erklärte: „In wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist der Arbeiter von der Gleichberechtigung durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen.“ Und die Bestrebungen des Zentralverbandes siegten. Am 17. Juni 1897 wurde die bekannte Rede Kaiser Wilhelms II. aus dem Sparrenberge bei Weiesfeld gehalten, in der er „rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem androht, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“ Am 11. Dezember 1897 erließ der Minister v. Posadowsky auf Veranlassung von Großindustriellen ein vertrauliches Schreiben, in dem er die Behörden zu Vorschlägen „gegen den Terrorismus“, gegen „Postenaustellen“, „Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Wahnhöfe, Hasenplätze) überwachen“ usw. aufforderte. Am 13. Dezember erklärte derselbe Minister sich unumwunden gegen das Koalitionsrecht. Er führte wörtlich aus:

„Meine Herren, der Abgeordnete Vebel ist dann auch auf das bestehende Koalitionsverbot für Vereinigungen von Arbeitern zu sprechen gekommen. Ich glaube, wenn es in irgend einem Lande weniger nötig ist, solche Arbeiterkoalitionen zuzulassen, so ist das in Deutschland. In einem Lande, wo das direkte allgemeine Wahlrecht besteht, werden schon durch die Schwerkraft der Tatsache, daß die Arbeiter die große Masse der Wähler bilden, die Interessen der Arbeiter eine lebhaft und wirksame Unterstützung finden. Infolgedessen ist eine Vertretung der Arbeiter, wie sie in den Koalitionen liegt, bei uns nicht annähernd so notwendig, wie in anderen Staaten mit anderem Wahlmodus.“

In derselben Rede führte er aus, daß die Regierungen gegenwärtig den Arbeiterkoalitionen skeptisch gegenüberstehen; dazu trage auch die Entwicklung der Verhältnisse in England bei.

Am 26. Mai 1899 wurde das berüchtigte Zuchtgesetz, betitelt „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ vorgelegt. Das Reichsamt des Innern ersuchte den Zentralverband deutscher Industrieller: „Daß die Industrie 12 000 Mark zum Zweck der Agitation zum Entwurf zur Verfügung stellen möchte.“ Das Zuchtgesetz wurde verscharrt.

Von nun an wurden andere Wege zur Beseitigung der Ausübung des Koalitionsrechtes eingeschlagen. Während Rechtsprechung und Verwaltung immer mehr die Ausübung des Koalitionsrechtes durch Auslegung von Gesetzen zu verhindern suchten, wurde gleichzeitig auf Umwegen, durch die Einzelstaaten, gegen das Koalitionsrecht und seine Ausdehnung vorgegangen. Der Lübecker Senat erließ am 24. April 1900 eine rechtungsgültige Verordnung gegen das Streikpostensystem. Sie wurde im Reichstage gekennzeichnet und später in dem Strafverfahren gegen den Genossen Wollenbuhr auch vom Reichsgericht als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Trotzdem sind die Einzelstaaten, Preußen voran, mit landesgesetzlichen Polizeiverordnungen gegen die Ausübung des Streikpostensystems bis in die neueste Zeit hinein vorgegangen.

Gegenüber den ländlichen Arbeitern versuchte der deutsche Landwirtschaftsrat seit dem Jahre 1894 durch ein Reich einzelstaatlicher Gesetze die preussischen Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter auf ganz Deutschland zu übertragen und die Ausnahmegesetze noch zu verneuern. Dem ersten nach dieser Richtung erlassenen Gesetze, dem anhaltischen Gesetze vom 16. April 1899, welches den Kontraktbruch mit Strafe bedroht und ländliche Arbeiter mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht wissen will, wenn sie durch Verabredung der Einstellung der Arbeit bessere Lohn- oder Arbeitsbedingungen zu erringen suchen, stimmte auch ein Freisinniger, der anhaltische Abgeordnete Jmer, zu. Der geschäftsführende Aufsicht der Freisinnigen Volkspartei erklärte unterm 7. Juli 1902, daß das Rürnberger Parteiprogramm das zulasse. Andere folgten dem anhaltischen Vorgehen; das im Jahre 1904 für Preußen versuchte Hörigkeitsgesetz scheiterte an dem Widerstande der Arbeiter.

Der Kampf gegen die Gewerkschaften seitens der bürgerlichen Parteien hat neue, verfeinerte und gefährlichere Formen angenommen. Die beiden durch die Auflösung des Reichstages beseitigten Entwürfe, der Entwurf eines Gesetzes über die Hülfsklassen und das Antigewerkschaftsgesetz, sind direkt gegen die Gewerkschaften gerichtet. Das Antigewerkschaftsgesetz sollte nach Posadowskys Erklärung vom 24. Dezember die Grundlage für ein neues Arbeiterrecht bilden. Behördlich genehmigte Arbeitervereine, die tatsächlich als Schutztruppe der Unternehmerklasse fungieren und die am polizeilichen Halfterband geführt werden, sollten durch dies Gesetz zu offiziellen Vertretern der Arbeiterklasse erhoben werden! Den Landarbeitern, den Eisenbahnarbeitern, den Staatsbeamten sollte auf immer das Koalitionsrecht, der wesentlichste Teil des Vereinsgesetzes reichsgesetzlich, vorenthalten werden. Die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften sollte unmöglich gemacht werden. Man täuschte sich nicht darüber, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums der Grundlage dieses Gesetzes zustimmen wollten. Die „Tägl. Rundschau“ hat dieser Tage behauptet, der Zentrumsabgeordnete Trimborn habe einen Herrn von Schönberg dem Minister von Posadowsky als brauchbaren Arbeiter empfohlen. Herr von Schönberg sei Regierungsrat geworden und werde von seinen Kollegen als der „schwarze Kurier“ bezeichnet, der zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Zentrum hin und her pendele. Tatsächlich ist die Verbindung zwischen dem Zentrum und dem Reichsamt des Innern eine sehr enge. Hierbei mag Trimborn glauben zu lenken, tatsächlich wird er durch das vom Zentralverband deutscher Industrieller beeinflusste Reichsamt selbst geleitet. Daher ist seine Bereitwilligkeit erklärlich, der Grundlage der Antigewerkschaftsvorlage zuzustimmen, einer Vorlage, die in so hinterhältiger und ungeheurer Weise gegen das Menschenrecht der Arbeiter vorgeht, wie kein Gesetz der Welt. Wir weisen oben auf das Hülfsklassengesetz hin, es sei auch darauf hingewiesen, daß in dem ebenfalls unerledigt gebliebenen Gesetze über den Versicherungsvertrag unter ausdrücklicher Zustimmung des Zentrums landesgesetzliche Vorbehalte für die Versicherungsgesetzgebung eingeräumt wurden. Der Plan des Zentralverbandes deutscher Industrieller, übertragen durch die Regierung und unterstützt durch das Zentrum, ging offensichtlich dahin: nachdem man die Streikbrecherkolonnen als gesetzliche Vertreter der Arbeiterklasse nominiert hatte, wollte man die ohne polizeiliche Genehmigung erfolgte Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern, grad wie unterm Sozialistengesetz, unmöglich machen und bestrafen. So hoffte man jede Aktionsfähigkeit einer Gewerkschaft lahmlegen zu können!

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsblättrige Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Aus dem kurzen, keineswegs vollständigen Ueberblick über die Bestrebungen der bürgerlichen Klassen auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes geht klar die Feindseligkeit, ja der Haß der herrschenden Klasse gegen das Koalitionsrecht hervor. Die Antigenerechtsbewegung muß einen jeden Arbeiter, er stehe politisch auf welchem Boden es sei, zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß die gesamten bürgerlichen Parteien als eine reaktionäre Masse dem Menschenrecht der Arbeiter entgegenstehen und die höchste nationale Ware, die Arbeitskraft, aufs äußerste gefährlich zu mißhandeln bestrebt sind.

Auf die gesamten bürgerlichen Parteien paßt das Wort, das Professor v. Treitschke über das System schmutziger Geldgier der französischen Bourgeoisie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts prägte:

„Als diese in geschäftigen Klassenkämpfen verbildete Bourgeoisie die Fügung des Staates in die Hände nahm, da begann ein Regiment ständiger Selbstsucht, das manche Sünde des französischen Sozialismus entschuldigt. . . Prohodend nennen die Fabrikanten und Kaufleute in der Kammer sich selber Feudalherren der neuen Gesellschaft. Für das Elend des kleinen Mannes hat die Staatsgewalt kein Auge. Er muß zusehen, wie ihm die unentbehrlichsten Waren verteuert werden durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Taschen der Unternehmer wandert, und wird durch partielle Gesetze verhindert, mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn durchzusetzen.“

Am 25. Januar gilt es, mit den Bedrängern des Koalitionsrechtes gründlich aufzuräumen.

Wahlkampf.

Liberaler Selbstbetrug.

In der Vorannahme der kommenden Dinge, suchen die liberalen Parteien sich selbst Mut zu machen. Der Selbsttäuschung dient auch eine Zusammenstellung derjenigen Kreise, in denen wir seit 1903 bei Nachwahlen Stimmenverlust zu verzeichnen haben. Bei den Nachwahlen ist aber von jeder eine schwächere Wahlbeteiligung zu konstatieren. Dazu kam, daß in einigen Kreisen lokale Vorgänge für uns die Wahl ungünstig beeinflussten. Wo solche Momente nicht mitspielten, haben wir auch bei den Nachwahlen Fortschritte zu verzeichnen. Erklärlicherweise werden diese Kreise in der gegnerischen Aufstellung aber — vergessen. Man will dem Spießer doch die Klunker in dem Gerde vom Rückgang der Sozialdemokratie nicht merken lassen. Die Kreise, in denen wir bei den Nachwahlen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben, sind die folgenden:

	Hauptwahl Zunahme der Stimmen gegen die Wahl im Jahre 1903	Stichwahl
Hannover	2422	—
Hferlohn	401	4755
Hagen	2428	3655
Hofgeismar	507	468
Essen	5955	8870
Kaiserslautern	538	244
Rärth	1593	—
Donauwörth	207	—
Eisenach	788	786

In Hofgeismar, Essen, Kaiserslautern und Donauwörth war unser Zuwachs von einem Stimmenrückgang bei den gegnerischen Parteien begleitet. Der 25. Januar 1907 wird dem Geschwafel von dem Rückgang der Sozialdemokratie für die Gegner ein Ende mit Schreden bereiten.

Hüttenherrschaft in Saarabien.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Am Montagabend nahmen unsere Genossen von Saarbrücken aus die erste Flugblattverbreitung an den Ausgängen der Köhlingischen Gießerei zu Völklingen vor. Am Hauptausgang des alten Gießereiweges in der Wilhelmstraße standen vier Mann, zwei ungefähr 500 Meter vom Eingang nach Wehrden zu, die anderen zwei etwa 20 Schritte vom Torausgang nach der Stadt. Eine Viertelstunde blieben unsere Genossen unbemerkt und die Flugblätter fanden freudige Abnahme. Mehrfach kamen Arbeiter, die sich an der nächsten Katerne von der Partierichtung des Flugblattes überzeugt hatten, zurück und baten um mehr für ihre Freunde. Schon hatte der Hauptstrom das Hüttenwerk verlassen, als plötzlich vier Hüttenaufseher auf die Landstraße stürzten und den Arbeitern die Annahme der Blätter verboten. „Kein Hüttenarbeiter darf ein solches Blatt annehmen und wer schon eins hat, schmeiße es sofort in den Dreck und trete mit Füßen darauf!“ Die Arbeiter waren über dieses Ansinnen sehr erstaunt und einer der bereits ein Blatt in der Hand hatte, sagte: „Echt will ich doch das Blatt lesen, dann werde ich es fortwerfen.“ „Wißt Du es sofort hinweg?“ schrie ihn der Aufseher an und als der Arbeiter noch immer das Blatt festhielt, rief der Hüttenvöggt es ihm aus der Hand, knieterte es zusammen und schloßerte es dem Manne ins Gesicht mit der Bemerkung: „Kausbus, drecksiger! Das werde ich Dir schon gedenken!“ Ein anderer Arbeiter wurde gezwungen, das empfangene Flugblatt in den Dreck zu werfen und darauf zu treten. Während er dies tat, hielt er die Hand auf den Rücken, um heimlich ein neues zu bekommen; aber das wurde von einem Antreiber bemerkt, er schnauzte den Arbeiter gehörig an und notierte ihn dann noch auf! Dabei wußten die Leute nicht, ob es sich um Zentrums- oder sozialdemokratische Flugblätter handelte. Genosse Leimpeters trat an den kommandierenden Hüttenbetreuer heran und fragte ihn, mit welchem Recht er den Leuten die Annahme der Flugblätter verbiete? Die Arbeiter hätten das Recht, die Blätter anzunehmen, sie seien Bürger eines freien Rechtsstaates und nicht die Sklaven der Völklinger Hütte. Diese Worte blieben auf die Arbeiter nicht ohne Eindruck und wieder streckten mehrere — es mochten sich an 30 bis 40 Mann angeammelt haben — die Hände nach der verbotenen Frucht aus und unsere Genossen wollten von neuem mit dem Verteilen beginnen. Nun wurden die Hüttenmeister rabiat und einer von ihnen rief mit Stentorstimme: „Ein Hüttenarbeiter, der es wagt, noch ein solches Drecksblatt anzunehmen, soll sehen, was ihm passiert! Hier befehlen wir und nicht der rote Lump mit seiner großen Schnauze! Wir geben Euch Lohn und Brot, diese Lumpen geben Euch nichts!“ Unsere Genossen wandten ein, daß die Arbeiter für den Lohn den sie erhielten, schwer schaffen müßten, das sei durchaus kein Geschenk. Darauf ein anderer Hüttenaufseher: „Ein paar handfeste Kerle her! Geht in den roten Lumpen einen Schuß, daß sie in den Dreck fliegen! Schlagt doch die Hunde nieder!“ Ein großer Hüttenarbeiter trat vor und rief: „Kein Hüttenarbeiter nehme jetzt mehr ein Blatt an, nachdem unsere Herren Meister so sehr dagegen sind.“ Die Situation wurde bedenklich, denn die Hüttenmeister drohten handgreiflich zu werden, während die Menge immer mehr anwuchs und die beiden Genossen eingeschlossen hatte. Genosse Leimpeters erklärte den Arbeitern: „Wir sind Arbeiter wie Ihr, haben Euch nichts getan, Euch nicht belästigt, auch Euren Meistern haben wir nichts getan, aber dennoch werdet Ihr jetzt angefordert, uns durchzuwürgeln, in den Dreck zu werfen, mit Füßen zu treten. Wenn Ihr nun glaubt, daß wir das verdient hätten und Ihr Eure Lage damit verbessern könnt, dann schlagt uns nieder; wir flieh gegen Euch machtlos, werden uns nicht einmal wehren, andernfalls laßt uns gehen!“ Die Arbeiter wichen sofort auseinander, ließen die Genossen aus dem Kreis heraus und als die Hüttenvöggt dieses sah, schrie einer vor Mut fast rasend: „Ist denn nicht ein beherzter Kerl unter Euch, der den Mut hat, zuzusprechen? Ihr feigen Hunde! Die roten Lumpen laßt Euch nachher nur noch aus! Schlagt die Hunde doch nieder! Trete sie in den A . . .“ daß sie in den Dreck

fliegen, daß ihnen das Wiederkommen für alle Zeiten vergeht!“ Die Arbeiter saßen tropaladem nicht zu, wichen vielmehr auseinander und nur einige, die direkt mit Namen genannt und aufgefordert wurden, unsere Genossen zu verfolgen, gingen, von einem Meister angetrieben, ihnen in gemessenen Schritten nach.

„Werft doch den Lumpen Steine auf den Kopf!“ schrie der Meister, während ein anderer in die Hütte zurück lief und „beherzter und handfester Kerle“ holte, um sie auf die Wehrlosen zu hegen. Es war aber zu spät, denn ehe er mit der Kolonne „handfester Kerle“ angestürmt kam, hatten die Verfolgten bereits den Bahnhof erreicht. „Wir sind gerettet!“ sagten die beiden fast gleichzeitig. Aber was wird aus unseren Kollegen auf der Wehrdener Chaussee werden, deren Rückgang am Hüttenort vorbeiführt und denen sie ebenfalls auf der Spur sind? Diese beiden wurden jedoch glücklicherweise von einem Hüttenarbeiter über ihre Lage in Kenntnis gesetzt und von ihm quersfeldend durch Wiesen und Felder den Verfolgern entzogen und in Sicherheit gebracht. Dem musterhaften Verhalten der armen Hüttenarbeiter verdanken es unsere Genossen, daß sie Völklingen, Köhlingens Königreich, mit heilen Knochen verlassen konnten. Aber dafür werden die Arbeiter blühen müssen. Nach dem Bahnhof kam noch ein Arbeiter zu unseren Genossen und sagte ihnen, daß die Hüttenmeister ihnen angekündigt hätten, sie würden es ihnen schon geben, daß sie die Lumpen nicht angefaßt hätten. Lohnabzug droht also den Sklaven, die sich nicht wie tolle Hunde auf wehrlose Menschen hegen ließen!

In solcher Weise kämpfen in Saarabien die Handlanger der liberalen Vöppelns, Köhling, Lülle usw. Unsere Genossen werden sich dadurch aber nicht einschüchtern lassen; sie werden zur nächsten Flugblattverbreitung ansatt mit vier, gleich mit 30 Genossen die Tore dieser Sklavenburg besetzen.

Und wenn die Sklavenvöggt auch alles aufbieten, sie werden auf die Dauer doch nicht verhindern, daß es licht wird in Saarabien.

Antisemitische Lügenperlen.

Im zweiten weimarischen Wahlkreis Eisenach-Dornbach macht der Antisemit Schäd mit seinen Trabanten die größten Anstrengungen, um wieder in die Stichwahl zu gelangen. Mit welchen Mitteln die Herren arbeiten, das mag ein Vorkommnis in einem Dorfe zeigen, wo der Antisemit Thomas-Hamburg und ein anderer Herr, der sich als Schwager des Herrn Schäd ausgab, unserm Genossen Lippold entgegentrat. Thomas erzählte den anwesenden Bauern: Die sozialdemokratischen Führer trinken nicht nur den besten Wein, sondern sie baden sich auch in Wein. Darum haben sie gegen die Schamweinsteuer gestimmt. Von unseren Genossen in die Enge getrieben, den Beweis der Wahrheit anzutreten, mußten die sauberen Herren erklären, daß sie es „nur gehört hätten“. In einem anderen Orte erklärte derselbe Thomas, die Sozialdemokraten wöken unseren alten Kriegsveteranen einen Pfennig Pension geben. Am liebsten wäre es dem Herrn Singer, wenn die Kriegsveteranen von Haus und Hof gehet würden.

Die Sozialdemokratie hat bekanntlich stets für die bessere Versorgung der Veteranen plädiert und mehrfach die Regierung gedrängt, dafür größere Summen bereitzustellen. Die Regierung und die „nationalen“ Parteien haben die dahingehenden Anregungen und Anträge der Sozialdemokratie meist abgelehnt und haben heute noch nicht alle ihre Forderungen für die Veteranen erfüllt.

Schadet nichts, die antisemitischen Agitatoren lügen lustig drauf los, zur höheren Ehre der deutschen Nation!

Denn in deren Namen führen sie ja den Kampf gegen die vaterlandslose Sozialdemokratie.

Helfe, was helfen mag!

Ungeheuerliche Anstrengungen machen die „nationalen“ Parteien im trauten Verein mit dem Reichsverbande, um der Sozialdemokratie den 8. hannö. Wahlkreis (Hannover) zu entreißen. Verge von Flugblättern, in denen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften auf das gemeinste verächtlich und verleumdend werden, sind teils verbreitet, teils harren sie noch der Verbreitung; unter den Vorräten befinden sich drei neue Wilderbögen. Die Gegner bieten alles auf, um auch den letzten „zuverlässigen“ Wähler an die Urne zu holen. Die nationalliberale Verweigerung will sogar an den Ehrgeiz appellieren. Sie bereitet Briefe vor, in denen es u. a. heißt:

„Nehmen Sie sich für keinen der aufgestellten bürgerlichen Kandidaten entscheiden, so wählen Sie nur irgend eine genau zu bezeichnende Persönlichkeit, event. sich selbst. Jede Wahlenthaltung zählt indirekt für die sozialdemokratische Partei, jede gültige Stimme für einen bürgerlichen Kandidaten gegen dieselbe.“

Auch dieser Strohhalm wird versagen.

Ein „nationaler“ Hilferuf.

Im Inferatenteil der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ findet sich folgende stimmungswolle Annonce:

Reichstagswahl!
Hedner

für Wahlversammlungen

gegen Sozialdemokraten

gesucht. Offerten unter M. W. Exp. d. Wl. Petersteinweg 19 erb. Also die große „nationale“ Begeisterung für die „nationale“ Ehre ist nicht einmal groß genug, dem Ordnungsmißmaß freiwillige Kämpfer zuzuführen. Er muß Ricklinge auf Stundenlohn, Achtgroßchenjungen suchen! Unser Weileid.

Der große Wählerschub in Leipzig.

dabon die „nationale“ Presse gar stillschweigend zu fabulieren mußte, erweist sich als ein großer Schwindel. Die „Leipziger Abendzeitung“, ein bürgerliches Blatt, mußte berichten:

„Ausgeschlossen ist es ja nicht, daß vielleicht einige Personen der Wahl wegen verzogen sind, von Hunderten oder gar Tausenden kann aber nicht die Rede sein. Bei der Behörde beabsichtigte man anfangs, nach Erscheinen der Zeitungsnote, Redereien einzuleiten. Man kam jedoch davon ab, weil es jedenfalls zwecklos gewesen wäre, da man bei der Anmeldeung von Personen ja nicht nach dem politischen Glaubensbekenntnis fragt.“

Ob die wahrheitsliebende „Post“ und ihre würdigen Geschwister die Meldung bringen werden?

Die eine reaktionäre Waffe.

Aus Marburg wird uns gemeldet: „In einer von national-liberaler Seite einberufenen großen Wählerversammlung, in der der offizielle Redner des Abends, Professor Heymann, den Jollif als „die größte Ruhmestat in der Geschichte der national-liberalen Partei“ bezeichnete, wurde von national-liberaler Seite den in großer Anzahl anwesenden Nationalsozialen, die sich bekanntlich in Besitz des Mandats befanden (v. Gerlach) ihre Sozialistenfreundlichkeit vorgeworfen. In der Diskussion ergriff zur Verteidigung gegen diesen Vorwurf der Pfarrer Professor Dr. Kade, der bekannte Herausgeber der „Christlichen Welt“ das Wort und erklärte — wie von Ohrenzeugen festgestellt und am nächsten Tage auch in dem Versammlungsbericht des Organs der Nationalsozialen, dem Herrn v. Gerlach gebörigen Blatt „Heftige Landeszeitung“ zu lesen stand, „wenn Herr v. Gerlach und seiner Partei der Vorwurf einer zu großen Freundlichkeit gegen die Sozialdemokratie gemacht werde, so sei er, Kade, sogar ein so großer Gegner der Sozialdemokratie, daß er bei einer etwaigen Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und Herrn Siebert (dem rechtsnational-liberalen Kandidaten) seine Stimme Herrn Siebert geben würde“. Dieser für die Nationalsozialen überaus bezeichnende Ausdruck ist deshalb noch bemerkenswerter, als Kade nicht nur einer der anerkanntesten Führer des hiesigen Nationalsozialismus, sondern auch persönlich in nächster Nähe mit Raumann steht (er ist sein Schwager, hat dessen Schwester geheiratet). Auch ist die Wiedergabe dieses Standpunktes in

Gerlach'schen Organ ohne irgend einen Zusatz gegeben, so daß man annehmen kann, daß er die Ansicht der hiesigen Nationalsozialen kollektiv vertritt.“

Also auch die um Raumann! Und ein solcher Liberalismus träumt von einer Zukunft!

Revolution im Oberharz.

Im Oberharz, im 13. hannoverschen Wahlkreis bekommen die Sozialdemokraten keinen Saal und kein Klubzimmer zu Versammlungen und Besprechungen. Den bürgerlichen Parteien dagegen stehen alle Lokalitäten zur Verfügung. Der Druck auf die Wirt geht vom königlichen Vergant aus, das überhaupt die beiden Bergstädte Clausthal und Jellerfeld beherrscht. Die Bevölkerung besteht fast nur aus königlichen Beamten und königlichen Bergarbeitern. In beiden Städten erhielten wir 1903 die Majorität der Stimmen. Wenn trotzdem kein Saal zur Versammlung für unsere Partei zu haben ist, kann man sich einen Begriff von dem Einfluß der Behörde machen.

Die Erbitterung der königlichen Vergleute ist eine maßlose. In dem königlichen Vergewert herrscht die längste Arbeitszeit und die allerniedrigsten Löhne in ganz Deutschland. Trotzdem bestehen die höchsten Anknappungsklassenbeiträge, aber die geringsten Renten werden gezahlt. Selbst die vor allen Wahlen übliche Lohnerhöhung vermag den Groll der Arbeiter, daß ihr Kandidat, der Genosse Reimert aus Hannover nicht zu ihnen reden konnte, in keiner Weise zu dämpfen. Die Situation drängte uns unterseits zur Anwendung eines außergewöhnlichen Mittels.

Am Dienstagabend gegen 7 Uhr wurden im Oberharz Bettel verteilt mit der Mitteilung, daß Genosse Reimert von 1/8 Uhr ab im Lokale „Glückauf“ zu sprechen sei. Gegen 8 Uhr war bereits das Gastzimmer überfüllt. Mann stand an Mann. Der Wirt verweigerte die Öffnung des Saales, weil er keine verbotene Versammlung abhalten lassen wollte. Da ertönte der Ruf: „Ins Schützenhaus!“ Die Menge brach auf und in dichtem Schwarm zogen die Arbeiter ins das Schützenhaus. Der Wirt konnte die Gäste nicht alle unterbringen und mußte den Saal noch als Gastzimmer benutzen. Allmählich füllte sich der geräumige Saal, so daß über 400 Personen anwesend waren. Nun ergriff der Genosse Reimert das Wort. Raumann hatte er keine Rede begonnen, als die Polizei erschien. Sie sah, daß hier die Harzer Bergarbeiter das, was der Druck der Bergbehörde verhindern sollte, durch ihr Massenaufgebot doch erreicht hatte. Das papierne Befehl war aufgehoben und die Polizei war völlig machtlos, irgend etwas zu unternehmen. Deshalb machte sie auch gar keine Miene, die Versammlung aufzulösen, sodas Genosse Reimert ungestört seine Rede beenden konnte.

Dieser lähne Streich der Sozialdemokratie wurde noch an demselben Abend im ganzen Oberharz wie ein Lauffeuer bekannt. Selbst die 800 Meter tief in der Erde stromenden Vergleute erfuhren sofort davon und diese Versammlung hat im 13. hannoverschen Wahlkreis die Situation für die Sozialdemokratie wesentlich verbessert.

Proletarische Opferwilligkeit.

Die Hafenarbeiter von Stettin beschloßen einstimmig, am 25. Januar von mittags 12 Uhr ab die Arbeit ruhen zu lassen.

Im roten Königreich.

so wird uns aus Sachsen geschrieben, ist der Wahlkampf aufs heftigste entbrannt, besonders in den Kreisen, wo sich die Gegner noch einige Hoffnungen machen. Das gilt besonders von der Oberlausitz, wo wir zwei Mandate (Jittau-Fischer und Löbau-Sindermann) zu verteidigen haben, während im 3. Wahlkreis (Bautzen) unsere Genossen mit Siegesübermut zum Sturm auf die antisemitisch-agrarische Feste rüsten, die bisher der Reformers Gräfe vertreten hat. Unsere Gegner sind mit einer noch niemals beobachteten Mühseligkeit tätig. Doch ist ihre Angst, auch noch den Bautzener Wahlkreis zu verlieren, weit größer als ihre Hoffnungen auf Sieg in den anderen beiden Bezirken der Lausitz.

Englich finden in den drei Lausitzer Kreisen eine größere Anzahl Versammlungen statt. Dabei verfahren die Gegner geheimnisvoll; durch Handzettel, die ganz kurz vorher verteilt werden, kündigen sie ihre Versammlungen den Bewohnern ländlicher Dörfchen an. Auf diese Weise wollen sie verhindern, daß unsere Genossen Kenntnis von ihren Strebereien erhalten. Alles, was ein bißchen reden kann, wird mobil gemacht. Aus den Städten fahren in der Dunkelheit Bürgermeister, Amtsrichter, Pfarrer, Schuldirektoren und Kerze auf die Dörfer; wie die Diebe in der Nacht schleichen sie hinaus, anglich darauf bedacht, daß kein Sozialdemokrat etwas davon merkt und ihre Versammlungen stört. Nicht immer gelingt es ihnen, uns zu entzimen. Erscheinen unsere Genossen dann in ihren geheimnisvollen Versammlungen, kündigt man, je nach der Situation, entweder an, daß Sozialdemokraten ausgeschlossen sind oder man gewährt ihnen 10 Minuten Redezeit, wenn's nicht anders geht.

Am schmutzigsten bestimmt sich in diesem Wahlkampfe der „Freisinn“. Er unterstützt nicht nur Antisemiten und konervative Scharfmacher, er ist mit diesen Elementen direkt im Bunde, ja er ist bei seinen Wahlpraktiken unter das Niveau der Konserverativen gesunken. Von allen seinen Wahlversammlungen, die er im ersten Wahlkreis (Jittau) abhält, wo der „Freisinnige“ Budberg ordnungsparteilicher Mißmacherskandidat ist, schießt er Sozialdemokraten aus. Nur nationalgesinnte Wähler werden eingeladen, nur solche bekommen das Wort in der „Ausprache“, diese feige Pflicht des Freisinns vor der Sozialdemokratie dient natürlich nicht dazu, das Ansehen dieser Jämmerlinge vor den Wählern zu erhöhen.

Was jetzt hat nur noch der Antisemit Gräfe diesen Grad politischer Verkommenheit erreicht. Der nationalliberale Kandidat Dr. Weber (Kreis Löbau) gewährt noch eine beschränkte Redezeit, die unsere Genossen ausnützen, die phantastische Kolonialschwärmerei dieses Herrn zu beleuchten. Dabei haben die Nationalliberalen bisher sehr schlecht abgeschrieben. Dafür rächte sich der Ordnungsmißmaß in Löbau, daß er alle Stinkblasen aus dem Reichsverbandsbuche herauslas und sie, in Flugblättern zusammengefaßt, gegen die Sozialdemokratie losläßt. Damit zeigen die Herren mehr ihre eigene Geistesarmut, als sie uns schaden.

Nicht minder heftig wie in der Lausitz ist der Wahlkampf im neunten Kreise (Freiberg) entbrannt. Genosse Schulze, unser Kandidat, sucht seinen Gegner in seinen Versammlungen auf, soweit er dazu Zeit und Gelegenheit hat. Es kam dabei schon zu heftigen Zusammenstößen. Mehrmals ist bei solchen Gelegenheiten der konervative Amtsrichter Dr. Wagner, der Mißmacherskandidat des Kreises, als Erreactionär festgenommen worden. Als Genosse Schulze kürzlich in einer Versammlung zu Döberan den Herrern fragte, ob er für ein neues Sozialistengesetz und eine Wahlrechtreform zu haben sei, antwortete dieser mit einem besorgenden Schweigen. Es wird dadurch offenbar, daß dieser Amtsrichter ein gelehriger Schüler Dertels ist, der allerdings bisher die schlimmsten seiner reaktionären Hintergedanken verdeckt hat, bis er von uns entlarvt wurde.

Die Ordnungsmasse gibt sich ja allwärts die größte Mühe, die „Schwanz“ von 1903 im roten Königreich zu tilgen. Die Situation ist ihr indes sehr ungünstig. Die lächerliche Wahlrechtsreform wirkt noch ungemindert. Mit dem Schandmal der Volksentrechtung befaßt, bühnen die lächerlichen Reaktionäre jetzt um die Stimmen des entrechteten Volkes, das die Gelegenheit herbeiseht, ihnen wieder einen Denkmittel mit dem Stimmzettel geben zu können. Dazu kommen die Haltung der Landtagsmehrheit und der Regierung zum Fleischwucher und viele andere Sünden. Es kennzeichnet nur die Verlegenheit der Gegner, wenn ihnen jetzt die Regierung durch die bekannte und geheimnisvolle Ankündigung der Wahlrechtsreform beizuspringen sucht. Wenn die Regierung ihre Wahlrechtsvorlage beschneidet, indem sie sie zur Wahlrechtsreform für Wahlrechtsräuber benutzt, muß dadurch das Mißtrauen der Wähler auch gegen die Regierung oewelt mehren.

Höchst interessant ist die Tatsache, daß sich bei dem diesmaligen Wahlkampf alle Hauptmächte der agrarisch-antifeministischen Kräfte, die im Landtage und in der konservativen Partei den Ton angeben, völlig im Hintergrunde bleiben. Rehmert, Dvig, André und alle anderen sind jetzt wie vom Erdboden verschwunden. Die Herren wissen, warum sie jetzt in die Kaufelöcher verschwinden. Sie werden sich aber täuschen, wenn sie glauben, ihre unbekanntesten Helfer bei der Reichstagswahl mit Erfolg für sich treiben zu lassen. Das sächsische Volk sieht scharf zu. Und reden die Herren noch so schön, man jagt ihnen: Du sprichst wie ein Wahlrechtstroläher.

Herzogtum Lauenburg.

Am 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise (Kreis Herzogtum Lauenburg), der 1903 von uns in der Stichwahl gegen die konservativen erobert wurde, kandidieren außer dem Genossen Lesche der Antifeminist Landwehr Julius Müller und der „entschieden“ Liberale S. Hefischer-Hamburg. Da die beiden bürgerlichen Parteien mit einer Stichwahl rechnen und jede von ihnen hofft, mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen, hat sich in den letzten Tagen ein Komitee für bürgerliche Wahlen gebildet, dessen Devise lautet: „Ob Jud, ob Christ, wenn er nur ordnungspolitisch gewonnen ist.“ Bräutigam bereit sitzen in diesem Komitee „Liberale“, Bauernbündler, Antifeministen usw. Es will, wie es in dem Aufrufe heißt, dahin wirken, daß alle Wahlberechtigten ihre Hauptpflicht in bürgerlicher Sinne ausüben und entweder in der Hauptwahl für Müller oder Dr. Hefischer stimmen. „Nach einem vornehmen Kampf können und werden sich die Gegner die Hand reichen und mit vereinten Kräften in der Stichwahl die rote Fahne ein für allemal zur Ehre unseres lieben Herzogtums herunterreißen.“ Recht „vornehm“ ist dieser Kampf am Mittwochabend in Wohlort im Sachsenwalde geführt worden, wo die Antifeministen und Landbündler fortgesetzt unseren Genossen Mosbitt durch pöbelhafte Juristen unterbrochen und auch Dr. Hefischer und den diesem Suffragat leistenden Pastor Niehlung-Hamburg anrufen, so daß beide Herren erklärten, den Vorteil aus diesem Treiben würden nur die Sozialdemokraten haben. Von Herrn Dr. Hefischer verlangten die Kadaverbrüder zu wissen, wie er sich zu der Stichwahlparole stelle. Der Interpellierte, den die Bundesbrüder sehr peinlich berührte und der die antifeministische Wahrscheinlichkeit an einem trassen Beispiele beleuchtete, lehnte es ab, sich hierzu vor der Hauptwahl zu äußern. Und nach der Hauptwahl? Sollte es dann wohl heißen: In den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und Freude?

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

In Potsdam sprach am Dienstag vor überfüllter, polizeilich abgesperrter Versammlung Genosse Singer unter begeisterndem Beifall. Ein sich zur Diskussion meldender „Herr Pfarrer“, welcher sich durch politische Unwissenheit und Dreistigkeit auszeichnete und durch seine Unnahbarkeiten und persönlichen Gefährlichkeiten sich als Sendling des Reichsverbandes betriet, erhielt eine so derbe Abfuhr, daß er sich wohl in Zukunft seinen Gegner etwas genauer ansehen wird, bevor er den Angriff wagt. Die Gegner hätten an diesem Abend lernen können, was unbeschränkte Redezeit heißt, die man bei ihnen so sehr vernimmt.

Aus dem Wahlkreis Kalau-Ludau wird uns geschrieben: Mit einem Kaiserhoch eröffnet und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen, dieses innerlich originelle Schicksal war einer Versammlung beschieden, die vom Ortspfarren Veder in Schönborn einberufen war. Sie begann damit, daß der Herr Pastor die anwesenden Sozialdemokraten von Kirchhain aus dem Saal wies, wobei er mit dem Hausrecht drohte. Dann begann der Herr seine Belehrung mit den Worten, die Sozialdemokraten seien Lumpengefüßel und Mörder, weil sie den Kaiser töten wollten. In diesem Tone ging es weiter. Als er seinen Sermon geendet, ergriff er seinen Spazierstock, und schlug den Takt zu dem Riede: „Deutschland, Deutschland über alles“, das von einigen der Anwesenden mitgesungen wurde. Sichtlich befriedigt von dieser großartigen Demonstration, wurde dann kurzerhand die Versammlung geschlossen, hiergegen erhob der zufällig anwesende Genosse Schulze-Dresden, ein Schönborner Kind, energischen Einspruch. Als der Herr Ortspfarren darauf nicht reagierte, wandte er sich an die Versammelten mit der Frage, ob sie eine Diskussion wünschten. Mit großer Mehrheit wurde dies bejaht. Nun zerplückte Genosse Schulze das Eigengeplänkel des Herrn Seelhorst und fragte ihn, ob er die Wohnung eines Arbeiters schon einmal gesehen habe. Zahlenmäßig wies er nach, wer die Staatslasten zu tragen habe. Dann forderte er die Anwesenden auf, sozialdemokratisch zu wählen. Unter nicht endenwollendem Beifall schloß der Redner seine Ausführungen, und ein donnerndes Hoch auf Schaubert wurde ausgerufen. Das Haupt auf beide Arme gerichtet, sah der streitbare Gottesmann da, unsäglich auch nur ein Wort zu dem nicht erwarteten Erfolg zu sagen. — In Senftenberg selbst fand am Sonntag gleichfalls eine Versammlung statt, die erste, die den Arbeitern überhaupt möglich war.

Genosse Schuberger referierte unter lautem Beifall der großen Mehrheit der an 700 Anwesenden, die den Saal bis zum letzten Stehplatz füllten, während draußen noch Hunderte standen, die keinen Einlass gefunden hatten. Am Sonnabend hörten aber 1600 Personen im „Victoria-Hotel“ zu Fünftelabend einen Vortrag des Genossen Maxenbrecher. In Weiskau sprach am Sonntag im „Schützenhause“ in starkbesuchter Versammlung Genosse Bloch.

Falsche weltpolitische Argumente.

Zwei Gründe sind es, die hauptsächlich für die deutsche Weltpolitik ins Treffen geführt werden. Das starke Wachsen der Bevölkerung einerseits, die starke Zunahme des Kapitals andererseits. Beides erfordert, heißt es, die Erwerbung von Kolonien, die dem deutschen Auswanderer Schutz, dem deutschen Kapital sichere Anlage-möglichkeit gewähren. Beides liege im Interesse auch der deutschen Arbeiter. Wenn sie auswanderten, blieben sie unter deutschem Recht, und die Gelegenheit zu vorteilhafter Anlage gäbe dem deutschen Kapital die Möglichkeit, mehr deutsche Arbeiter auszubenten, oder wie man so schön sagt: zu „beschäftigen“. Nur schade, daß das letzte Argument, das auch Herr Dernburg jüngst seinem Professorenkollegium vorlegte, schon längst als alter Schwindel allen Arbeitern bekannt ist. Sie wissen, daß das Kapital nicht verloren geht, auch wenn es zu anderen als zu unproduktiven Arbeiten für die kolonialen Sandwästen verwendet wird; sie wissen, daß das Kapital, ohne in koloniale Anlagen gesteckt zu werden, auch dann seine Funktion, Arbeit auszubenten, erfüllen würde, und sie bedanken sich zu dem mit aller Entschiedenheit dafür, das Kapital, das sie ausbenten soll, sich zum allergrößten Teil auf dem Wege der indirekten Besteuerung aus ihren eigenen Taschen herauszuholen zu lassen.

Ganz abgesehen hiervon, sind überdies die beiden Hauptgründe, die für die deutsche Weltpolitik angeführt werden, bei näherer Betrachtung absolut nicht stichhaltig. Wichtig ist die Tatsache des starken Anwachsens der deutschen Bevölkerung und dieses Wachstum ist zugleich auch eine Quelle der steigenden Macht und Größe Deutschlands, eine wichtige Bedingung des Aufschwunges der deutschen Volkswirtschaft. Dieses Wachstum zu befördern, aber auch die wachsende Bevölkerung in Deutschland selbst zu erhalten, ist die wichtigste Aufgabe einer wahrhaft nationalen Politik. Für diese Politik haben jedoch die „nationalen“ Parteien nie etwas übrig gehabt. Die noch immer erschreckend hohe Kindersterblichkeit — ein Drittel der unehelich, fast ein Fünftel der ehelich geborenen Kinder sterben im ersten Lebensjahre — läßt sie gleichgültig und der ausgiebige Schutz der arbeitenden Frauen stößt auf ihren heftigsten Widerstand. Ihre Politik ist ge-

rade in dem wichtigsten Punkte antinational, national-feindlich. Ebenso ist es eine Forderung wirklich nationaler Politik, die Nation im Mutterlande selbst festzuhalten. Die Entscheidung über die Geschichte Deutschlands, einer Landmacht, kann nur in Europa selbst fallen. Jene „Patrioten“, die stets von den Gefahren sprechen, die Deutschland angeblich von allen Seiten bedrohen sollen, denen nie genug gerüstet wird, sie mühten alles vermehren, was die deutsche Volkszahl vermindert. Neben dem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik bedroht in erster Linie die deutsche Handelspolitik das Anwachsen der Bevölkerung und ihr Festhalten in Deutschland. Die deutsche Handelspolitik vermindert die Exportmöglichkeit der Industrie, verlangsamt ihr Wachstum in Deutschland und schränkt damit in der kapitalistischen Gesellschaft die Lebensmöglichkeiten des Proletariats in Deutschland ein.

Wird das Wachstum der deutschen Industrie nicht künstlich gehemmt, dann reicht es vollkommen aus, um die zushüssige Bevölkerung aufzunehmen, allerdings innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die stets eine industrielle Reservearmee in einem gewissen Umfange für die wechselnden Verwertungsbedürfnisse des Kapitals bereit halten muß. Aber innerhalb dieser Grenzen ist es ganz falsch, daß in Deutschland irgend ein größerer Ueberfluß an Bevölkerung vorhanden wäre, der alljährlich auswandern müßte. Vielmehr ist die deutsche Auswanderung ständig zurückgegangen. Seit dem Jahre 1881, wo sie die Zahl 120 000 oder 2,11 pro Tausend der Bevölkerung erreichte, ist sie stetig und rasch gefallen, sie betrug 1905 nur 28 075 oder 0,47 Tausendstel der Bevölkerung, also eine verschwindende Ziffer. Dieser Auswanderung gegenüber steht eine viel größere Einwanderung ausländischer Arbeiter, die von den patriotischen Kapitalisten zu dem Zweck herangezogen werden, um die Lohnansprüche der deutschen Arbeiter nicht befriedigen zu müssen — von denselben Patrioten, die fortwährend über angeblichen Arbeitermangel, d. h. über Mangel an genügend bedürftigen Arbeitern jammern und damit drohen, deutsche Arbeiter durch chinesische Kulis zu ersetzen.

Nicht besser sieht es mit dem anderen Grund, der für die Kolonialpolitik angeführt wird, mit der Notwendigkeit des Kapital-exports. Auch hier ist der Betrag, der exportiert wird (genaue Zahlen können leider nicht angegeben werden), gering im Verhältnis zu den Kapitalien, die alljährlich im Inlande neu angelegt werden. Aber auch hier wird fortwährend von denselben Leuten, die die Kolonialpolitik befürworten, die Klage erhoben, daß in Deutschland Kapitalmangel herrsche. Und in der Tat, die deutsche Volkswirtschaft ist auch heute noch bis zu einem gewissen Grade auf den Zuzug fremden Kapitals angewiesen. Ebenso wie die deutschen Auswanderer flieht auch das auswandernde Kapital die deutschen Kolonien. Außer den paar Landgesellschaften mit ihren paar Tausend Mark wirklich eingezahlten Kapitals, weigert sich das deutsche Kapital standhaft, sich in den Kolonien zu „verwerten“. Es weiß warum und überläßt es der Regierung, die „verwendenden“ Anlagen zu machen. Deutsches Kapital geht zwar ins Ausland, doch nicht in die deutschen Kolonien, sondern nach Mittel- und Südamerika, nach Kleinasien, nach Britisch-Südafrika, in andere europäische Länder überallhin, nur nicht in deutsche Kolonien.

Doch der Kapitalexport ist überhaupt kein Vorteil für die Arbeiterklasse des betreffenden Landes. Neue Kapitalanlage, das bedeutet unter sonst gleichen Umständen: neue Nachfrage nach Arbeitskräften, Verminderung der Arbeitslosigkeit, Steigen des Lohnes. Das Kapital wird exportiert, nicht weil keine Anlagemöglichkeit im Inlande überhaupt mehr zu finden wäre, sondern weil die Anlage im Ausland zu einer höheren Profitrate erfolgen kann als daselbst. Der Kapitalexport verhindert deswegen das Steigen des Lohnes im Inlande, das Sinken des Profites infolge der Lohnsteigerung. Er ist unmittelbar ein Nachteil für die Arbeiterklasse. Er bedeutet für sie, daß der Lohn und die Arbeitsgelegenheit im selben Maße vermindert wird, in dem das Kapital auswandert.

Alles dies gilt selbst, kapitalistisch betrachtet, für eine vernünftige Kolonialpolitik; es gilt aber in erhöhtem Maße für die deutsche Kolonialpolitik. Die deutschen Kolonien sind in jeder Beziehung bedeutungslos und wertlos für die deutsche Volkswirtschaft. Sie sind für Deutschland keine Quelle der Bereicherung, wie etwa Indien für die englische Bourgeoisie, sondern ein Schwamm, der einen immer größeren Anteil der Steuergelder des deutschen Volkes aufsaugt. Sie sind ferner ein Vorwand, die unerträglichen Lasten der Rüstung zu Lande und zur See zu vermehren.

Die deutsche Arbeiterklasse, die von Anfang an dieser sinnlosen, opfervollen Politik mit ganzer Kraft entgegengetreten ist, sie wird ihren Protest am 25. Januar mit verstärkter Wucht erneuern.

Die objektive Behörde der Welt.

In unserer Nummer 141 vom 21. Juni v. J. brachten wir unter dem Titel „Die Zustände im südwestafrikanischen Expeditionskorps“ eine Notiz, in der wir auf Grund von Briefen von Mitgliedern des Expeditionskorps die Behandlung der Mannschaften durch ihre Vorgesetzten beleuchteten. Unter anderem waren aus der „Augsburger Abendzeitung“ einige dort veröffentlichte Briefe wörtlich abgedruckt, von denen der letzte schließt:

„Das eine ist sicher, wer von Südwestafrika heimkommt, der kommt als Sozialdemokrat wieder.“

Der Schreiber des Artikels in der „Augsburger Abendzeitung“, einem liberalen Organ, hatte diesem Briefe hinzugefügt:

„Ich wiederhole, der Mann ist ein Soldat von tadelloser Führung und aus einer Familie, aus der keine Sozialdemokraten kommen.“

In Anbetracht der besonderen Aufmerksamkeit, deren sich der „Vorwärts“ seitens der „objektiven Behörde der Welt“, der Staatsanwaltschaft, erfreut, erhielt unser Verantwortlicher, Genosse Weber, eine Einladung zum Untersuchungsrichter, der ihm mitteilte, daß die königl. Staatsanwaltschaft auf Ersuchen des Oberkommandos der Schutztruppen Strafantrag wegen Verleumdung gestellt habe. Ganz erstaunt wies der Sünder darauf hin, daß er es eigentlich nicht verstehe, warum das Oberkommando der Schutztruppen ihn anlage. Es sei doch nicht gut anzunehmen, daß bürgerliche, regierungsfreundliche Presseorgane die Unwahrheit schrieben; wenn aber angeklagt werden müsse, solle der Staatsanwalt sich nur an die Adresse der „Augsburger Abendzeitung“ wenden.

Aber was nützen manchmal die treffendsten Argumente? Wir erlebten daher Ende vorigen Jahres einen Aufruf in der Parteipresse, in dem wir um Ueberlassung von Briefen von Schutztruppelern ersuchten, die für den in Aussicht stehenden Prozeß Verwendung finden könnten. Die Fälle der Ein-

sendungen, die aus Anlaß des Aufrufes und zuströmten, hätte genügt, um drei solche Prozesse damit führen zu können. Mit Seelenruhe sah daher unser Verantwortlicher der Entwicklung der Dinge entgegen.

Aber die Dinge wollten und wollten sich nicht entwickeln. Die Lösung wurde unserem Genossen Weber klar, als er vor einigen Tagen folgendes Schreiben erhielt:

Der Erste Staatsanwalt
bei dem königl. Landgericht I Berlin
82. L. 471. 06./17.

Berlin, den 11. Januar 1907.

Das gegen Sie eingeleitete Verfahren wegen Verleumdung, begangen durch den Abdruck des der „Augsburger Abendzeitung“ entnommenen Artikels unter „Politische Ueberflucht“ im Hauptblatt der Nr. 141 des „Vorwärts“ vom 21. Juni 1906 ist eingestellt.

Zienbiel,
Oberstaatsanwalt.

Unsern Besten aber, die über das müßterne Schreiben des Oberstaatsanwalts hinaus auch Gründe für die Einstellung des Strafverfahrens hören möchten, wollen wir ein uns gleichzeitig mit den Briefen von Schutztruppelern zugeflattertes Schreiben nicht vorenthalten. Vielleicht bietet es auch unseren Genossen bei der Bahlagitation ein nicht zu unterschätzendes Material in Punkte „Rechtspflege“.

Das Schreiben lautet:

82. J. 471. 06.

Berlin, 8. November 1906.

In der Anlage beehre ich mich Reinschrift der Anlage, die ich der Strafammer einzureichen gewillt bin, zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Für den Ausgang des Verfahrens glaube ich nicht einstecken zu können, auf eine Freiheitsstrafe ist kaum zu rechnen, vielmehr wird die Strafammer voraussichtlich auf eine Geldstrafe erkennen. Es handelt sich im vorliegenden Falle nicht um vom „Vorwärts“ hämisch dargestellte und entstellte Vorkommnisse oder um selbständige gehässige Urteile, sondern um die wörtliche Wiedergabe eines Artikels der „Augsburger Abendzeitung“, einer den Ordnungsparteien zugehörigen Zeitung. Da nun gegen die Quelle des „Vorwärts“ selbst aus den in dem Schreiben der Staatsanwaltschaft in Augsburg vom 19. und 22. September erörterten Gründen nicht vorgegangen werden wird und diese Tatsache der Verteidigung des Redakteurs des „Vorwärts“ nicht unbekannt bleiben kann, wird diese Tatsache allein schon zu scharfen Erörterungen führen. Es ist ferner mit Sicherheit zu erwarten, daß der „Vorwärts“ mit Hilfe der Parteipresse unzufriedene Elemente aus den entlassenen Afrikanern ermitteln und als Zeugen zur Führung des Wahrheitsbeweises, der gar nicht abzusehen ist, stellen wird. Die von den Zeugen geschilderten Einzelheiten würden kaum durch den mir günstig benannten Sachverständigen zu widerlegen sein.

Die Beweisaufnahme wird daher bei der Allgemeinheit der beleidigenden Behauptung (die alten Mannschaften werden schlechter als die Schwarzen behandelt) vom „Vorwärts“ mit Leichtgläubigkeit verschleppt werden können. Der „Vorwärts“ hätte somit gegen Zahlung einer geringen Geldstrafe die ihm äußerst willkommene Gelegenheit, sich als Schutzpatron der Mannschaft aufspielen zu können und in der Presse selbst die Beweisergebnisse für seine Zwecke auszuschlachten.

Unter diesen Umständen stelle ich vor Abendung der Anlage nochmals Erwägung eheerbetitigt anheim.

gez. Zienbiel.

Zunächst, treffender kann die Objektivität der deutschen Rechtspflege wohl nicht charakterisiert werden als durch vorstehendes Schreiben.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 17. Januar 1907.

Der genaue Führer Reichstag.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ macht geradezu bezweifelnde Anstrengungen, um die Tatsache aus der Welt hinwegzujudizieren, daß der Reichstag von der Regierung über die wirkliche Lage in Südwestafrika vor und am 13. Dezember getäuscht, das Volk also genaue geführt worden ist. Aber das offiziöse Organ ist nachgerade bereit in die Enge getrieben, daß es zu den dümmsten Ausreden seine Zuflucht nimmt, die seine Position nur noch verschlechtern.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte in ihrer letzten Entgegnung erklärt, die Regierung habe allerdings davon gewußt, daß bereits seit Ende Oktober Friedensverhandlungen mit den Hottentotten schwanden, aber dem Reichstag sei hiervon auch Kenntnis gegeben worden. Wir richteten daraufhin an das offiziöse Organ die höfliche Bitte, uns doch gefälligst zu verraten, wann diese Kenntnisgabe erfolgt sei. Daraufhin weiß die „Nordd. Allg. Ztg.“ nichts zu erwidern als das folgende:

„In der Sitzung der Budgetkommission vom 6. Dezember hat der Oberstleutnant Duade ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „eine baldige Niederwerfung des Aufstandes zu erhoffen“ sei, und hinzugefügt, daß „nach ihm zugegangenen Nachrichten Oberst v. Deimling an dieser Hoffnung im gegenwärtigen Moment besonders festhalte“.

Das ist alles! Wo ist die geringste Andeutung von den bekannten Friedensverhandlungen, die bereits seit sechs Wochen schwebten, deren letzter formaler Abschluß unmittelbar bevorstand! Warum hat Herr Duade nicht wenigstens sekret der Kommission die ihm bekannten Tatsachen mitgeteilt? Weil das Parlament getäuscht werden sollte! Eine Absicht, die, wie wir aus den Reden der Herren Trendt und Schrader vom 13. Dezember nachwies, auch vollkommen erreicht wurde!

Zu allem Ueberfluch aber hielt neben Herrn Duade auch der Oberstleutnant Kuhl als Bevollmächtigter der Regierung in der Budgetkommission am 6. Dezember eine Rede, in der von dem vorstehenden Abschluß eines Friedens mit keiner Silbe die Rede war. Oberstleutnant Kuhl malte im Gegenteil die Dinge noch Grau in Grau — er ließ sogar den Vandalenführer Morris noch fortgesetzt Vieh rauben, um zu betonen, daß der Feind bis zur völligen Erschöpfung verfolgt werden müßte. 7000 Mann seien selbst dann noch nötig, wenn die Bahn von Kubus bis Keetmanshoop fertig gestellt sei!

Aber weiter. Wir stellten wiederholt fest, daß Oberst Duade noch am 13. Dezember im Reichstoge erklärt hat, daß die Zahl der im Felde stehenden Hottentotten gerade jetzt noch auf 5—600 Mann geschätzt werde!

Und noch bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen diese den ganzen offiziellen Schwindel glatt niederschmetternde Tatsache vor? Sie schreibt:

„Diese Angaben beruhen selbstverständlich auf den Berichten aus dem Schutzbereich, aber gerade diese bestätigen auch die Ausführungen des Oberstleutnants Duade, daß die Zahl der im Felde stehenden Hottentotten infolge der fortwährenden Zugänge stets als schwankend anzusehen ist. So meldet beispielsweise Oberst v. Deimling am 6. Oktober:

Wanden in Karasbergen und schließlich durch Zugang vom Drangefluß her und Anfluß ehemaliger Moringaleute angewachsen; und am 17. Oktober: „Aufstand geschürt durch Bondelzwarts in Kapkolonie infolge dauernden Verkehrs über Drangefluß.“ ...

Welleicht nimmt der „Vorwärts“ auch Notiz von den in den „Hamburger Nachrichten“ unter dem 12. Januar dieses Jahres veröffentlichten Privatbriefen aus Warmbad. Ein vom 20. November datierter Brief sagt dort: „Es sollen übrigens noch 600 Hottentotten im Felde stehen!“

Das ist dem doch geradezu eine offizielle Bankrotterklärung! Unsere auf die Briefe der Schutztruppenmannschaften sich stützenden Enthüllungen besagen, daß die Hottentotten sich Ende Oktober gestellt hätten. Damit stimmt auch das neuerliche offizielle Geständnis überein. Und um die Unterschlagung dieser Tatsache dreht sich der ganze Streit. Und nun wagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich auf Meldungen des Oberst Deimling zu berufen, die vor der Stellung der Hottentotten, vor der Eröffnung der Friedensunterhandlungen eingegangen waren! Man sieht, bisher wußte die Welt wirklich noch nicht, mit wie wenig Verstand offizielle Blätter zusammengefeimert werden!

Geradezu kläglich nimmt sich vollends die Berufung auf ein nachgezeichnetes Anekdötchen des Hamburgischen Scharfmacherorgans aus! Worum gibt man denn nicht neuerliche amtliche Meldungen wieder? Weil man ein Haar in der offiziellen Schwimmbel gefunden hat?!

Zum Schluß geben wir noch eine Gegenüberstellung der amtlichen Meldung vom 25. Dezember und des Schutztruppenbriefes vom 30. Oktober, die die offiziellen Täuschungsmanöver besonders lässlich illustriert:

Brief vom 30. Oktober:
... Signalisten suchten Verbindung mit Karasbergen. Diese bligten herüber, daß der Oberlayitän der Bondelzwarts, Johann Christian, sich in Heirachabis eingeschunden, um Frieden zu machen, sämtlicher Besatz sei eingekesselt und wir sollten auf dem schnellsten Wege nach Liebsood zurück. Inzwischen ist Christian nach Ufama gekommen mit seinen Großleuten und hoffentlich wird der Besatz endlich klar. Wenn Ihr diese Zeilen in die Hände bekommt, werdet alles Nähere bereits wissen.“

Amtliche Meldung vom 25. Dezember:
Der Stamm der Bondelzwarts hat sich unterworfen; Johannes Christian mit seinem nächsten Anhang hat sich dem Oberlieutenant v. Horst in Heirachabis gestellt. Die Zahl der Männer beträgt 120, der abgegebenen Kleinkalibrigen Gewehre 105. Zerstreute Barden und Stammesangehörige, die aus britischem Gebiete zurückkehren, sind in die Unterwerfung einbezogen. Kein Bondelzwart darf Schutzwaffen tragen.

Deutsches Reich.

Kur 135 Proz. verdienten Zippel und Pod!

Herr Dernburg erzählt bekanntlich kürzlich den gläubigen Herren Professoren, daß bei der deutschen Kolonialpolitik bisher eigentlich nur die Arbeiter profitiert hätten. Zippelweise ist nun das offizielle Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“, mit dem Nachweis in die Quere gekommen, daß die Interessenten der Firma Zippel & Co. bei ihren Koloniallieferungen „nur“ 135 Proz. verdient hätten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schrieb in einer Polemik gegen Herrn Erzberger:

„Die Firma hat in zwei Jahren auf ein Kapital von circa 900 000 M., zusammen 135 Proz. Dividende verteilt. Die früheren Gewinne waren nicht erheblich. Berechnet man den legitimen Gewinn auf 10 Proz. pro Anno, so bleiben 115 Proz. Mehrertrag, also 317 500 M. auf jedes der beiden Jahre und nicht 2 Millionen Mark.“

Die weitere patriotische Monopolfirma hat also in zwei Jahren an dem südafrikanischen Kriege nur rund 1 100 000 M. verdient. Auf den biederen Pod dürften davon nur armselige paar Hunderttausend Markter entfallen sein!

Ob damit freilich der gesamte Reiback der famosen Firma Zippel u. Pod erschöpft ist, erscheint noch sehr fraglich. Die Firma Zippel & Co. machte ja bekanntlich auch in allerhand Maltergeschäften, so für die Firma Wörmann, auch eine der Monopolfirmen, denen der Krieg in West- und Ostafrika in den Schoß warf. Ferner ist auch die Rauchschaub-Gesellschaft eine Zippel & Co.-Gründung!

Aber selbst wenn die Herren Zippel, Pod, Bäumer und Konforten „nur“ 135 Proz. verdient hätten, so wäre das immerhin noch ein höchst respektable Gewinn, den hohe Reichsbeamte, respektive deren Gattin, infolge der Vermogelung der Regierung einheimsten!

Ein Erfolg sozialdemokratischer Kritik.

Unser fortgesetzten Brandmarkungen der Tatsache, daß der Reichstag hauptsächlich deshalb aufgelöst wurde, weil man sich in Südafrika eine Kolonialarmee schaffen wollte, haben bereits einen gewissen Erfolg zu verzeichnen. Das offizielle Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“, erklärt nämlich, daß, nachdem sich die Lage in Südafrika „erzweulicherweise gebessert“ und „der wichtigste Gegner sich unterworfen“ habe, an eine weitere Verminderung der Schutztruppe gedacht werden könne. Das offizielle Organ erklärt dann mörtlich:

„Schon jetzt ist eine weitere Verminderung der Schutztruppe um 600 Mann unter die für April vorgesehene Zahl von 8000 Mann beschloffen worden, und für das Etatsjahr 1907 kann voraussichtlich eine weitere beträchtliche Verminderung in Aussicht genommen werden. Die Regierung wird ihr Wort einlösen.“

Diese Mitteilung des offiziellen Organs, die bezeichnenderweise unter der Rubrik „Zum Wahlkampf“ ihre Stelle gefunden hat, beweist also abermals, wie froh die Regierung gehandelt hat, als sie den Reichstag auflöste. Die Auflösung geschah bekanntlich deshalb, weil das Zentrum nicht 8268 Mann vom 1. April 1907 ab bewilligen wollte, sondern Vorbereitungen getroffen zu sehen wünschte, eine weitere Herabsetzung der Schutztruppe vorzunehmen.

Trotz alledem bedeuten diese für den Wahlsang angefündigten Konzessionen nicht das geringste gegen die Absicht der Regierung, in Südafrika jene Kolonialarmee zu schaffen, die man in Ostafrika nicht zu schaffen vermochte. Wenn auch von den 8268 Mann 600 Mann abgehen sollen, so bleiben immer noch 7668 Mann übrig, und wenn auch während des Etatsjahres vom April 1907 bis zum April 1908 weitere Mannschaften zurückgezogen werden sollten, so würden immer noch nach dem 1. April 1908 6000 bis 7000 Mann in Südafrika zurückbehalten werden. Man hätte also trotz alledem noch die Kolonialarmee, decentwegen die Bande zum Teufel gejagt wurde! —

Ein 40 Millionenprojekt für Swakopmund.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß ein großer Hafen für Swakopmund gebaut werden soll. Und zwar nicht auf Reichskosten, sondern durch eine private Gesellschaft, deren Projekt bereits als „prinzipiell gesichert“ betrachtet werden könne. Ueber die Einzelheiten des Vertrages schreiben noch Verhandlungen. Wie ein anderes Blatt mitteilen zu dürfen behauptete, würden sich

die Baukosten für diesen neuen großen Hafen in Swakopmund auf 40 Millionen Mark stellen. Von sachverständiger Seite wird uns nun zu diesem Projekt geschrieben:

„Im „Berl. Tagebl.“ ist eine Notiz über den beabsichtigten neuen Hafen und Hafenanbau in Swakopmund abgedruckt, die offenbar als Wahlmanöver und Beitrag zur Täuschung der öffentlichen Meinung über die Lage von Südwest zu verstehen ist. Die Lage ist tatsächlich die, daß nach vollständiger Versandung des durch die alte Rote geschaffenen Hafenbeckens jetzt nach wie vor die Welt draußen auf der Seebe an anderen größeren Dampfer mit Leichterern geladert werden. Die Firma Arthur Koppel ist nun damit beschäftigt, mit Wissen und wahrscheinlich auch mit Unterstützung der Regierung Projekte für eine neue Rote auszuarbeiten, die weit ausgreifend einen brandungsfreien Hafen schaffen sollen. Man hat herausgerechnet, daß man durch Ueberflüssigwerden der Leichterarbeit ein Kapital von 40 Millionen Mark ersparen und damit eine schöne Rote bauen könnte. Zunächst wären natürlich die 40 Millionen Mark für den Bau — es können aber noch viel mehr werden — von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Später würden wahrscheinlich nur die Reedereien, die bei ihren guten Beziehungen zu den Nachhabern noch nicht einmal die Transportkosten für die Regierung herabzusehen brauchen werden — viel weniger noch die für die paar Privatkapitalisten!

Aber bis dahin hat es noch gute Weile, denn wenn selbst die neue Rote gebaut wird, so sind sich doch die eingeweihten Kreise vollständig klar darüber, daß die Versandung auch des neuen Hafens nicht ausbleiben wird, und daß man ihn nur durch ständig arbeitende starke Bagger die nötige Tiefe erhalten kann. Daß diese ständige Baggararbeit nicht noch viel teurer wird, als das jetzige Leichten, ist sehr auszunehmen! Die Versandung wird von dem flüchtigen Swakop verurteilt, der gewöhnlich hinter den Dünen vertritt, während der Regenzeit aber sehr stark anschwimmt und die vorgelagerten mächtigen Sandberge und das eigene Gesäwemne in die Nacht zieht und absieht. Mit der neuen Rote wären die Projekte machbar dann gerade so weit wie jetzt. Dort einen Hafen zu bauen, erfordert eingehende Studien an Ort und Stelle, die voraussichtlich dahin führen müssen, in Swakopmund überhaupt jeden Hafenanbau aufzugeben.

Dabei ist das schöne Projekt für die Rote noch nicht einmal so weit gediehen, daß man weiß, wie man sie bauen will. Senkfallen hier in Deutschland zu bauen und drüber zu montieren, ist bei den in Frage kommenden Abmessungen zu teuer. Man möchte es daher mit alten austrangierten Dampfern versuchen, die mit Beton gefüllt als Senkfallen dienen sollen. Das werden die Reedereien bald merken und sie, die den größten Vorteil von dem Hafenanbau haben werden, können außerdem sonstigen Transportprojekten auch mit ihren alten Rosten schönes Geld verdienen! Dafür kann man schon etwas „nationale Politik“ treiben!

Eine Wanderredner-Gesellschaft.

Herr Dernburg gedenkt sich allem Anscheine nach in der Voraussicht, daß er nicht lange auf seinem Posten bleiben wird, zum Wanderredner auszubilden. Es wird in verschiedenen Städten die hier gehaltenen Vorträge über moderne Kolonialpolitik wiederholen — selbstverständlich mit kleinen Ort und Zeit angemessenen Veränderungen. So will er, wie wir hören, in München die Geschichte von der Dattelkiste und den schönen Dattelpalmen ins Bayerische überlegen und sie dahin variieren, daß im vorvorigen Jahre jemand in der Omahel-Wüste Gerstenkörner verloren, und als er im letzten Jahr dahin zurückkehrte, dort prächtige wogende Gerstenfelder vorgefunden hätte — und noch mehr, die verlorenen Gerstenkörner hätten nur aus großer russischer Futtergerste bestanden, infolge der besonderen Eigentümlichkeit des südafrikanischen Wüstenlandes hätte die russische Futtergerste sich in die schönste mährische Malzgerste verwandelt, so daß schließlich das Münchener Hofbrauhaus gut daran tun würde, seinen Bedarf an Malzgerste aus der Omahel-Wüste zu beziehen.

Selbst den Inseparablen und antisemitischen Blättern wird übrigens nachgerade die Dernburgsche Fäselei und ihre Verhimmelung durch freisinnige Blätter zu bunt. So schreibt beispielsweise die „Wahrheit“:

„Eine muß man dem neuen Luther aus der Darmstädter Bank lassen: er verliest den Rummel. Keine Zeitung, die nicht täglich über ihn berichtet müßte. Bald eine ganze Spalte, bald ein viel-sagendes Notizchen. Papa ist Redakteur und kennt alle Preß-Kandak. Heute hat Herr Dernburg ein Autogramm verhandelt, morgen ist er als Kandidat aufgestellt. Natürlich, ohne Wissen und Willen.“ Guldigungstelegramme erhält er täglich, stündlich und minütlich, und sogar „aus Erzbergers Wahlkreis“ wird er angebümmelt. Nun hat er, von einem Stab bejahrter Professoren umgeben, eine Rede gehalten, in der er alle seine genialen Intuitionen über Kolonialpolitik ausschüttete. Unbefangene Menschen wundern sich darüber, daß Herr Dernburg, der sich seit drei Monaten mit diesem Thema beschäftigt, bereits so tiefgründige Weisheit verzapfen kann, aber sie kennen seine Begabung nicht, wissen nicht, wozu ein in höhere Sphären entrückter Bankdirektor fähig ist. Solch ein Mann bekommt am fertigen, die Quintessenz von zwanzig und mehr Kolonialbrochüren in einen ganz besonderen Saft zusammenzupressen und den ältesten Afrikanern zu imponieren, ohne jemals den dunklen Erdteil betreten zu haben. ...

Die war's denn bei der Darmstädter Bank? Die letzte Bilanz unter Dernburgischem Regime brachte eine Baiste von 4 Proz.; das war das Ende der „genialen“ Expansionspolitik. Als Herr Dernburg die Bank verließ, um unsere Kolonien zu sanieren, da kennzeichnete ein angelegeneres Mitglied der haute finance diesen Stellungswechsel als eine Fahrenstucht.“

Vier Zentrumskandidaten in einem Wahlkreis.

Im Wahlkreis Arnberg-Diye-Meschede geht's immer toller zu. Die Wählerschaft ist gespalten in die Anhänger Busangels, des bisherigen Vertreters, und die Anhänger Beckers, des offiziellen Zentrumskandidaten. Nun gibt's außerdem noch Ultramontane, die sich weder für Busangel noch für Becker entscheiden können; ein Teil von ihnen agitiert für den Landrat Droge in Arnberg, ein anderer für den Justizrat Scheele in Leipzig. Also vier Zentrumskandidaten in einem Wahlkreis.

„Wann mag endlich einmal“, so heißt die „Admische Volkszeitung“, dieser unselige, unser ganzes Parteileben vergiftende Personenkampf aufhören? Die Gegner lachen sich ins Hänschen und die Sozialdemokratie, die derzeitigen Streitigkeiten bekanntlich geschieht auszumythen versteht, ist eifrig an der Arbeit.“

Busangel hielt am Sonntag im Kreise eine Versammlung ab. Er tabelte unter großem Beifall scharf die katholischen Geistlichen, die in Sauerlande durch ihr herrschsüchtiges Auftreten die Fühlung mit dem Volke verloren hätten, und bezeichnete die Zentrumsblätter Westfalens — das in seinem Verlage erscheinende natürlich ausgenommen — als Schmutzpresse.

Vom „Zentrumsgeneral.“

Ueber den vom Zentrum im unterfränkischen Wahlkreis Neustadt aufgestellten General Häusler urteilt das Bauernbündlerische Blatt in Würzburg:

„Wenn wir über die Kandidatur Häuslers etwas sagen sollen, dann gilt unsere Zeugnung nicht der Person des ehrhaften Offiziers, sondern den Zentrumsheeren, die bei jeder Wahl über den Militarismus Schwefel regnen lassen, die großen Ausgaben für Arme und Flotte beanspruchen, im Reichstag den Kredit für Arme und Flotte abstreifen und dann einen General als Kandidaten ernennen, der zur Disposition, also sozusagen noch im Militärverbände steht und also

schwerlich in der Lage sein wird, gegen den Regimentsstachel zu löten. Die Auffstellung eines Generals zeigt an, daß es dem Zentrum mit seinem ewigen Maulkampf gegen den Militarismus und gegen das persönliche Regiment des Kaisers, des obersten Kriegsherrn, dem doch ein General nicht die Zähne weisen darf, absolut nicht ernst war, noch sein wird.“

Nationale „Arbeitgeber.“

Der westpreussischen Landwirtschaftskammer folgt nunmehr eine Handelskammer und steht um Aufid. Der „Confectionair“ berichtet:

Maßnahmen gegen den Arbeitermangel. Die Kottbuser Handelskammer hat an den Handelsminister das Ersuchen gerichtet, das Verbot der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in den industriellen Betrieben zu beseitigen, da befürchtet wird, daß sich der Arbeitermangel immer stärker fühlbar machen wird.

Ausland.

Ungarn.

Herr Polony!

Dem ungarischen Justizminister Polonyi schließt das Wasser ausschließlich bis an den Hals. Der Vorwurf, daß er als Rechtsanwalt die Vorteile verteilte, ließ ihn kalt. Den Nachweis, daß er mit ausländischen Schiffahrtsgesellschaften unfaire Geschäfte machte, ignorierte er. Die gegen ihn erhobene Anklage wegen Erpressung veranlaßte ihn nicht, sein Amt freiwillig niederzulegen. So wird denn Vega Polonyi, der saubere Ungarn-Minister, wohl bald „gegangen“ werden.

Zum Kapitel „Polonyi“ hat jetzt der pensionierte Budapest-Bürgermeister Johann Halmas einen hübschen Beitrag geliefert, indem er eine Erklärung veröffentlichte, durch die nun ganz authentisch bewiesen wird, daß Polonyi als Mitglied des Municipal-ausschusses seine Stellung als Repräsentant der Stadt Budapest gemißbraucht hat, um sich zu bereichern; alle anderen Interessenten mühten in den Hintergrund treten, wenn der Advokat Polonyi in eigener oder in seiner Klienten Angelegenheit auf Vorteil ausging!

Das Halmas'sche Dokument würde jeden anderen vernichten. Aber Polonyi ist Minister! Und wenn preussische Minister schon Kinnogerosch hat, so dürfte die Brust ihrer ungarischen Kollegen — zumal die des Polonyi — wahrscheinlich mit Panzerplatten umkleidet sein.

Frankreich.

Die Kriegsgerichtsreform.

Der Ministerrat erklärte sich in seiner Donnerstagssitzung mit den Grundzügen des Gesetzesentwurfes über die Kriegsgerichte einverstanden, dessen endgültiger Wortlaut am nächsten Sonntag festgesetzt werden soll. Der Gesetzesentwurf überträgt die Untersuchung bei den von Militärpersonen begangenen Vergehen und Verbrechen an die Zivilrichter. Die Delikte sollen von Militärrichtern unter Aufsicht eines Zivilrichters abgeurteilt werden; die Verbrechen kommen vor eine aus sechs Militärpersonen zusammengesetzte Jury, das Urteil wird aber von den Richtern des Appellhofes gesprochen, die die Verhandlungen leiten. Ferner soll ein aus vier Militärrichtern und einem Rat als Vorsitzenden zusammengesetzter Appellhof gebildet werden mit einem Zivilbeamten als Staatsanwalt.

Die Bischöfe beschäftigten sich in ihrer Mittwochversammlung, wie verlautet, auch mit der Möglichkeit einer Abhaltung des privaten Gottesdienstes. Der Erzbischof von Avignon erklärte, das wäre lediglich ein Gottesdienst für die Reichen! Auch die meisten Bischöfe sprachen sich gegen den Gedanken eines privaten Gottesdienstes aus und meinten: Selbst wenn die Geistlichen genügend sein sollten, die Kirchen zu verlassen, müße man für die Abhaltung eines öffentlichen Gottesdienstes in Privatgebäuden sorgen. Unter die Bischöfe wurde eine auf Anregung hervorragender katholischer Persönlichkeiten geprägte Denkmünze verteilt, welche auf der einen Seite einen Christuskopf und auf der anderen ein von einem Oelzweig umschlungenes Kreuz und das Wort „liberte“ trägt. Die Denkmünze soll als Einigungszeichen und als Trost für alle französischen Katholiken dienen. Das Ereignis wird kirchlichen Zwecken gewidmet werden.

Japan.

Die Energie der Japaner zeigt sich wieder einmal bei ihrem Vorgehen auf der Insel Sachalin. Während der Abschluß der russisch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen noch weit im Felde ist, dringen die Japaner auf Sachalin mit bewunderungswürdiger Energie vor. Besonders frappierend erscheint der Umfang dessen, was diese zielbewußten „Gelbtragen“ in dem ihnen zugefallenen südlichen Teile der Insel schon erreicht haben: In kurzer Zeit überdeckten dorthin etwa 15 000 Japaner und errichteten in dem russischen Waposten Korsakowd mehr als 600 Häuser! Gleichzeitig sind mehrere Schulen (auch höhere), Post- und Telegraphenämter errichtet. Von Korsakowd bis Wladimirawka verkehrt bereits eine Eisenbahn, und von da ab bis Nauki sind die Bahnstrecken in vollem Gange! Obwohl Süd-Sachalin sich noch immer in den Händen der japanischen Militärverwaltung befindet, läßt die zivile Pflanzung um diese Gegend dessen, was die wünschenswerten Umständen darf es nicht wundernehmen, daß sich zahlreiche japanische Interessenten finden, die ihre Kapitalien in Süd-Sachalin anlegen und dort schon jetzt Veränderungen erstehen oder pochten. Wie rege die Verpackung der Vargellen zu Fischereizwecken ist, geht unter anderem schon daraus hervor, daß die japanische Regierung allein im ersten Jahre der Verwaltung von Süd-Sachalin nicht weniger als 642 335 Yen (gleich 1 134 584 M.) Wacht erhalten hat. So wird denn dieser an Naturschätzen so reiche, von den Russen aber total vernachlässigte Teil der Insel Sachalin, die bisher für jeden Russen der Inbegriff des Schreckens, des allmählichen aber sicheren Todes war, von den Japanern in eine blühende Landschaft verwandelt. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Wahlsapparat des Zentrums.

Frankfurt a. M., 17. Januar. (W. S.) Aus Baden wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Die aus Zentrumskreisen verlautet, haben sämtliche katholischen Geistlichen des Landes Weisung erhalten, am Abend vor dem Wahltag in ihren Pfarreien Versammlungen abzuhalten, um noch einmal allen Katholiken streng ins Gewissen zu reden.

Folgen der Wahlagitation.

Leipzig, 17. Januar. (W. S.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des katholischen Pfarrers Michael Galkert von Gündelwangen, der im Oktober 1906 zum Landgericht Freiburg i. U. wegen Versuchs der Verleitung zum Meineid zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden war, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil des Landgerichts Waldshut vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Die strafbare Handlung stand im Zusammenhang mit den Landtagswahlen.

Der Kavalleriesäbel gegen Demonstranten.

Sofia, 17. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei einer gestern stattgefundenen Demonstration zogen Leibgardisten und ausgerüstete Kavallerie blank. 20 Personen wurden verwundet und viele verhaftet. Der Unterrichtsminister Schischmanoff reichte seine Demission ein.

Agrarischer Schwindel.

Kürzlich hatten wir im „Vorwärts“ auf Grund authentischer Tagelöhnerkontrakte eine Berechnung des Jahreseinkommens der ländlichen Gutsarbeiter im allgemeinen und das eines pommerischen Gespannnechtes im speziellen zusammengestellt. Diese Berechnung ist dem bekannten Organ der Landwirtsch., der „Deutschen Tageszeitung“, arg in die Krone gefahren. Das Blatt faselt von „schiefen“ Darstellungen des „Vorwärts“ und meint, wir hätten den Naturallohn (Wohnung, Getreide, Milch usw.) des erwähnten pommerischen Gespannnechtes nicht nach dem örtlichen Wert, sondern nach großstädtischen Preisen umrechnen müssen, denn erst damit würden die beiden Vergleichsobjekte — nämlich der Lohn eines ländlichen Tagelöhners und eines großstädtischen Industriearbeiters — auf die gleiche Grundlage gestellt. Und nun rechnet das eble Bündlerblatt darauf los in einer Weise, daß sogar die berühmten Dernburg'schen Phantasieberechnungen über den Zukunftswert unserer Kolonien dagegen nicht auskommen.

1701,50 M. betrage, schwindelt die „Deutsche Tageszeitung“, das Jahreseinkommen eines pommerischen Gutsnechts. Wie würde dem armen Tagelöhner, der nur den einen Wunsch hegte, das Gut wieder ungeschoren verlassen zu dürfen, wohl zu Rute werden, wenn er hörte, zu welchem Krösus er von dem Leiborgan des Bundes der Landwirte gepömpelt wird.

Da kommt zuerst die Wohnung heran. Nach den Angaben des Arbeiters war sie von einer Beschaffenheit, daß kein Vieh in Winter darin wohnen kann. Wir wissen, daß solche „Wohnung“ in der pommerischen Gutsverwaltung höchstens mit einem Jahresmietwert von 50 M. berechnet wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ aber schätzt sie auf — 360 M.! Wir sind gewiß keine Bewunderer der Berliner Arbeiterwohnungen, aber für 30 M. monatlicher Miete bekommt man hier denn doch eine andere Wohnung wie solchen windstiefen gutsherrlichen „Schweinestall“, in dem einem bei schlechtem Wetter fast die Haare vom Kopfe fliegen. Von den 25 Jentnern Deputatgetreide will das Blatt nur gütigst 24 Jentner für Brotkorn in Rechnung stellen, welches dann zu Brot verbacken, einen Wert von 275 M. oder etwa 11,50 M. pro Jentner repräsentieren soll. Der beste Roggen kostet aber nur etwa 8 M. pro Jentner, daß dieser von uns zu Grunde gelagte Preis noch reichlich hoch bemessen ist, weil als Deputatgetreide in der Regel nur minderwertiges, vielfach sogar vorjähriges dumpfiges und stieliges Korn verabsolgt wird. Die Kosten für das Mahlen muß aber der Arbeiter selbst tragen, ebenso die Kosten für das Baden, wenn er nicht selbst einen alten Backofen hat, den er dann aber doch von seiner knappen Deputatfeuerung heizen muß. Die berühmten „Leuteltartoffeln“ berechnet das Blatt stramm zu Berliner Markpreisen mit 2,50 M. pro Jentner. Wir nahmen 1,20 M. an, und das war hochgegriffen, denn meistens berechnen die Gutsbesitzer diese Sorte Kartoffeln selber nur mit 80 Pf. pro Jentner. Für die gelieferte Nagemilch werden dann prompt 30 Pf. pro Tag oder 10 Pf. pro Liter angelegt. Die Weissetts hatten wir schon zu Berliner Detailpreisen angesetzt, nämlich zu 1 M. pro Jentner; die „Deutsche Tageszeitung“ aber schlägt noch flugs 25 Pf. auf den Jentner auf. Nun aber die Schweine, Ziegen und Hühner, die der Gutsnecht gar nicht hatte, und die er sich bei dem fürklichen Verlohn von 290 M. erst mit größter Sparsamkeit im Laufe mehrerer Jahre hätte anschaffen müssen, wenn er nicht bei dem Gutsherrn von vornherein in die Schuld und damit in noch größere Abhängigkeit geraten wollte, falls dieser ihm eins oder das andere der Tiere auf Kredit „verkaufen“ läte. Sollte der Mann also 32 M. aus dem Verkauf von Eiern erzielen, so hätte er diese Eier wohl oder übel erst selbst legen müssen.

Und die 80 M. aus dem Erlös der Rogenmilch? Will ihm etwa der Gutsherr die 80 M. dafür geben? Der Arbeiter würde zweifellos sehr erfreut darüber sein. Wie aber soll ein Tagelöhner, der Vater von acht Kindern ist, es möglich machen, 400 Pfund Schinken, Fleisch und Speck zu verkaufen, selbst wenn er zwei Schweine hätte? Hierfür aber 360 M. in Rechnung zu setzen, das bekommt eben nur die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer agrarischen Rabulistik fertig. Vielleicht ist es auf der löblichen Redaktion des Blattes möglich, Schweine lediglich mit Abfall fett zu machen. Der Gutsarbeiter braucht dazu auch Maschinen, und zwar mehr als vier Jentner Leichtgerste aus dem dritten Dreschmaschinenloch. Dieses Korn muß er aber wiederum kaufen, und der Gutsherr läßt es sich teuer, sehr teuer bezahlen, so daß der Bortteil von der Schweineaufzucht nicht dem Tagelöhner, sondern dem Gutsherrn in den Schoß fällt.

Es gehört wirklich die ganze Verlogenheit agrarischer Klopffechter dazu, um die einfachsten Tatsachen so dummdreist und gottesfürchtig auf den Kopf zu stellen, wie es hier von ihnen geschieht. Man vergegenwärtige sich: die landwirtschaftlichen Unfallversicherungsvereine bemessen den Jahresarbeitsverdienst eines Landarbeiters laut Bestimmung der oberen Verwaltungsbehörde auf 450 bis höchstens 600 M. Beschalt ist dieser Sach denn nicht höher bemessen, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ dem Landarbeiter ein drei- bis viermal so hohes Einkommen herausdestilliert? Die Antwort wird das Blatt wohl schuldig bleiben; es weiß ja, daß ihm kein Mensch seinen Schwindel glaubt.

Wir wünschen den Goldschreibern des Bündlerblattes nur, daß sie nicht einmal nur auf ein Jährchen Ansehensdienste auf einem Gute verzichten müßten, dann würden sie später jedenfalls wohl etwas weniger begeisterte Loblieder über das Los der Landarbeiter anstimmen. Selbst als Hausdiener in einem „sozialdemokratischen“ Konsumverein würden sie sich entschieden wohler fühlen, wenn sie jetzt auch ihre Rätzerungen über diese Vereine, die mit der Sozialdemokratie an sich gar nichts zu tun haben, in die Welt hinauskrähen.

Die russische Revolution.

Ein Gerücht.

Das „Hamburger Echo“ brachte in seiner Mittwochnummer die Mitteilung, Genossin Rosa Luxemburg sei am Sonnabend vom Warschauer Kriegsgericht zu 15 Jahren schwerer Zwangsarbeit, sieben Mitangeklagte seien zum Tode verurteilt.

Unseres Wissens entspricht diese Nachricht nicht den Tatsachen. Zumal wäre es selbst vom Standpunkte russischer Feldkriegsgerichtsjustiz undgreiflich, wie den sogenannten „Mitangeklagten“ unserer Genossin so schwere Vergehen nachgewiesen wären, daß man sie — zum Tode verurteilen sollte!

Genossin Luxemburg ist gegenwärtig hier und da im Deutschen Reich tätig, ihr Wissen und ihr Temperament im Dienste der Partei dem Wahlkampf zu widmen. Sie spricht heute hier, morgen dort — wir können sie also nicht leicht erreichen. Vermutlich wird sie sich selber noch zu der Mitteilung unseres Hamburger Bruderblattes äußern.

Aus der Partei.

Vor einem russischen Polizeispigel, der in Kattowich sein Wesen treibt, wagt die Breslauer „Volkswehr“. Der unsaubere Patron hält sich dort namentlich im Café „Monopol“ auf. Um das Vertrauen der russischen Genossen zu erschleichen, be-

dient er sich eines Empfehlungsschreibens des österreichischen Genossen Viktor Adler, das ihm entweder auf noch nicht aufgestellte Weise in die Hände fiel oder aber gefälscht ist. Der Polizeispigel versucht die ihm vertrauten Personen, die in ihm einen Gleichgesinnten vermuten, nach Rußland zurückzuschwören, um sie dann den Henserknechten auszuliefern, die wahrscheinlich an den verschiedensten Stellen schon auf die Deute lauern.

Fortschritt der Presse. Der Karlsruher „Volksfreund“ hat seit dem 1. Dezember im 1185 Abonnenten zugenommen. In der Buchdruckerei des „Volksfreundes“ wurde mit dem 1. Januar mit dem neuen Buchdruckertarif die achtstündige Arbeitszeit eingeführt.

Von den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein zu Saalfeld zählt jetzt an die 500 Mitglieder.

Zur Behandlung der Reichsverbands-Klopffechter machte die „Leipz. Volksztg.“ dieser Tage folgenden Vorschlag:

„In der gegenwärtigen Wahlbewegung tritt als höchlichste Erscheinung das Treiben des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hervor. Man mag es historisch-psychologisch zu begreifen suchen — und man begreift es auf diesem Wege auch sehr gut —, daß eine unaufhaltbar ihrem Untergange entgegen-eilende Gesellschaft die Vertretung ihrer Interessen zuletzt einer Bande gedungener Subjekte anvertraut, die an Ehre nichts mehr zu verlieren haben und gegen bare Zahlung bereit sind zu jeder Niedertracht, mit der das Aufsteigen einer höheren Kultur noch bekämpft werden kann.“

Aber die historische Erklärung dieser widerlichen Erscheinung macht sie nicht annähernd. Im Gegenteil! Als Produkt einer unheilbaren Fäulnis hat sie nur noch symptomatische, aber nicht mehr politische Bedeutung. Es hat niemals zu den Gewohnheiten der deutschen Sozialdemokratie gehört, ihren Gegnern auszuweichen; sie liebt den Kampf um die Ehre mit dem Feind, wie sie seit dem ersten Tage ihrer Geschichte betreiben hat und noch jeder Tag beweist. Es ist auch niemals ihr Fehler gewesen, den Widerstand zu unterschätzen, auf den sie stößt. Aber es gibt in allen Dingen eine Grenze, über die hinaus Verunft zum Unsin und Wohlrat zur Plage wird, und nachdem nunmehr hundertfach bewiesen worden ist, daß hinter den persönlichen Lügen und Verleumdungen, mit dem der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie operiert, nicht einmal der Schatten einer ehrlichen Ueberzeugung, nicht einmal die Spur eines politischen Kampfes steht, scheint uns der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo reiner Lärm gemacht werden muß.

Unseres Erachtens sollte unsere Partei in allen Wählerversammlungen die Diskussion mit den Schülern des Reichsverbands ablehnen, aber unter folgender Begründung:

In Erwägung, daß jede politische Anschauung zu achten ist, die aus ehrlicher Ueberzeugung entspringt;

in Erwägung aber, daß die für Bezahlung angeworbenen Agenten des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie keine bestimmte parteipolitische Ueberzeugung vertreten dürfen;

daß sie vielmehr von ihren Chefs kommandiert werden, den verschiedensten bürgerlichen Parteien ihre Dienste zu leisten, um im Interesse des Kapitalismus und der Reaktion die Sozialdemokratie zu bekämpfen;

in weiterer Erwägung, daß diese bezahlten Agenten des Kapitalismus und der Reaktion erfahrungsmäßig den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den gefährlichsten und schmutzigsten Mitteln führen und dadurch den Wahlkampf verfehlen;

beschließt die Versammlung im Interesse der politischen Reinlichkeit, keinem dieser gedungenen Agenten des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie das Wort zu gestatten.

Wir möchten diesen Vorschlag zunächst der Diskussion innerhalb der Partei unterbreiten.“

Den Titel unseres Leipziger Bruderblattes wird jeder Genosse verstehen und teilen. Trotzdem können wir uns für den Vorschlag nicht ertönen. Auch den Schein, als fürchteten wir die freie Aussprache, muß vermieden werden. Ob Leuten, die sich erwiesenermaßen unaufhörlich in unseren Versammlungen benommen haben — indem sie ihnen widerlegte Lügen von neuem wiederholen, indem sie das Schlagwort des Referenten nicht abwarten usw. —, das Wort in den folgenden Versammlungen zu erteilen ist, das muß von Fall zu Fall entschieden werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Rein Strafausschub für den sozialdemokratischen Preßfänger. Das „Hamburger Echo“ meldet:

„Unser Kollege Gustav Wabersky ist mitten im Wahlkampf aus unserer Mitte gerissen, damit er die angeleglichen Verleumdungen der Polizei bis zu der unferen Kritik der Polizeizeiten vom 17. Januar v. J. enthalten haben soll. Sogar die achtstündige Freist zum Straftritt, die fast jedem Spitzbuben, gemeinen Schwindler, Jubelst und Sittenverderber zugute kommt, hat, wie wir schon mitteilten, die Staatsanwaltschaft unserem Kollegen durch einen einzigen Federstrich genommen. Der Verteidiger Wabersky, Dr. Euse, wandte sich darauf mit einer Eingabe an den Senat, bei dem er beantragte, Wabersky einen Strafausschub bis zum 15. Februar zu gewähren damit er einmal seiner staatsbürgerlichen Pflicht, zu wählen, genügen könnte und weiter sein Amt als Redakteur am „Echo“ vorläufig weiter versehen könnte, da er zurzeit keinen Ersatz für sich schaffen könne.“

Der Senat hat diesen Antrag ebenfalls abgelehnt. Und hat es nicht einmal für nötig gehalten, gehörig auf den Antrag erwidern zu lassen und den Entschaid zu begründen. Auf einem horrenvollen Formular, das für ablehnende Bescheide für Gnadengesuche eingerichtet ist, wird die Antwort erteilt. Weder unser Kollege Wabersky noch sein Verteidiger haben den Senat, in dem Vertreter des Wahlrechtssturzes, wie von Rellie, Preßbühl, Holtz, O'Swald, Dr. Traun usw., sitzen, um Gnade zu beteten. Nur um ein Recht, wenn auch vielleicht nur um ein moralisches Recht, das gar schon gemeinen Verbrechern geworden ist und um so eher wohl einem politischen Sünder hätte zuteil werden sollen.“

Behandlung wurde das „Volksblatt“ zu Saalfeld. Es handelt sich um einen in der Nummer vom 23. Dezember erschienenen Artikel, betitelt „Die nationale Ehre und der Parlamentarismus“, der Verleumdungen der Reichsregierung enthalten soll. Dem nichtstaatsanwaltschaftlichen Auge sind sie nicht erkennbar.

Aus Industrie und Handel.

Die Fleischnot.

In der freisinnig-nationalliberalen Presse scheint die Verbindung zwischen dem politischen und dem Handelsteil vollständig gestört zu sein. Der allgemeine Teil ist auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie abgestimmt und fast jeden Tag sieht man auf Mitteilungen über Kompromisse zwischen Liberalen und Konserwativen, die dem Zwecke dienen, zugunsten letzterer der Sozialdemokratie das Mandat abzunehmen. Zu dieser Hausrechtspolitik im Dienste des Agrariertums paßt trefflich eine Auslassung im Handelsteil des „Hamburger Korrespondent“ über die Fleischnot. Es heißt da u. a.:

„Wenn sich im Augenblick die Öffentlichkeit weniger mit der Fleischnot in Deutschland beschäftigt, so liegt das daran, daß andere politische Angelegenheiten in den Vordergrund getreten sind

und die Aufmerksamkeit mehr in Anspruch nehmen; die Fleischnot an sich ist aber keineswegs beseitigt. Die öffentliche Diskussion wird sich wieder mehr mit der Frage beschäftigen, wenn erst politisch ruhigere Zeiten gekommen sein werden. Die kleinen Mittel, die die Regierung nach der Interpellation im verflorenen Reichstage gewährt hat, wie die Dämpfung der Grenzen für geschlachtetes Schweinefleisch aus Skandinavien, haben sich als durchaus unzureichend erwiesen, da der hohe Zoll und die hohen Unterhaltungsgebühren eine Schweinefleischzufuhr aus Skandinavien in großem Umfange unmöglich machen. Aber nicht allein an Schweinefleisch herrscht ein fühlbarer Mangel, auch für anderes Fleisch sind die Preise so hoch, daß ruhig von einer Unterernährung weiter Volksteile an Fleisch gesprochen werden kann. Als im vorigen Jahre die Klagen über die Fleischnot besonders lebhaft waren, zur Zeit des „Fleischnottrummels“, wie die Agrarier die berechtigten Klagen so häßlich nannten, nahmen wir Veranlassung, uns auch an dieser Stelle mit der Frage zu beschäftigen und als Abhilfsmittel die Einfuhr von getrorenem Fleisch zu empfehlen. Wir wiesen darauf hin, daß dieses Fleisch sich in Deutschland zu einem Preise einführen ließe, der dem Fleische von heimischem Vieh kaum Konkurrenz machen würde. Der Konsum solchen Fleisches würde nur in denjenigen Volksteilen stattfinden, die sich jetzt den Fleischgenuss entweder gänzlich verweigern oder ihn auf das Äußerste einschränken müssen. Leider hat aber die Regierung keine Veranlassung genommen, der Frage näher zu treten und dafür zu sorgen, daß unserem Volke die Wohlthat billigen und dabei guten Fleischgenusses zuteil werde. Agrarisch ist und bleibt leider wohl auch ferner Trumpf.“

Die politischen Redakteure der freisinnig-nationalliberalen Presse scheinen von den wirtschaftlichen Gefahren, denen Deutschland unter der agrarischen Herrschaft entgegengeht, nichts zu wissen. Der Kolonialtrummel hat es ihnen angetan. Diefem Trummel zu Liebe bemühen sie sich angelegentlich dafür zu sorgen, daß das Agrariertum noch mehr Trumpf wird in Deutschland. Das nennt man praktische Politik. Die Arbeiterkass hat dafür zu sorgen, daß wegen des Kolonialschwindels nicht ihre Interessen verraten werden.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Der rechnermäßige Kohlenabsatz betrug im Dezember 1906 bei 2 1/2 Arbeitstagen 4 064 525 Tonnen gegen 4 901 173 Tonnen im Dezember 1905 bei ebenso viel Arbeitstagen. Er hat also im Dezember 1906 gegen denselben Monat des Vorjahres insgesamt um 63 852 Tonnen zugenommen. Von der Beteiligung, die sich im Dezember 1906 auf 5 806 833 Tonnen (im Vorjahre 5 879 943 Tonnen) belief, sind demnach bei einer um 16 910 Tonnen höheren Beteiligungsziffer 84,19 Prozent (im Vorjahre 83,33 Prozent) abgesetzt worden. Der Kohlenabsatz hat im Dezember 1906 insgesamt 1 054 888 Tonnen gleich arbeitsmäßig 45 017 Tonnen gleich 95,64 Prozent der Beteiligung getragen gegen insgesamt 994 193 Tonnen gleich arbeitsmäßig 42 992 Tonnen gleich 94,40 Prozent der Beteiligung im Dezember des Vorjahres. An Brisketts wurden im Dezember 1906 insgesamt 200 107 Tonnen gleich arbeitsmäßig 8553 Tonnen gleich 90,62 Prozent der Beteiligung abgesetzt gegen insgesamt 190 210 Tonnen gleich arbeitsmäßig 8225 Tonnen gleich 86,32 Prozent der Beteiligung im Dezember des Vorjahres.

Soziales.

Sankt Bureaufratius in der Krankenversicherung. Der Schlosser Karl A. erkrankte im Jahre 1904, während er in dem Betriebe „Prodenksammlung“, dem Verein „Dienst an Arbeitslose“ gehörig, beschäftigt war. In einer Krankenkasse war A. nicht gemeldet. Das Schicksal spielte A. übel mit. Da mit der eingetretenen Erkrankung auch die Existenzmittel des A. erschöpft waren, mußte A. zeitweilig zur Unterkunft das „Ksp!“ aufsuchen. Die Krankenbehandlung konnte daher, mit Ausnahme einer kurzen Zeit, in welcher A. im Krankenhause Moabit Aufnahme fand, nur in der Charité eine politische sein. Als A. wieder gesund geworden, machte er zunächst seine Entschädigung bei dem Betriebe „Prodenksammlung“ geltend. Der Betriebsleiter wies die Ansprüche zurück, da der Betrieb nicht versicherungspflichtig sei. A. legte hiergegen Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde ein und machte geltend, daß in dem Betriebe „Prodenksammlung“ eine größere Anzahl Arbeiter dauernd beschäftigt würden. Es würden nicht nur Reparaturarbeiten, sondern auch neue Gegenstände (Kohlenhaufen usw.) angefertigt und zum Verschleiß gestellt. Die Beschäftigung dauere also „nach der Art des Betriebes“ länger als acht Tage, somit wären die dort beschäftigten Arbeiter gemäß § 1 des Krankenversicherungsgesetzes auch der Krankenversicherungspflicht unterworfen.

Durch die oberste Aufsichtsbehörde wurde die Versicherungspflicht ausgesprochen und der Betrieb der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Apotheker und sonstige Gewerbetreibende und Handelsleute als zuständig überwiesen.

A. glaubte nun, daß er im Besitze des ihm zustehenden Krankengeldes gelangen würde. Genosse A. denkt und der Bureaukratismus lenkt. Die Ortskrankenkasse der Kaufleute verlangte kategorisch den Nachweis, daß A. auch „wirklich krank“ und im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes erwerbsunfähig gewesen sei.

Neue Schwierigkeiten entstanden dem A. Da A. eben aller Varnittel beraubt, ärztliche Behandlung nicht erlangen konnte, mußte er sich mit der poliklinischen Behandlung zufrieden geben. A. konnte daher für den Nachweis seiner Krankheit nur die Karte der „Poliklinik“ von der Charité beibringen. Diese genügt indessen der Kasse nicht; diese verlangte ein Attest über die „Dauer der Erwerbsunfähigkeit“ usw. Wonde sind ins Land gegangen. A. bekam keinen Bescheid, auch keine Krankenunterstützung. Von neuem mußte A. bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde führen. Nach vielen Scherereien wird ihm wieder aufgegeben, die „Veweise“, daß er tatsächlich ärztlich behandelt worden sei, zu erbringen. Die Charité lehnt es natürlich ab an „Private“ eine Bescheinigung zu geben und A. ist wieder nicht imstande den „Veweis“, daß er krank und erwerbsunfähig gewesen sei, zu erbringen. Darauf geht ihm ein Schreiben von der Aufsichtsbehörde zu: wenn er innerhalb 8 Tage die „Veweise“ nicht beigebracht habe, dann müsse die Angelegenheit als erledigt angesehen werden. A. schreibt nun, da ihm als „Private“ eine Bescheinigung nicht gegeben werde, so soll sich die Aufsichtsbehörde als Behörde an die Charité wenden, ihr — der Gewerbe-Deputation, als Behörde müsse doch Auskunft erteilt werden. Wieder ist eine geraume Zeit verstrichen und nun erhält A. von der Gewerbe-Deputation die Entscheidung, daß er (A.) mit seiner Klage gegen die Ortskrankenkasse der Kaufleute, Apotheker und Apotheker kostenpflichtig abge-twiefen sei. Aus den Gründen sei einiges hier angeführt:

„Die Beklagte hat sich zur Zahlung des Krankengeldes für die Dauer der durch ärztliches Attest nachgewiesenen Erwerbsunfähigkeit bereit erklärt. Sie hat ihrer Behauptung nach indes nicht zahlen können, da ein Attest nicht beigebracht werden konnte. . . . Es war nie geschieden zu entscheiden. . . . Kläger habe die Erklärung abgegeben, nicht imstande zu sein, ein Attest zu beschaffen, da die königliche Poliklinik der königlichen Charité, in welcher er behandelt ist, die Ausstellung abgelehnt hat. Auf das diesseitige Ergehen und Abgabe eines Gutachtens über die Dauer der Erwerbsunfähigkeit des Klägers ist von der königlichen Charité-Deputation die Antwort eingegangen, daß es sich nicht feststellen lasse, wie lange der Kläger im Jahre 1904 erwerbsunfähig gewesen ist.“

Weil die Erwerbsunfähigkeit ärztlicherseits nicht bestätigt werden konnte, mußte der Kläger (A.) abgewiesen werden! Das Ergebnis klingt wie eine Satire auf unsere „ge-se-gnete Sozialreform“.

Nirgend im Gesetz ist vorgeschrieben, noch kann bei Festhaltung des Grundsatzes der freien Beweiswürdigung vorgeschrieben werden, daß der Beweis der Krankheit nur durch Atteste geführt werden könne. Zweifelte die Kamme oder die Gewerbe-Deputation an dem schon durch seinen Kampf um die Versicherungspflicht glaubhaft gemachten Anspruch, so stand es bei ihnen, die Behörden um Auskunft zu ersuchen. Hoffentlich findet der vom Schicksal so schwer heimgesuchte Kläger mehr Verständnis für die Sachlage bei den ordentlichen Gerichten.

Gesteigerter Konsum von Pferde- und Hundefleisch.

In Chemnitz ist der Konsum von Pferde- und Hundefleisch im Jahre 1906 ungeheuer gestiegen, obwohl der Fleischkonsum im allgemeinen zurückgegangen ist. Die Schlachttatistik redet eine nur zu deutliche Sprache. Im Schlachthofe zu Chemnitz wurden im Jahre 1906 zusammen 129 564 Tiere, das sind 1685 Stück weniger als 1905, geschlachtet. Weniger wurden geschlachtet 412 Kälber, 1317 Schafe, 15 Ziegen und 351 Schweine, dagegen wurden mehr geschlachtet als 1905: 232 Rinder, 88 Pferde, 3 Esel und 87 Hunde. Im Jahre 1906 wurden im ganzen 1070 Pferde und 698 Hunde geschlachtet. Wie soll das gar werden, wenn die Preise wieder einsteigt? Und dabei hat die allgemeine Teuerung aller Lebensmittel selbst Pferdefleisch und Hundefleisch ergriffen: sie sind um 20 Proz. im Preise gestiegen. — Möge es die Chemnitzer Arbeiterkassette den Zollwachenpartien am 25. Januar heimgalgen!

Gewerkschaftliches.

Arbeiterauschüsse in Staatswerkstätten.

Die Maschinenpumper der Betriebswerkmeisterei Lehrter Bahnhof in Berlin haben seit Mai vorigen Jahres zu wiederholten Malen durch ihre Vertreter im Arbeiterauschuß beantragt, daß ihnen Teuerungszulagen gewährt werden möchten. Daß derartige Zulagen für die Maschinenpumper eine dringende Notwendigkeit sind, kann nicht zweifelhaft sein, denn sie erhalten einen Anfangslohn von 3 Mk. täglich und erst nach zwölfjähriger Tätigkeit steigt der Lohn auf 3,60 Mk. Daß das Gehalt der Arbeiter begründet ist, hat man auch an maßgebender Stelle nicht bestritten, man hat auch das Gehalt nicht abgelehnt, aber bewilligt ist es bis jetzt auch noch nicht. Die Arbeiter dürfen immer noch auf die erbetene Zulage hoffen und sich derweil mit dem Lohne von 3—3,60 Mk. durchhängen. So oft inzwischen im Arbeiterauschuß angefragt wurde, wie es denn mit der Zulage stände, erhielten sie den Bescheid, die Sache sei im Gange. Nachdem die Arbeiter monatlang gehofft und geharrt hatten, schien es ihnen doch unwahrscheinlich, daß ein so begründetes Gehalt sich so lange im Gange befinden könne, ohne in der einen oder anderen Weise als erledigt zurückzukommen. Die Arbeiter glaubten, ihre Sache werde wohl im Papierkorb eines Inspektionsbureaus seinen Gang beendet haben. Sie setzten deshalb eine Eingabe an die Direktion auf. — In einem staatlichen Rüstbetrieb herrscht natürlich militärische Ordnung. Demzufolge dürfen die Arbeiter ihre Eingabe nicht direkt an die Direktion einreichen, sondern sie müssen sich dazu der Vermittlung des Vorstehers der zuständigen Maschineninspektion bedienen. Die Eingabe wurde also in einer Sitzung des Arbeiterauschusses dem Bauinspektor Vode mit der Bitte um Weitergabe vorgelegt. Der Inspektor fragte den Beauftragten der Arbeiter, ob er diese Beschwerde wirklich (!) an die Direktion richten wolle. Als der Betreffende darauf bestand, bezeichnete ihn der Inspektor als „frechen Patron“, und der Werkstättvorsteher machte dem Arbeiter, der die Interessen seiner Kollegen im Ausschuss vertrat, den Vorwurf, er sei ein „Aufwiegler“.

Es ist recht bezeichnend für die Wertschätzung des Arbeiterauschusses in einem staatlichen Betriebe, wenn ein Ausschussmitglied, weil es im Interesse und im Auftrage von vielleicht hundert Arbeitern handelt, als „frecher Patron“ und „Aufwiegler“ bezeichnet wird.

Seit diesem Vorfall ist wieder einige Zeit vergangen. Das Gehalt um Gewährung einer Teuerungszulage ist immer noch nicht bewilligt. In der letzten Sitzung des Arbeiterauschusses am 17. Dezember v. J. wurde dem Vertreter der Maschinenpumper auf seine Anfrage nach dem Schicksal des Gehaltessuches wieder der Bescheid gegeben, es sei alles im Gange.

Es ist nicht zu glauben, daß die Entscheidung darüber, ob man Arbeitern mit einem Tagelohn von 3—3,60 Mk. Teuerungszulagen gewähren will oder nicht, eine Zeit von 6—8 Monaten oder noch mehr in Anspruch nehmen sollte. Die Sache wird vielmehr so liegen: Gewähren will man nichts, vor einer Ablehnung scheut man sich, denn sie läßt sich wirklich nicht begründen und deshalb tröstet man die Arbeiter mit der Versicherung, es sei alles im Gange. Inzwischen können die Arbeiter weiter darben. Die Herren, welche über die Zulage zu entscheiden haben, leben ja in guten Verhältnissen. Sie fühlen nichts von der Not, mit der schlecht entlohnte Arbeiter zu kämpfen haben.

Wenn dann am Wahltag die Quittung für solch Verhalten in der Abgabe von Millionen sozialdemokratischer Stimmzettel erfolgt, schreien sie ja aus ihrem Sicherheitsgefühl auf. Aber nicht in ihrem eigenen Verhalten finden sie eine Erklärung dafür, sondern in der „Aufwiegelung“ der Arbeiter, dieser „frechen Patrone“, die sich erdreisten, Menschen mit menschlichen Gefühlen und Ansprüchen zu sein!

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Die Zahl der Ausgesperrten wächst langsam aber stetig. Gestern ist durch die Kontrolle des Holzarbeiterverbandes festgestellt worden, daß in Berlin 471 Ausgesperrte hinzugekommen sind. In Berlin sind bis jetzt 4900 Arbeiter ausgesperrt, in den Vororten etwa 1000, so daß die Gesamtzahl der Ausgesperrten 5900 beträgt. Wenn die Arbeitgeber sich streng an ihre Beschlüsse und Weisungen hielten, so müßte die Aussperrung natürlich einen bedeutend größeren Umfang haben. Aber es ist auch diesmal wieder so, wie es vor zwei Jahren war. Viele Arbeitgeber, die gerade reichlich mit Aufträgen versehen sind, lehnen sich eben nicht an Beschlüsse und Weisungen, ja sie suchen sogar die Kontrolleure ihrer Vereine zu täuschen. Nur ein Beispiel dieser Art sei hier angeführt. Tischlermeister Plathow (Werkstatt für Labeneinrichtungen) entließ einen Teil der Arbeiter, fünf beschäftigte er weiter, instruierte sie aber dahin, daß sie bei einer etwaigen Kontrolle dem kontrollierenden Meister sagen sollten, sie seien nicht organisiert. Die Arbeiter wollten diesen Schwindel nicht mitmachen, und da es der Holzarbeiterverband für angebracht hielt, den Betrieb des Herrn Plathow ganz stillzulegen, so verließen auch noch die fünf, die Herr Plathow behalten wollte, die Werkstatt. Solche Fälle sind dem Holzarbeiterverband in großer Zahl gemeldet worden. Nicht selten kommt es auch vor, daß Arbeitgeber, die ihre älteren Arbeiter behalten wollten, sie ruhig weiterarbeiten lassen und ihnen noch nach dem 12. Januar neue Affordarbeit gegeben haben. — In der Werkstatt von Lütke, Gütshäuserstraße, sind 13 Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt. Der Arbeitgeber ersuchte sie, sich mit

Ausweispapieren über ihre Mitgliedschaft im Gewerbeverein zu versehen, um sich dem kontrollierenden Meister gegenüber auszuweisen zu können. Eine solche Kontrolle ging aber selbst den Tischler-Duendler zu weit, sie wollten davon nichts wissen. Vielleicht ist ihnen auch die Verantwortlichkeit der Haltung ihrer Organisation zum Bewußtsein gekommen. — Berliner Tischlergesellen sind auswärts zurzeit sehr gesucht. Täglich laufen auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes Nachfragen nach Arbeitskräften ein, gestern allein gingen 36 solche Gesuche aus einer größeren Stadt ein. So gelingt es, trotz aller Gegenmaßnahmen der Unternehmer, einen Teil der Ausgesperrten außerhalb Berlins in Arbeit zu bringen.

Wie bei jedem wirtschaftlichen Kampfe, so ist auch bei dieser Gelegenheit die Polizei auf dem Posten, wenn irgend ein aussperrungswütiger Unternehmer polizeiliche Hilfe nötig zu haben glaubt. In einer Schankwirtschaft in der Gneisenaustr. 45 verkehren die Ausgesperrten einer in der Nähe befindlichen Tischlerei. Arbeitswillige gibt es in ihrer Werkstatt nicht, es hat also schon aus diesem Grunde kein Arbeitswilliger „belästigt“ werden können.

Trotzdem kam der Leutnant des 78. Polizeiregiments gestern vormittag in das betreffende Lokal und sagte in forschendem Tone zu dem Wirt, es seien Beschwerden eingelaufen, daß Arbeitswillige vom Lokal aus belästigt worden seien, wenn das nicht unterbleibe, dann werde er, der Polizeileutnant, diese Leute — er meinte damit einige angewandte ausgesperrte Tischler — hinausbringen lassen und das Lokal räumen.

Der Herr Polizeileutnant überschätzt seine Amtsbefugnisse. Wer gibt ihm das Recht, ein Schanklokal zu räumen auf Grund von Beschwerden, deren Inhalt gar nicht bewiesen und auch nicht begründet ist?

Die Aussperrung der Automobilfahrer soll hartnäckig fortgesetzt werden, so beschlossen die Unternehmer in ihrer letzten Versammlung im „Heidelberger“. Man will sich auf den Vermittlungsvorschlag, 20 Proz. zu bewilligen und alles übrige beim alten zu lassen, nicht festlegen als einen Beschluß der Vereinigung. Wenn ein z. B. Unternehmer sich für einen Vorschlag dieser Art erklärt haben, so sei dies ihre Sache; die Gesamtheit beharrt auf dem ablehnenden Standpunkt allen Vorschlägen gegenüber, die mit der am 1. Januar eingeführten Arbeitsordnung nicht übereinstimmen. In einer Vertrauensmännerversammlung der Arbeiter wurde am Mittwoch die gegenwärtige Situation beraten. Die Resolution der Versammlung der Aussperrten vom Dienstag morgen war den Unternehmern schriftlich mitgeteilt worden und ebenso die Bereitwilligkeit, in Verhandlungen eintreten zu wollen. Darauf wurde folgender Brief als Antwort von den Unternehmern unter dem Datum vom 16. d. M. geschickt:

„Das Schreiben der Kommission der im Ausstand befindlichen Kraftdroschkenführer vom 15. d. M. ist hier eingegangen und wurde der Mitgliederversammlung unseres Vereins am gleichen Tage abends vorgelegt. Diese Versammlung hat hierauf einstimmig beschlossen, an den Bedingungen, welche in der durch die Ausschussbeschlüsse festgelegten Fahrordnung enthalten sind, und e. d. i. n. g. festzuhalten. Hieron geben wir dem Zentralverband gegn. Kenntnis.“

Hochachtung

Der 1. Vorsitzende des Vereins der Kraftdroschkenbesitzer, v. Oppeln-Bronikowky.

Die Automobilfahrer sehen der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen und sind nicht geneigt, sich von der scheinbaren Festigkeit der Unternehmer verblüffen zu lassen.

Etwa 100 der Aussperrten haben Stellung genommen als Kritiker für Pferdebesitzer. Ferner wurde bekanntgemacht, daß 30 der in den Betrieben Angelegenen sich den Aussperrten angeschlossen haben, damit der eifrigen Agitation der ausgestellten Posten.

Achtung, Friseurgehülfen! Herr Marlowitz, Reuchlinstraße 4, hat seine neuerdings gegebene Bewilligung wieder zurückgezogen. Für Mitglieder ist daher diese Firma dauernd gesperrt. Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. J. A.: Paul Dier.

Ausland.

Zwei große Streiks in Holland.

Der Hafenarbeiterstreik in Amsterdam dauert unverändert fort. Die Versuche der Transportarbeiterorganisationen, durch Verhandlungen mit den Unternehmern zu einer Einigung zu kommen, sind gescheitert. Der Vorstand der Arbeitgebervereinigung auf Schiffsahrtgebiet antwortete auf das Angebot der Organisationen, daß keine Verhandlungen möglich seien, weil die Arbeiter am 8. Januar durch die Arbeitsniederlegung „die Nachfrage gestellt“ hätten. Die Unternehmer haben nun ihre Streikbrecheragenten auf Reisen geschickt, die vermutlich auch auf deutschem Gebiet nach arbeitswilligen Leuten suchen werden.

Der Streik der über 800 Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Rijssen dauert ebenfalls unverändert fort. Auch hier bemühten sich Vertreter der Arbeiter um eine Einigung und auch christliche Herren suchten ihren Einfluß als Friedensstifter geltend zu machen. Aber der großmächtige Zuteilfabrikant Ter Horsten holte sich Rat bei dem Unternehmerpräsidenten Van Heel in Enschede und wies dann alle Verhandlungsvorschläge zurück.

Im ganzen Lande sammelt die Arbeiterkassette Gelder zur Unterstützung der Zuteilfabriken.

Für den Weltfrieden wollen die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten eine große Agitation einleiten. Nach dem Plan von Samuel Gompers soll jede Trade Union, die zum Amerikanischen Arbeiterbund gehört, von einem Kongreßabgeordneten fordern, daß er dafür im Kongreß in Washington wirke, daß die Vereinigten Staaten für allgemeine Abrüstung und internationale Schiedsgerichte eintreten. Gompers, der Präsident des Arbeiterbundes, will sich damit billigen Ruhm erwerben und wahrscheinlich seine Chnmacht und Einflußlosigkeit in der Politik des eigenen Landes verdecken, wo Gesetze zugunsten der Arbeiter nur mit schwerer Mühe vom Kongreß zu erlangen sind.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg. Die Versammlung für Monat Januar fällt aus. Nächste Versammlung (Generalversammlung) Montag, den 18. Februar.

Friedrichshagen. Die Versammlung am 21. Januar fällt aus. Die Frauen werden ersucht, die Volksversammlung für Frauen und Männer am 22. Januar in Verch Bürgerfäden zahlreich zu besuchen.

Der preussische Landesausschuß für Frauenstimmrecht veranstaltet eine öffentliche Versammlung Montag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, in den Industriehallen, Deuthstraße 19/20, mit der Tagesordnung: Reichstagswahlen und Frauenstimmrecht. Referentinnen: Elise Lüders, Adelheid v. Belfeged. Männer und Frauen aller Parteien haben Zutritt.

Das zerstörte Kingston.

Viel verheerender als man anfänglich geglaubt, hat das Naturerelement in Kingston gewütet. Nicht nur die Zahl der Toten, sondern auch der Gesamtschaden wird späteren Meldungen zufolge viel höher angegeben. Nach Meldungen aus St. Thomas soll die Zahl der Toten bei dem Erdbeben in Kingston 1000, die Zahl der Obdachlosen 90 000 und der Schaden 10 Millionen Dollars betragen.

Hülfeleistung für die Notleidenden.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Marine-departement durch drahtlose Telegraphie aus Guantanamo (Kuba) die Nachricht erhalten, daß Admiral Evans an Bord des Torpedobootes „Whipple“ nach Kingston fuhr, um dort die nötige Unterstützung anzubieten. Die Schlachtschiffe „Missouri“ und „Indiana“ folgten. Die Probantenschiffe „Celtic“ und „Glacier“, die zur atlantischen Flotte stießen und voll mit Vorräten versehen waren, haben den Befehl erhalten, sofort nach Kingston weiterzufahren, wo ihre Ladung unter die Notleidenden verteilt werden soll.

Den „Times“ wird über St. Thomas gemeldet: Das Feuer, das dem Erdbeben folgte, hat die Zerstörung von Kingston vollendet. Man fürchtet, daß der Menschenverlust sehr bedeutend ist. Infolge Unterbrechung der telegraphischen Landlinien sind Nachrichten aus dem Innern spärlich. Die Post litt jedoch nicht ernstlich. Man wartet, nach Kingston zu kommen, da der Geruch der Verwesenden schrecklich ist und eine Hungersnot bevorsteht. Alle Geschäfte wurden gesperrt. Rundbörse sind dringend benötigt. Die Banken sind niedergebrannt. Die feuerfesten Gewölbe aber haben ausgehalten. Der Jammer ist unbeschreiblich, niemand weiß, wo seine Bekannten geblieben sind. Viele Leichen liegen unter den Trümmern der Mauerhäuser. Die Kaufmannschaft hat am meisten gelitten, da die Warenhäuser über ihnen zusammenbrachen; viele Kaufleute sind daher tot oder verwundet. Reger plündern die Trümmerstätte, und häßliche Szenen spielen sich ab. Alle Gebäude in und um Kingston sind in Ruinen verwandelt und schwerlich wieder bewohnbar. Der ausgebrannte Vulkan bei Portland gibt wieder Zeichen von Tätigkeit.

Ein Dampfer der Hamburg—Amerika-Linie wird, wie ein Telegramm aus New York besagt, am Freitag oder Sonnabend von dort nach Kingston abgehen, um für die Opfer des Erdbebens kostenfreie Lebensmittel dorthin zu bringen.

Die Erdstöße dauern fort.

New York, 17. Januar. Die Hafenanlagen von Kingston liegen vollständig im Ruin. Viele von den bei der Katastrophe Verletzten sterben infolge mangelnder Pflege. Der Materialschaden wird auf fünfzehn Millionen Dollar geschätzt. Die Erdstöße dauern fort.

Zum Unglück Kingston.

London, 17. Januar. Der New York Herald meldet aus Kingston, daß das Feuer ausgebrochen ist. Die einst schöne Stadt ist jetzt eine grauliche Fläche voller Trauer und Klagen. Tausende ihres Heims vertrieben schlafen auf den Straßen, Bananen sind ihre Hauptnahrung. Gestern wurden 180 Leichen auf dem katholischen Friedhof bestattet, heute 130. Infolge der Zerstörung des Irrenhauses streichen Hunderte von unberlehten Geisteskranken durch die Gegend. Es heißt, daß Hunderte von Weibern umgekommen sind.

London, 17. Januar. Im Kolonialamt glaubt man, daß die Zahl der durch das Erdbeben von Kingston obdachlos gewordenen Personen 9000 beträgt, nicht 90 000, wie heute aus New York gemeldet wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße) Vorkassier, Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Besucht 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Anzahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.

W. W. 32. Sie können in Strafe genommen werden; holen Sie das Besondere nach. Die Sache selbst wird Verwendung finden. — S. 07. Die Adresse von Upton Sinclair ist: Princeton N. J., Vereinigte Staaten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Königlich Preussischen Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—75 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—55. Kalbfleisch, Doppelländer 120—135, Ia 96—98, IIa 75—85, IIIa 58—72, holl. 56—62. Hammelfleisch Ia 68—75, IIa 52—65. Schweinefleisch 56—65. Rohwoll Ia per 100 Pfd. 0,00, IIa 0,00—0,00, Rohwoll Ia 0,25—0,45, IIa 0,00—0,00, do. Kälber 0,40—0,50, Danmüll 0,40—0,48, do. Kälber 0,50—0,55. Wollschweine 0,00—0,00, Rindschlinge 0,00, Hälften per Stück 2,50—2,75, do. Klein und IIa 2,40, Kammhaken per Stück 0,60—0,90, Wildenten per Stück 0,00, Föhner, alte per Stück 1,50—3,40, do. IIa 1,25—1,40, do. junge per Stück 1,10—1,75, Tauben per Stück 0,60—0,55, junge keine 0,00, Italienische 0,00, Enten per Stück 1,30—2,75, Hamburger junge per Stück 0,00, Gänse, Oberbrüder, per Pfd. 0,60—0,70, do. Hamburger per Pfd. 1,00 bis 1,10, Eis, 0,55—0,60, Pechle per 100 Pfd. 72—94, mittel 0,00, Jander 0,00, matt 0,00, Schlei, groß 0,00, unfort. 113,00, Feis, groß 43—50, Kalk, groß 0,00, mittel 98—103, klein und mittel 91—93, Wägen, klein 32—34, groß 51—54, unfort. 42—47, Karren, 10er 0,00, do. 30—35er 0,00, 50er 60—64, 80—100er 0,00, Barre, matt 0,00, do. 0,00, Karrenhaken 0,00, Weisliche 0,00, Weis 0,00, Bunte Fische 66, Amerikaner Nach 1a neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20, Sprotten, Kieler, Ball 0,75—1,25, Dampfer, Ball 0,80—0,80, Halber, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Stiege 2—3, Hamb. Stiege 4—5, flunder Stiege 1,50—2, Bücklinge, per Ball Kieler 3,50—5,00, Straubler 0,00, Kalk, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe per Schock 4—5, Schellfische Rote 3—4,00, do. 1/2 Rote 2,00, Rablauer, p. 100 Pfd. 20, Feilbutt 0,00, Erbsen, 1902er per Anker 98, 1904er 93, 1906er 90, 1908er 73—75, Schottische Vöhrlinge 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Rotjes, per 1/2, 20. 60—120, Sardinen, russ., Joh 1,50—1,50, Pralheringe, Bäche (4 Eier) 1,50—1,75, Remangen, Schocklag 11, kleine 5—8, Kieler 14, Dummern, keine, per Pfd. 0,00, Stroh, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, keine 0,00, unfort. 0,00, Galtzer, groß 0,00, mittel 0,00, Eier, Raub, per Schock 4,75—5,25, Butter per 100 Pfd. Ia 114—120, IIa 110—115, IIIa 108—112, abfallende 90—100, Saure Gulten Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10—2,25, Daberische 2,10—2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75—2,00, Salzfartoffeln 5,00—6,00, Spinat per 100 Pfd. 12—15, Karotten per 100 Pfd. 10—12, Sellerie, biesige, per Schock 2,00—5,00, do. pomerische 5,00—6,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 2,25—4,00, do. kleine 2,00—2,50, do. fliegige (Perf.) 0,00, Charolotten 0,00, Petersilie, grün, Schockbund 2,00, Rohkrabi per Schock 0,00, Kettig, bayr., per Schock 2,40—4,80, Mohrrüben per 100 Pfd. 2,50—3,00, Zeltnerer Rüben per 100 Pfd. 8—10, Weiße Rüben, große 2—2,50, kleine 6—8, Rote Rüben 2,00—2,50, Blumenkohl hell, per Kopf 0,00, ital. per Kopf 0,18—0,35, Wirsingkohl per Schock 3,00—6,00, Rotkohl per Schock 3,00—8,00, Beikohl 100 Pfd. 2,00—2,50, Rosenkohl p. 100 Pfd. 15—25, Grünkohl per 100 Pfd. 2—4, Schnittlauch 12 Köpfe 4—4,50, Rohkrabi, Schock 1,50—2,50, Kürbis 0,00, Birnen, per 100 Pfd. biesige 7—16, bismische 8—20, Kefel, per 100 Pfd., biesige 6—22, Grauensteiner 0,00, Äpfel in Kisten 0,00, Rote 32—60, Amerik. 12—30, Zitronen, Preisina, 300 Stück 6,00—10,00, 360 Stück 8,00—9,00, 300 Stück 9—13, Äpfelkisten, Jassa, per Kiste 0—60, Murcia 300er Kiste 6—10, do. 300er 7—11, Valencia 400er Kiste 11,50—16, do. 714er 18—20, Preisina, Blau 100er 10, do. 150er 10,50, do. 80er 9,50.

Witterungsübersicht vom 17. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	
Emmende	774,8	SW	2	Dunst	4	Dabaranda	762,8	SW	2	Schnee
Hamburg	777,9	SW	4	Regen	5	Petersburg	768,8	SW	1	bedeckt
Berlin	775,9	SW	2	bedeckt	5	Schwib	778,8	SW	2	bedeckt
Frankfurt	778,8	SW	1	bedeckt	4	Aberdeen	777,8	SW	2	bedeckt
Königsberg	779,8	SW	4	bedeckt	1	Paris	779,0	SW	2	bedeckt
Wien	775,8	SW	5	bedeckt	5					

Wetterprognose für Freitag, den 18. Januar 1907.

Etwas kälter, zunächst meist neblig bei schwachen nordwestlichen Winden, später langsam aufklarend und trocken.

Berliner Wetterbureau.

1. und 5. Wahlkreis. Massen-Versammlungen

am Sonntag, 20. Januar, mittags 12 Uhr.

1. Feenpalast, Burgstraße.
2. Grand Hotel, Alexanderplatz.

Referenten: August Bebel u. Paul Singer.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Wahlkomitees.

5. Wahlkreis!

Freitag, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Wähler-Versammlung

in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Diskussion. Referent: Stadtverordneter **Hugo Heimann**.

[845/5]

Der Vorstand.

3. Wahlkreis.

Freitag, den 18. Januar 1907, abends 8 Uhr:

2 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

Märkischer Hof, Admiralstraße 18c. Referent: Genosse Julian Borchardt.
Köpenicker Festsäle, Köpenickerstr. 127a. Referent: Genosse Adolf Ritter.

Tages-Ordnung: Der bevorstehende Wahlkampf.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

4. Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar 1907, abends 6 Uhr,
bei Boeker, Weberstraße 17:

Versammlung für Männer und Frauen.

242/4*

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin **Ottile Baader** über: „Die Stellung der Frauen im gegenwärtigen Wahlkampfe.“ 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar, mittags 12 Uhr, im „Berliner Prater“, Kastanien-Allee 7/9:

Oeffentl. Wählerversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse **Hans Weber**.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee.

Handlungsgehülfen!

Heute Freitag, den 18. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

„Reichstagswahl und Handlungsgehülfen“.

Referent: **Julius Kaliski**. Ansprache des Reichstagskandidaten **Dr. Leo Arons**.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer: **Kugust Wenz**, Friedrichsbergerstr. 14.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Achtung!

Der Reichstagswahl wegen findet unsere

General-Versammlung

schon am Montag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32, statt.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Bericht und Abrechnung vom II. Quartal 1906.
3. Bericht des Gesellenausschusses sowie der Beisitzer zum Innungsschiedsgericht. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch hat zu dieser Versammlung kein Kollege Zutritt. Die Vertrauensleute werden deshalb ersucht, den Mitgliedern die Bücher rechtzeitig einzuhändigen.

Die Ortsverwaltung.
Sonntag, den 26. Januar, in den Gesamträumen der Brauerei „Friedrichshain“, Am Königstor 16/23:

Großes Alpen-Fest

Grig. Bayr. Kapelle (19 Mann stark), unter Leitung ihres Dirigenten „Ehrengraber“.

Zillertaler Jodler- und Schubplattler-Gesellschaft × Alpenrutschbahn × Alpenglühn × Original-bayrische Bedienung.

Billet im Vorverkauf 0,60 M., an der Abendkasse 0,70 M.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Die Teilnehmer werden gebeten, möglichst in dem Charakter des Festes entsprechenden Kostümen (auch humoristische) zu erscheinen.
Billets sind bei den Verfalls-Vertrauensleuten sowie im Bureau zu haben.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Das Komitee. S. U.: F. Habermann, Baldemarstr. 67.

Vereinigung der Zimmerer Deutschl.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, S. I. Aufg. I. Telefon Amt III, Nr. 6028

Sonntag, den 20. Januar 1907, vormittags 10 Uhr
in den Industriesälen, Beuth-Strasse 20:

General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1906. 2. Bericht des Vorstandes, der Rechnungs-Kommission und des Bibliothekars. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes, der Installations-Kommission und eines Mitgliedes der Rechnungs-Kommission. 4. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zur Beachtung! Am Tage der Reichstagswahl, Freitag, den 25. Januar, ist das Bureau den ganzen Tag geschlossen.

Der Vorstand. S. U.: Albert Ruppenhag.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Reichstags-Wähler!

Freitag, den 18. Januar 1907, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.

Tages-Ordnung:

Unsere Gegner im Wahlkampf. Referent: **Richard Fischer-Berlin**. Freie Diskussion.

Der Kandidat der konservativen Partei, Herr Oberbürgermeister Bobbin, ist schriftlich eingeladen worden. Unsere politischen Gegner haben freien Zutritt und wird ihnen gerne Rede-freiheit gewährt.

232/2

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonntag, den 19. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht vom 4. Quartal 1906. Jahresbericht. Wahl des Ausschusses. Entschädigung für den Vorstand. Bericht über die Bibliothek. Wahl eines Bibliothekars. Festsetzung des Steuerbetrages für 1907. Beschlußfassung über die Dampferparke und Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9070.

Sonntag, den 20. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher

im „Vereinshaus Berliner Musiker“, Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Jedem wir hiermit alle unsere Kollegen einladen, teilen wir gleichzeitig mit, daß Billets zu dem am Sonntag, den 18. März 1907, in der Brauerei Königsplatz stattfindenden Branchenvergügen (Samstagsabend) nur durch unsere Vertrauensleute zu beziehen sind.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Bureau: Lindenstr. 215 III. Gedln. v. 8-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: Amt III 938.

Achtung! Achtung!
Die für Januar geplante Außerordentl. Mitgliederversammlung (Samstagsabend) am Tage der Reichstagswahlen bleiben unsere Bureau geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Wie der Freisinn den Wahlkampf führt

Wir sind in der Sache stark, aber in der Form höflich und bescheiden! Herr Rosenow, der Freisinnsl Kandidat im dritten Wahlkreis, hat kürzlich in einer Versammlung freisinniger Wähler des Kreises dieses lobende Zeugnis sich selber ausgestellt.

Proben davon bekam man wieder mal am Mittwoch in einer Versammlung freisinniger Wähler zu hören, die für den „höflich-bescheidenen“ Herrn Rosenow bei Keller in der Köpenickerstraße veranstaltet worden war. Hauptredner war der Berliner Gemeindevorsteher Merzen, der dem nun aufgelösten Reichstag als Mitglied der freisinnigen Volkspartei angehört hat.

Die Versammlung vom Mittwoch zeigte auch sonst in überreichem Maße, auf ein wie tiefes Niveau der Berliner Freisinn in seiner Kampfesweise herabgesunken ist. Nach Herrn Merzen sprach Herr Rosenow der „Bescheidenen“. Die anwesenden Sozialdemokraten, die ihm den Saal füllen geholfen hatten, so daß er über den „glänzenden Besuch“ frohlocken durfte, wurden von ihm mit geiferndem Hohn überschüttet.

Als Dritter im Bunde erschien auf der Rednerbühne schließlich noch Herr Cassel, der Freisinnsl Kandidat im fünften Kreis. Was seine Vordredner in Anspielung des Gegners geleistet hatten, das suchte er noch zu überbieten. Und dabei verfiel ihm diese Herden des Freisinn immer wieder, daß sie sich von der Sozialdemokratie durch „tägliches Führen des Kampfes“ unterscheiden.

So kämpft der Freisinn gegen die Sozialdemokratie! Wir wissen, daß auch Freisinnige sich bereits angewidert fühlen von diesem Treiben ihrer Führer. Sozialdemokraten aber sollten sich für zu schade dazu halten, dem Freisinn seine Versammlungssäle zu füllen, ihm sogar in gesperrte Lokale nachzulaufen, durch willige Hergabe ihrer Gewissen den Wahlsinn des Freisinn zu stärken und sich schließlich von freisinnigen Anführern anzubellen zu lassen.

Der sozialdemokratischen Wählerschaft muß es als eine Ehrenpflicht gelten, das Mandat des dritten Kreises nicht in die Hände eines Mannes geraten zu lassen, für den mit solchen Mitteln gekämpft wird.

Zum Reichstags-Wahltableau veröffentlicht der Magistrat folgende Veränderungen bzw. Berichtigungen von Wahllokale.

- Im 2. Wahlkreis. Wahlbez. 52. Lützow-Allee 15/16 bei Eggert. 235. Gieselerstr. 9a bei Prause. Im 3. Wahlkreis. Wahlbez. 256. Stallfremberstr. 5 bei Schulze. 270. Köpenicker Festsäle, Köpenickerstr. 127a. 271. Köpenicker Festsäle, Köpenickerstr. 187. 272. 29. Gem.-Schule, Köpenickerstr. 125 - Turnhalle. 273. Michael-Festsäle, Michaelstr. 39. Im 4. Wahlkreis. Wahlbez. 180. Reichendergerstr. 199 bei Karra. 318. 33. Gem.-Schule, Krausstr. 43 - Turnhalle. 320. Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21. 328. Stralauer Allee 17 P bei Gilmus. 361. Tharstr. 19 bei Holz. 400. Ellystr., Landberger Allee 40/41 - Hof part. 411. Braunsbergerstr. 17 bei Bernhardt. Im 5. Wahlkreis. Wahlbez. 408. 204./213. Gem.-Schule, Christburgerstr. 18, Turnhalle. 451. 8./63. Gem.-Schul. Gipsstr. 23a - Turnhalle.

- Im 6. Wahlkreis. Wahlbez. 520. Kastanien-Allee 23 bei Hoffmann. 661. Beusselstr. 44b bei Vursche. 715. Müllerstr. 28 bei Schaeme. 715A. Müllerstr. 40a bei Gaspers. 753. Goldinerstr. 76 bei Eiter.

Wählerversammlungen. Dritter Wahlkreis.

Heute abend finden zwei Wählerversammlungen im „Märkischen Hof“ und „Köpenicker Festsäle“ statt, in welchen die Genossen Julian Borchardt und Adolf Ritter über den bevorstehenden Wahlkampf sprechen werden.

Achtung! Fünfter Wahlkreis! Heute Freitag, abends 8 Uhr, findet in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, eine Wählerversammlung statt, in welcher Stadt. Hugo Heimann referiert, Zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Wählerversammlungen. Im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis

Sehen unsere Genossen am Mittwoch die Wahlogitation in zwei öffentlichen Wählerversammlungen fort. Etwa 800 Personen hörten im Etablissement Vordbrauerei am Tempelhofer Berg den Parteisekretär Ebert, der den Dornburg-Kurs und seine wahren Absichten unter die kritische Lupe nahm und treffend darlegte, wie die bewilligungseifrigen, von „nationaler Ehre“ triebenen Förderer der Kolonial- und Weltpolitik ihren Patriotismus mit Glanz dadurch bekundeten, daß sie alle Lasten auf die breiten Rücken des Volks abwälzten.

Im gefüllten Saal von Bühlke in der Dennewitzstraße sprach der Genosse Redakteur Ströbel. In eindringlicher Weise schilderte er die Rosierung des Reichstages durch die Regierung, deren Vertreter noch am 13. Dezember im Reichstag von einer Verdoppelung der Zahl der im Felde stehenden Soldaten sprachen, während schon Ende Oktober Friedensverhandlungen eingeleitet waren. So suchte man sich die längst ersehnte Kolonialarmee zu verschaffen auf einem Wege, der mündigen Büllern und ihren Vertretern gegenüber nicht üblich sei.

Im dritten Wahlkreis

fanden am Mittwoch wieder zwei von unseren Parteigenossen einberufene Wählerversammlungen statt und beide waren so zahlreich besucht, daß alle Plätze besetzt waren und viele Anwesende sich mit Stehplätzen begnügen mußten. In den „Insel-Festsälen“ sprach Genosse Fröhlich. Sehr treffend bezeichnete er die Art, wie die Freisinnigen für ihren Kandidaten Rosenow agitieren, als einen plumpen Bauernfang, darauf berechnet, die Stimmen der Juden wie die der andersgläubigen und ungläubigen Bürgerleute zu lapern.

Im Saale von Augustin in der Oranienstraße sprach Genosse Dr. Kiesner. Klar und deutlich schilderte er die politische Lage und die Vorgänge, die zur Reichstagsauflösung geführt haben, wie die Haltung der Regierung, die auf eine vollkommene Verneinung des Rechts des Reichstages, eine Regierungsvorlage abzulehnen, hinausläuft. Scharf charakterisierte der Redner das jämmerliche Gebaren der Freisinnigen und hob ebenso scharf hervor, daß allein der sozialdemokratische Kandidat als ein in jeder Hinsicht unverlässiger Kämpfer für die Rechte des Parlaments und des Volkes gelten kann.

Kreis Teltow.

Schöneberg. Drei stattlich besuchte Wählerversammlungen beschäftigten sich am Dienstag mit der bevorstehenden Reichstagswahl. Im Wilhelmshof, wo Genosse Silberstein referierte, hatten sich viele Frauen eingefunden. Die scharfe Kritik, die der Redner an dem feigen Verhalten des Freisinn übte, sowie die vernünftige Verurteilung der abenteuervollen Politik entfesselte einen Beifallsturm unter den Versammelten. Im Klühhaus referierte Genosse Kohn in 1 1/2 stündiger Rede über das gleiche Thema. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen forderten noch die Genossinnen Bäumler und Widert die Frauen auf, Schulter an Schulter mit den Männern in diesem Wahlkampf zu arbeiten. Auch der Vorredner Genosse Urban richtete einen feurigen Appell an die Anwesenden, ihre Pflicht zu erfüllen.

Schöneberg. Endlich sind nun auch die Schönberger Liberalen öffentlich in die Wahlbewegung getreten. Während am Dienstag drei vom sozialdemokratischen Wahlkomitee einberufene Wählerversammlungen unter gewaltigem Andrang der Arbeiter, Schöft abgehalten wurden, tagte gleichzeitig im „Schwarzen Adler“ die Versammlung der Liberalen, in welcher sich der Kandidat der vereinigten Liberalen unseres Kreises, Stadtschulrat Dr. Reuter, den Wählern vorstellte. In einem längeren, anscheinend sorgfältig ausgearbeiteten Vortrage entwickelte der Redner, der auf dem Boden der freisinnigen Volkspartei steht, sein Programm. Er verteidigte eingehend die Haltung der Freisinnigen in der Frage der Kolonialforderung als die einzig korrekte, ließ in langer Reihe alle die von den Freisinnigen im Interesse des allgemeinen Volkswohles erhobenen Forderungen Revue passieren, um zu beweisen, daß einzig der „entschiedene“ Liberalismus bewirkt und imstande sei, Volkswohl und Volksfreiheit zu sichern und zu schützen. Das Zentrum fand vor ihm keine Gnade, noch viel weniger die Sozialdemo-

kratie. Die ältesten und nicht gerade die geschicktesten Redner trug er hervor, um unsere Partei in Grund und Boden zu reden. Unsere Unfruchtbarkeit auf politischem Gebiet, die heckerische Schürung des Klassenhasses, der bekannte „Terrorismus“, — all das mußte ihm dazu herhalten, um die Sozialdemokratie als die Partei der Unfreiheit und Unkultur erscheinen zu lassen. Als zu erhoffendes Ziel dieses Wahlkampfes bezeichnete der freisinnige Kandidat den Sturz der schwarz-roten Reichstagsmehrheit; dazu mühten sich alle bürgerlichen Parteien gegenseitig unterhalten. — Mehrfach wurde dem Redner durch Zwischenrufe unterbrochen, sich über den berüchtigten Reichsverband auszusprechen, — er war vorzüglich genug, ebenso wie die liberalen Diskussionsredner, nicht darauf einzugehen. — Die Diskussion gestaltete sich sehr anregend. Bedauernd wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalliberalen so rücksichtslos gewesen seien, die konservative Kandidatur zu unterstützen. — Einen häuslichen Zwist gab es dann unter den Liberalen wegen des „kleinen Nebels“. Während die einen es für vollständig ausgeschlossen erklärten, daß ein Liberaler einem Sozialdemokraten in der Stichwahl seine Stimme gebe, betonte der Stadtschulrat Reuter ausdrücklich, daß der Kampf vor allem gegen Konservative und Zentrum zu führen sei. Derselbe Redner zerstörte auch grausam die vertrauensvolle Illusion des Referenten, welcher behauptet hatte, die nationalliberale Partei sei unbedingte Schutzherrin des Reichstagswahlrechtes. — Rebellion kam in die Versammlung, als unser Genosse Däumig das Wort ergriff, um unsere Partei gegen die erhobenen Angriffe zu verteidigen. Er kam aber nicht weit. Als er die himmelschreienden Zustände, die sinnlose Zoll-, Steuer- und Kolonialwirtschaft scharf geißelte, ging er im Lärm der liberalen Segner unter. — Auf die vollständige Vernichtung der Sozialdemokratie hatte es der Stadtschulrat abgesehen. Er erzählte höchst unterhaltsam vom „großen Madbaderfest“, vom „Diktator Nebel“, von sozialdemokratischer Unzulänglichkeit. Zum Schluß sang er das schöne Lied von den „unklugen“ radikalen Utopisten und den „klugen“ Revisionisten und Gewerkschaftlern. — So endete diese Versammlung der Liberalen mit deren „Siege“, dank ihrer „Unzulänglichkeit“ gegenüber unserem Redner, außer welchem unsere Parteigenossen nur vereinzelt anwesend waren. Die liberalen Mannesköpfe schwammen in eitel Lust und Wonne — möge ihnen die grausame Enttäuschung am 25. Januar nicht zu übertraf kommen.

In Charlottenburg konnten am Dienstag von den 12 Versammlungen, die das sozialdemokratische Wahlkomitee einberufen hatte, infolge polizeilicher Verordnungen, leider nur sechs stattfinden. Die vor acht Tagen stattgefundenen vier Versammlungen waren alle polizeilich abgesperrt, obwohl im oberen Saal des Volkshauses noch circa 50 Stühle frei waren, als die Absperzung erfolgte. Der in Anstiefeln mit Sporen erschienene Polizeileutnant ließ einfach absperren — wahrscheinlich einem höheren Befehl folgend. Diese polizeiliche Maßnahme veranlaßte das Wahlkomitee — um den Andrang der Versammlungsbesucher zu bewältigen — am Dienstag recht viel Versammlungen einzuberufen. Die Polizeibehörde erwiderte nun aber einen Teil der Versammlungssäle für ungenügend, weshalb die Zahl der Versammlungen von 12 auf sechs reduziert wurde. Indes ließ man die vor acht Tagen angewendeten Sperrungsmaßregeln fallen und die Versammlungen vollständig besuchen. Die Versammlungen verliefen ohne Zwischenfall. In den „Brachtsälen des Westens“ — auf Wilmerdorfer Gebiet — referierte Genosse Obst unter lebhaftem Beifall der Versammelten. An der Diskussion beteiligten sich zwei Freisinnige, die sich sehr lobend über die „fruchtbarsten Kolonien“ aus sprachen und die Stellung, die zurzeit die Regierung zum Freisinn einnimmt, als für das Kleinhandwerk und die Arbeiter vorteilhaft bezeichneten. Genosse Obst und die anderen Diskussionsredner ließen es an der nötigen Auffklärung nicht fehlen.

Im Volkshaus sprachen die Genossen Eisner und Lüdke, in Schulz's Festsälen die Genossen Liko und Roko und in den anderen Lokalen die Genossen Ebert und Dr. Rosenfeld. Alle Versammlungen nahmen einen vorzüglichen Verlauf. Der kampfesfrohe Geist, der unter den Besuchern herrschte, läßt auf einen siegreichen Ausgang der Wahl schließen.

Freie Diskussion gab es in einer Versammlung, welche die Freisinnigen am Mittwochabend in Haunsdalenweg abhielten. Der Saal war sehr gut gefüllt, doch waren von den circa 500 Anwesenden reichlich vier Fünftel Sozialdemokraten. Der Handelskammersekretär Meyer aus Charlottenburg sollte ein Referat halten, auch war angekündigt, daß der freisinnige Kandidat, Herr Stadtschulrat Dr. Reuter, Charlottenburg, in der Versammlung zugegen sein werde. Sofort nach der Eröffnung wollte der Vorsitzende, Kaufmann Zehler, nachdem er nochmals Rede-freiheit zugesichert, dem Referenten das Wort erteilen. Doch bestand Genosse König im Namen der anwesenden Sozialdemokraten darauf, daß, wenn man schon von Bureauarbeit absehen wollte, um den Herren keine zu große Angst einzujagen, doch wenigstens ein Sozialdemokrat ins Bureau kommen müsse, und schlug hierzu den Gemeindevorsteher Genossen Karo vor. Ohne Widerspruch wurde dies bewilligt und Herr Meyer begann seine Rede. Er erzählte die bekannten Dinge vom Schutz des deutschen Outes und Wutes, von der „nationalen Ehre“, vom angeblichen Eintreten der Freisinnigen für Koalitionsfreiheit, Reichstagswahlrecht, „vernünftige“ Sozialpolitik ufm. Er meinte, daß das Wohl der Arbeiterklasse sich nur im Wohle der Gesamtheit erreichen lasse, und behauptete, daß die Sozialdemokratie eine Gegnerin der Kultur sei, weil sie — schämst. Besonders war sein Herz bedrückt, weil in der sozialdemokratischen Presse der Richterliche „Sozialistenpöbel“ ein Haupttopf und der (angeblich) sterbende Eugen Richter selbst einmal ein Strohhalm im Sterben genannt worden ist. Endlich schloß er mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Freisinnigen den Wahlkreis durch ebenso harte Arbeit, wie die Sozialdemokratie sie geleistet habe, doch noch erobern werden.

Nummehr eröffnete der Vorsitzende die Diskussion mit der Mitteilung, daß die Redezeit — 10 Minuten dauern solle! Auf energischen Widerspruch meinte er, er habe das ja nur der Versammlung vorschlagen wollen. Genosse Borchardt, Treptow beantragte hierauf 25 Minuten Redezeit. Nach einigem Widerstreben zogen die freisinnigen Herren ihren Widerspruch zurück. Adhann erhielt das Wort der freisinnige Kandidat Stadtschulrat Reuter. Er sprach aber volle 42 Minuten, und der Vorsitzende erklärte, beim Kandidaten sei doch das etwas anderes! Aus dem Anhalt der Rede ist weiter nichts zu berichten, als daß Herr Reuter den Beweis erbrachte, daß er in der Politik ein vollständiger Reuling ist. Offensichtlich hat er sich erst nach Annahme der Kandidatur von einigen guten Freunden ein paar freisinnige Redensarten auffahren lassen, die er nun vortrug, ohne die Gegenstände, über die er sprach, näher zu kennen. Nach allen Seiten machte er Verbeugungen, nur von den Arbeitern sagte er, daß ihre Löhne erfreulich gestiegen seien, und daß es ihnen heute noch leidlich gebe. Im übrigen erklärte er, daß er als Abgeordneter die Forderungen für Kolonien, Militär, Marine bewilligen würde.

Genosse Borchardt-Treptow, der nummehr das Wort erhielt, wies zunächst nach, daß die „nationale Ehre“, selbst nach freisinnigen Begriffen, gar nicht auf dem Spiele stehe, weil Herr Meyer in seinem Referat selbst gesagt hatte, das Zentrum würde schon mit sich haben reden lassen, wenn es die Regierung nicht absichtlich zum Bruch getrieben hätte. Folglich sei der wahre Grund der Auflösung nicht die Kolonialfrage gewesen, sondern die Frage, ob der Reichstag ein Wort mitzureden habe. Und bei diesem Kampf, der einzig und allein um den Schutz des letzten Volksrechtes ausgefochten werde, steht der Freisinn auf Seiten der Regierung! Weiter unterzog Genosse Borchardt das Verhalten des Freisinn gegenüber der Koalitionsfreiheit, dem Wahlrecht, der Sozialpolitik an der Hand der Tatsachen einer vernichtenden Kritik. Den „kleinen Ton“ anlangend meinte er, daß die Herren die „Freisinnige Zeitung“ nicht zu lesen scheinen; sonst müßten sie doch wissen, daß diese in der ganzen deutschen Presse am unangenehmsten schimpfe,

Gerade die beiden Ausdrücke aber, die dem Referenten so auf die Nerven gefallen, seien nach Lage der Sache ganz angebracht gewesen. Denn der „Sozialistenpiegel“ sei nichts als ein Sammeltopf hässlicher Verleumdungen, und Eugen Richter, der damals übrigens noch keineswegs „Herbend“ war, habe die Gräber unserer Vorkämpfer in unflätiger Weise beschimpft. Im übrigen komme es doch nicht auf Schimpfwörter an, sondern auf den Gehensatz der Weltanschauungen. Und wenn der Referent davon rede, daß das Wohl der Arbeiter im Wohl der Gesamtheit liege, so frage er die anwesenden Arbeiter, wie viel von den 30 Milliarden, um die sich, laut Dernburg, der deutsche „Nationalwohlstand“ gebessert haben soll, wohl in ihren Taschen stehe. Nichts, also könnten sie daran sehen, was ihnen das „Wohl der Gesamtheit“ nütze. Um die ganze Arbeit zu leisten, die zur Eroberung des Wahlkreises gehöre, dazu seien Ideale nötig. Der Liberalismus hat aber keine Ideale mehr.

Genosse Königs brachte hierauf eine Resolution ein, laut welcher die Versammlung sich mit den Ausführungen der Herren Meyer und Kaiser nicht einverstanden erklärt und sich verpflichtet, am 25. Januar für Zubeil zu stimmen.

Aus dem Schlusswort des Referenten ist nur bemerkenswert, daß er sich als — Mitarbeiter der „Freisinnigen Zeitung“ bekannte. Das erklärt freilich vieles. Kaum hatte der Herr geendet, so erklärte der Vorsitzende, ohne über die Resolution abstimmen zu lassen, die Versammlung für geschlossen.

Röpenitz. Wieder war am Dienstag der große Saal des Stadttheaters überfüllt. Trozdem Tische und Stühle zusammengedrückt wurden, mußten Hunderte mit einem Stehplatz vorlieb nehmen, um den Kandidaten Genossen Zubeil zu hören. Die Gegner waren in einer stattlichen Anzahl erschienen. In einem fast stündigen Vortrage behandelte Genosse Zubeil die bevorstehenden Reichstagswahlen in eingehender Weise. Nicht um die Ablehnung der bereits vorausgegebenen Millionen der Kolonialpolitik sei die „Bande“ zu Hause gejagt worden, sondern um das persönliche Regiment mehr und mehr in den Vordergrund treten zu lassen. Redner wendete sich dann gegen die einzig dastehende Wahlfrage betr. Abschluß eines rot-schwarzen Wahlbündnisses. Zum Schluss forderte er die ebenfalls in großer Anzahl anwesenden Frauen auf, sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Da Genosse Zubeil in seinem Referat die Sünden der Freisinnigen in scharfen Worten gekennzeichnet hatte, sollte man annehmen, daß aus ihren Reihen jemand versucht hätte, zu retten, was zu retten ist. Aber vergeblich! Troz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Gühne schwiegen diese Herren — um vielleicht erst in der nächsten freisinnigen Versammlung den roten Drachen zu stellen. Nachdem Genosse Gühne noch zu eifriger Beteiligung an den Wahlarbeiten aufgefordert hatte, trat unter brausenden Hochrufen auf das rote Banner Schluss der Versammlung ein.

Nieder-Barnim.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich die am Dienstag dem sozialdemokratischen Wahlkomitee in Kummelsburg einberufene Wählerversammlung. Circa 1000 Personen füllten das „Café Bellevue“ mit sämtlichen Nebenträumen bis auf den letzten Platz. Nachdem der „Vereinigte Sängerkhorst“ mit dem Liede „Sturm“ die Versammlung eingeleitet, leuchtete Genosse Bauer mit überaus treffenden Worten die bürgerlichen Parteien, welche unter der geistigen Leitung des Lügenverbandes den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie in der schamigsten Weise führten, dabei hoffend, daß das Volk die ungeheueren Sünden der Regierung und ihres Anhangs in Punktio Volkstübelung und Ausbeutung verzeihen werde. Diese Hoffnung zu schänden zu machen und der Regierung zu zeigen, daß das Volk denken gelernt hat, sei die vornehmste Pflicht jedes einzelnen.

Stürmischer Beifall folgte dem Vortrag. Von den Gegnern meldete sich nach bekannter Manier keiner zum Wort; sie ziehen es vor, dort die Sozialdemokratie zu beschimpfen, wo sie keine Entgegnung zu befürchten haben.

Zum Schluss fand noch eine Resolution einstimmige Annahme, welche verurteilt, daß der Bürgermeister Dr. Hahn in der „nationalen“ Versammlung vom 9. Januar unter seinem Vorsitz die Beschimpfung der Sozialdemokratie und eines großen Teiles der Kummelsburger Einwohnerschaft gestattet, ohne den Beschimpften das Wort zur Verteidigung zu geben. Mit einem Vortrage des Sängerkhorsts „Menschheit Erwachen“ und einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Oberschöneweide. Hier tagte eine von den nationalen Parteien einberufene Wählerversammlung, welche von unseren Parteigenossen außerordentlich stark besucht war. Der Einberufer Herr Amtsvorsteher Kottmeier ersuchte die sehr zahlreich erschienenen Frauen, weils nicht eingeladen, den Saal zu verlassen. Dann gab er die Erklärung ab, daß er den übrigen Erscheinenden — trotzdem sie nicht eingeladen seien — beschränkte Redezeit gewähren werde. Leicht ist diese Forderung wohl nicht geworden; aber da unsere Genossen darauf drangen, blieb nichts anderes übrig. Im anderen Falle wäre der Saal leer geworden. Der nationale Kandidat Bietzen entwickelte nun sein Programm, das reichlich mit Ausfällen gegen die Sozialdemokratie gespickt war. In 5 Minuten Redezeit wurde er, sowie ein nationaler Dr. Schupp von unseren Genossen Pfeiffer, Grünow, Kaufholt, Jaksobson, Wuth, Seelow, Schorf und Schneider gründlich abgeföhrt. Sogar ein Katholik und ein Pole hieben in die Kerbe. Von den paar anwesenden Nationalen wagte sich deshalb niemand hervor. Die nationale Ehre war auch zu gründlich beleidigt worden.

Das Schlusswort des Kandidaten war deshalb auch mit starkem Grimm gewürzt. Die Frauen hatten das Vergnügen, von einem Nebenraum die Abschlagung mit anzuhören und Beifall zu spenden.

Wilhelmsruh. Vor stark besuchter Versammlung referierte hier Genosse Müller. Seine trefflichen Ausführungen wurden auch dem Parteimittler klar. Redner wies darauf hin, wie sehr es Pflicht eines jeden Wählers ist, am 25. Januar für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Von den Gegnern mühte sich ein Herr Schulz vom Kolonialamt rechtlich ab, die Nützlichkeit der Kolonialpolitik und die Schädlichkeit sozialdemokratischer Bestrebungen zu beweisen; er dürfte aber niemand überzeugen haben. Anerkannt muß werden, daß er wenigstens sachlich sprach, ein Zeugnis, das dem nächsten Gegner, Redakteur Volber, absolut oberkannt werden muß. Was er vordrachte, waren außer einigen nicht zur Sache gehörigen Konfusionen nur persönliche Angriffe auf unsere Kandidaten und den Genossen Bebel, in bezug auf letzteren auf ein Zitat in Webers „Frau“ hinweisend. Im übrigen muß noch konstatiert werden, daß die armseligen Blagiate von Neuhagen des bekannten Döring waren, den er einige Tage zuvor hatte reden hören. Er wurde auch nicht ernst genommen. Jedenfalls steht fest, daß hier in Wilhelmsruh-Rosenthal die nationale Phrasie ihre Rolle ausgespielt hat.

Wittenau. Auch hier herrschte reges Leben unter der Arbeiterhoff. Eine am Sonntag stattgefundene Volkerversammlung war gut besucht. Der Referent Genosse Demyer napelte in seinem Vortrage die Abenteuerpolitik der Regierung und bürgerlichen Parteien gedehrend fest. Der Schluss des Referats lag aus in die Aufforderung, mit aller Energie für einen glänzenden Sieg des Genossen Stadthagen Sorge tragen zu helfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Lokale des Herrn Schulz in Wittenau anwesenden Reichstagswähler erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich, für den Kandidaten Artur Stadthagen voll und ganz einzutreten.“

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Januar früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. — Es ist Pflicht aller Parteigenossen daran teilzunehmen.

Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntagabend 6 Uhr findet in Boekers Fehlfeld, Webersstr. 17, eine Versammlung für Frauen statt.

Fraulein Ottilie Vaader spricht über die Stellung der Frauen im gegenwärtigen Wahlkampf. Redner: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Achtung, 4. Wahlkreis. Bezirke, die für Niederbarnim wählen: Am Sonntag früh in den Bezirkslokale Treffpunkt zur Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zur Stelle zu sein. Das Wahlkomitee.

Sechster Wahlkreis. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Zur Lokalliste! Im dritten Kreis ist das Lokal „Felsenstrasse“ zu streichen, da es zurzeit ohne Inhaber ist.

In Kraugnid, Kreis Teltow-Beeskow, ist das Lokal des Gastwirts Otto Frei, hingegen das Lokal von Wittcher gesperrt.

Bitte auszuschneiden und der Lokalliste beizufügen.

Am 18. d. M. veranstaltet der Ausschuss für Volksauführungen unter Mitwirkung des Willnerischen Frauenchors in der „Philharmonie“ ein Konzert.

Wir verweisen auf den von den Parteigenossen Groß-Verlind gefassten Beschluss, wonach die „Philharmonie“ auch für den persönlichen Verkehr für Parteigenossen gesperrt ist und ersuchen, dies zu beachten. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 20. Januar, findet in folgenden Bezirken eine Zusammenkunft statt: IIa. Bezirk bei Wabe, Rehringstr. 25; IIc. Bezirk bei Müller, Kantstr. 93; IIIb. Bezirk bei Krull, Osnaabrückerstr. 30; IVb. Bezirk bei Baepfe, Kaiser Friedrichstr. 91; V. Bezirk bei Bernide, Bismarckstr. 34; VI. Bezirk bei Mertens, Krummestr. 43 und VII. Bezirk bei Grassunder, Wielandstr. 4. Die Genossen werden ersucht, pünktlich 8 1/2 Uhr zu erscheinen. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, Vereinsversammlung bei Reifen, Schauffelstr. 104. Das Erscheinen aller Mitglieder ist selbstverständlich Pflicht. Der Vorstand.

Teltow. Eine öffentliche Wählerversammlung findet am Sonntag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale von E. Biedenhausen, hier, Berlinerstr. 10, statt. Der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, Genosse Fritz Zubeil, spricht über die bevorstehende Reichstagswahl. Sämtliche Wähler von Teltow und Umgegend sind eingeladen. — Parteigenossen agitieren, damit der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt wird. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Sonntag, den 20. Januar, morgens 8 Uhr, findet Flugblattverbreitung statt. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung. — Dienstag, den 22. Januar, finden sich die Genossen um 7 Uhr in den Bezirkslokalen ein, um die so wichtige Kundertverbreitung vorzunehmen. Es ist eine Ehrenpflicht jedes Genossen, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Das Wahlkomitee.

Karlshorst. Die Genossen werden ersucht, sich Sonntag, den 20. Januar, früh 8 Uhr, pünktlich in den beiden Bezirkslokalen (nördl. Bezirk: Restaurant Sabrowski, Treseow-Allee; südl. Bezirk: Restaurant Fürstentum (Gruhn), Prinz Adalbertstr.) einzufinden. Kein Genosse veräume seine Pflicht.

Biesdorf. Am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr, findet in Fengers Restaurant, Dorfstr. 1, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Kein Genosse darf fehlen. Agitiert für zahlreichen Besuch.

Friedersdorf i. M. Am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthof von F. Pätel eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Kandidat des Kreises, Fritz Zubeil, über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Wir richten an die Bevölkerung von Friedersdorf, Bindow, Cablow und Umgegend, insbesondere an die dort wohnenden Bauarbeiter und Schiffer das Ersuchen, vollzählig zu erscheinen. Das Wahlkomitee Grünau.

Trebbin (Kr. Teltow). Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, Volksversammlung im „Gesellschaftshaus“. Tagesordnung: „Volksrechte oder persönliches Regiment?“ Referent: Genosse Fuchs-Jehendorf. Genossen! Sorgt dafür, daß diese Versammlung denselben Besuch aufweist, wie die vorige.

Sonntag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung bei Wolf. Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. „Die Reichstagswahl.“ 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

An die Genossen von Erkner, Woltersdorf und Jangschlense.

Genossen, da am Sonntag, den 20. Januar, die letzte Flugblatt- und Stimmzetteldverteilung stattfindet, so werdet ihr ersucht, am Sonntag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, betrefss Einteilung derselben im Lokal Degebrodt-Erkner zu erscheinen. Es darf kein Genosse fehlen; zeigt den Gegnern, daß ihr stets kampfbereit seid. Gleichzeitig den Genossen zur Kenntnis, daß die Wahlvereinsversammlung am 22. Januar wegen der Volksversammlung ausfällt.

Grünheide (Bezirk Erkner). Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Fielich eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Reichstagswahl“ statt.

Erkner. Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Degebrodt eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Auf zur Reichstagswahl“. Die Genossen werden ersucht, für zahlreiche Besuch Sorge zu tragen.

Weihenfer. Heute, Freitagabend, 8 1/2 Uhr, findet in allen Abteilungslokalen ein Extrazahlabend statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Pankow. Am Tage der Reichstagswahl werden für den eigenen Bezirk sowohl wie für Oberbarnim Hilfskräfte dringend benötigt. Die Genossen, welche in der Lage sind, sich den 25. Januar gänzlich frei zu machen, werden hiermit aufgefordert, bis heute, Freitag, abends 1/2 9 Uhr, in Reuters Volksgarten, Schloßstr. 2, einzufinden; ebenso sämtliche Funktionäre und diejenigen Genossen, welche sich am Sonntag, den 20. d. M., an der Flugblattverbreitung im Landbezirk beteiligen wollen.

Die Wählerlisten nebst den angefertigten Adressenabschriften sind mitzubringen; ebenso alle noch ausstehenden Kassenlisten. Am Sonntag, den 20. d. M., findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Reges Beteiligung erwartet. Das Wahlkomitee.

Niederschönhausen. Zu den Vorarbeiten für die Flugblattverbreitung usw. finden sich die Wahlvereinsmitglieder am Sonntagabend 8 1/2 Uhr bei Düfer, Eichenstr. 70, zusammen.

Vorsigwalde. Dienstag, den 22. d. M., abends, findet im Lokal von Reuter ein Extrazahlabend statt. Alle Genossen müssen zur Stelle sein. Der Vorstand.

Arbeiterwähler aus Brandenburg-Westhavelland! An alle im Kreise Brandenburg-Westhavelland wahlberechtigten, in Berlin und Umgegend beschäftigten Parteigenossen ergeht die dringende Aufforderung, am 25. Januar zur Ausübung des Reichstagswahlrechts nach Hause zu fahren. Keiner veräume seine Parteipflicht! Nach Ausübung des Wahlrechts wolle sich jeder Genosse bei der Parteilokation seines Wohnortes melden. Das Wahlkomitee für Brandenburg-Westhavelland.

Berliner Nachrichten.

Die städtische Gasanstalt an der Müllerstrasse soll im Frühjahr des nächsten Jahres den Betrieb einstellen und mit der neuen großen Ziegler Gasanstalt vereinigt werden, die bis dahin vollständig ausgebaut sein wird. Für die Bebauung des Geländes der alten Gasanstalt, das von der Müller-, Sellen-, Schornhorst- und Woyenstrasse begrenzt wird, ist bereits ein Plan aufgestellt worden. Danach sollen die großen und noch ziemlich neuen Gasbehälter an der Müller- und Sellenstrasse erhalten bleiben,

da in diese Behälter von Ziegel aus das Gas hineingetrieben werden wird. Am Nordende der Schornhorststrasse, wo sich ein mit dem Nordhafen in Verbindung stehendes Wasserbecken befindet, will die Stadt auf einem Teile des Gasanstaltgeländes ein Kraftwerk für ihre elektrische Straßenbahn errichten. Alles Uebrige wird mit Privatbauern bebaut und über das Gelände hinweg von Säben nach Norden zwischen der Sellen- und der Woyenstrasse eine neue Straße angelegt werden. Ob dies auch zwischen der Schornhorst- und Müllerstrasse geschehen wird, steht noch nicht fest. Auf diese Weise würde am Wedding ein vollständig neuer Stadtteil entstehen.

Die Vorarbeiten zum Tunnelbau sind nun auch in der Niederwallstrasse in Angriff genommen worden. Auf der südwestlichen Seite ist bereits die elektrische Kamme vor den Häusern Nr. 21/22 in Tätigkeit getreten, während auf der nordöstlichen Seite, vor den Häusern 28/30a, mit fünf Bohrgeräten gearbeitet wird. Die aus den verschiedenen Tiefen geförderten Bodenarten werden genau kontrolliert, zu welchem Behufe die Vorarbeiter Röhren mit 30 Füßern besetzen, in deren jedem eine Probe der aus den einzelnen Bodenschichten ausgehobenen Masse sortiert und fein säuberlich aufbewahrt wird. Auch am Spittelmarkt sind die Arbeiten wieder einen Schritt vorwärts gekommen: schon sind die Straßenbahngleise unterminiert und ein großer Teil des Tunnel mit mächtigen Baumstämmen abgestützt. Neben dem Spindelbrammen ist eine fünf Meter tiefe, geräumige Grube ausgehoben worden, in welcher die Pumpen der Wasserhaltung ihren Platz finden sollen. Der Untergrund ist hier vorzüglich — echt märkischer Sand. Von hier aus dringt jetzt das Tageslicht in den Tunnel herein und zugleich wirkt diese große Seitenöffnung wie eine Ventilation, die die nicht ganz einwandfreie Luft im Tunnel stetig erneuert. Weiter nach der Wallstrasse zu ist man wieder auf einen meterhohen Kanal gestossen, der die Baugrube in schräger Richtung durchquert, er muß natürlich außer Betrieb gesetzt und entfernt werden. Die in dem Morastboden am Raben'schen Geschäftshause entlang gezogene Spundwand, aus eisernen Pfählen von 15 und 16 Metern Länge zusammengesetzt, ist nahezu fertig; sie hat auf 55 Meter verlängert werden müssen. Gegen Ende dieses Monats hofft man die Ausschachtung bis zur Niederwallstrasse vollenden zu können.

Die Arbeiten auf dem Schloßplatz zur Einführung der Oberleitung als Ersatz der Unterleitung sind soeben vom Magistrat genehmigt worden. Die jetzigen Lichtmasten werden durch entsprechende Straßenbahnmasten ersetzt werden. Die Arbeiten werden so beschleunigt werden, daß der volle Betrieb über den Schloßplatz in wenigen Tagen wird aufgenommen werden können. Bewilligt ist der Oberleitungsbetrieb über den Schloßplatz sowie über den Opernplatz nur als ein probatorischer. Die Arbeiten zur Wiederherstellung des Unterleitungsbetriebes sollen so beschleunigt werden, daß der Unterleitungsbetrieb spätestens in drei Monaten wieder in Kraft treten kann.

Die Schwundelaktionen in der städtischen Pfandkammer mit Stognat und Weinen werden trotz polizeilichen Eingreifens noch immer fortgesetzt. Es ist jedoch für die Behörde um so schwieriger, gegen den Unfug vorzugehen, als die Versteigerungen nicht mehr wie früher freiwillig vorgenommen werden, sondern fast nur noch Zwangsversteigerungen stattfinden. Um diese herbeizuführen, gebraucht der Fabrikant ein einfaches Mittel. Er läßt sich, ob auf Grund tatsächlicher oder erdachter Forderungen sei dahingestellt, von einem Gläubiger Zahlungsbefehle zuschicken, gegen die kein Widerspruch erhoben wird. Auf Grund der Zahlungsbefehle finden dann in den Lagerräumen des Fabrikanten, in denen vermuthlich andere wertvolle Gegenstände nicht vorhanden sind, Pfändungen der Warenbestände statt, die dann nach der Pfandkammer gebracht und dort geschmächtig versteigert werden. Da sich auch Privatleute bei den Zwangsversteigerungen beteiligen, werden die Waren zu ziemlich hohen Preisen abgesetzt. Im Interesse der Käufer sei darauf hingewiesen, daß den Bietenden das Recht zusteht, von den zu versteigernden Waren sich Kostproben geben zu lassen.

Eine neue „Brückenstrasse“ wird anlässlich des Baues der Untergrundbahn zwischen Hausvogteiplatz und Spittelmarkt errichtet werden. Es handelt sich um die Riedewallstrasse, in deren Zuge die Unterpflasterbahn von der Woyenstrasse aus bis zu dem vorläufigen Endpunkt Spittelmarkt geführt wird. Es ist natürlich nicht möglich, die Straße vollständig zu sperren, so wird sie nach und nach in ihrer ganzen Ausdehnung überdrückt werden, wiewohl die Untertunnelungsarbeiten, die in der vollen Ausdehnung der Straße ausgeführt werden, nur abteilungsweise zur Durchführung gelangen. Ein Teil der Brücke in der Riedewallstrasse ist bereits an der Einmündung zum Spittelmarkt fertiggestellt.

Der Reporter des „Lokal-Anzeiger“ als Laial.

Eine amerikanische Zeitung veröffentlicht soeben in ihrer letzten Nummer eine drastische Anekdote, in der einem der wackeren „Schmucks“ des Scherischen Volksverbildungsorgans sein Interesse für das „Intime“ höchster Herrschaften böse angedreht wurde.

Als der Kaiser kürzlich mit einigen Freunden nach Potsdam fuhr, war der einzige ihm fremde Fahrgast ein ansehnend böhlig gleichgültiger Laial, der, in der bekannten prächtigen Livree gekleidet, sich in dem kaiserlichen Coupé zu schafen machte.

Wilhelm II. war in amüsiertem Stimmung; seine Konversation war lebhaft und vertraulich. Plötzlich unterbrach der Monarch seine Rede und befahl seinen ihm begleitenden Sekretär zu sich. Abamant mit dem Finger auf den Diener zeigend, fragte er: „Was hat dieser Mann hier zu suchen?“

Der seltsame Laial wurde einem kleinen Verhör unterworfen, worin er sich schließlich genötigt sah, zu gestehen, daß er nur ein Verichteratter des „Berliner Lokal-Anzeigers“ wäre. Tableau! Großes und peinliches Erschauen. Der Kaiser begann seinen Schmurrbart zu wirbeln, welche Bewegung, wie allgemein bekannt, auf Sturm deutete. Jedoch schnell seinen Vorn bezwingend, befahl er, daß der Zug halte. Der Eindringling wurde genötigt, mehrere Kilometer von der nächsten Station entfernt auszufahren, wo es ihm überlassen blieb, so gut es in der prächtigen Livree möglich war, nach Hause zu gelangen. Der Kaiser soll die nächsten fünf Minuten über seine drastische Nahe gelacht haben.

Auf der Stadtbahn. Wenn Arbeiter die Stadtbahn benutzen müssen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, sind sie genötigt, sich für ihr gutes Geld früh und abends in drangvoller Eile zu bewegen. Enger befördern zu lassen und müssen sogar in vielen Fällen noch froh sein, daß sie nur noch ein Stechpflöchen erwischen. Da kann es denn manchmal vorkommen, daß einer oder der andere auf den Gedanken kommt, sich ein Billet zweiter Klasse zu lösen, weil er glaubt, so eher mitzukommen und so rechtzeitig seine Arbeitsstätte zu erreichen. Das sind allerdings Ausnahmefälle; die meisten Arbeiter sind froh, wenn sie das Fahrgeld für die dritte Klasse erschwingen können. Wie es aber manchmal einem Arbeiter ergehen kann, der unter solchen Umständen 10 Pfennig mehr als sonst dem Fiskus opfert, zeigt ein Fall, der sich am Mittwoch früh ereignete. Ein Vierfahrer löst sich ein Billet zweiter Klasse auf dem Bahnhof Friedrichstrasse, um mit dem Nordring nach dem Gesundbrunnen zu fahren. In Westend wird er von Beamten aufgefordert, das zweite Klassenabteil zu verlassen, obwohl er für diese Klasse eine Fahrkarte gelöst hatte. Der Protest des Arbeiters gegen diese Maßnahme fand kein Gehör und es blieb ihm nichts weiter übrig, als dritter Klasse weiterzufahren. Auf dem Gesundbrunnen verlangte der Mann am Schalter seine zuviel gezahlten 10 Pfennig zurück, weil er gar nicht die Klasse benutzen durfte, für die das Billet gelöst war. Das wurde aber abgelehnt unter Hinweis darauf, daß der Fahrgast sich dann an eine andere Stelle wenden müßte, wobei die recht bezeichnende Aeußerung fiel: „Sials Arbeiter haben nicht zweiter Klasse zu fahren“. Das war denn auch der Schlüssel zu dem Verhalten der Beamten in Westend. Der Arbeiter trug zwar seinen Arbeitsanhang, wie ihn eben Vierfahrer zu tragen pflegen, war aber sonst sauber gekleidet; alles

dingt Kragen und Kravatte trug er nicht. So werden heute Arbeiter von der Stadtbahnverwaltung behandelt. In anderen Fällen macht man's umgekehrt. Arbeitern, deren Beruf es mit sich bringt, in weißer Bläuse zur Arbeit zu fahren, verweigert man die Wochenlöhne, weil sie nicht „wie Arbeiter gekleidet“ gingen.

Aus der vierten Etage herabgestürzt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern auf einem Neubau in der Dorfstraße in Lichtenberg. Infolge eines Fehltritts stürzte der Kalkträger Martin Heiser aus der Höhe der vierten Etage herab und wurde bewußtlos davongetragen. Der Zustand des Verunglückten ist fast hoffnungslos.

Falsche Zweimarlstücke sind wieder einmal in großen Mengen im Umlauf gesetzt worden. Bekanntlich wurde erst vor einiger Zeit eine weitverzweigte Falschmünzerbande, die sich ausschließlich mit der Herstellung nachgeahmter Zweimarlstücke befaßt hatte, hinter Schloß und Riegel gebracht. Allem Anschein nach ist nun wieder ein neues Falschmünzerkontingent in Tätigkeit getreten. Durch das achtsame Entgegenkommen der Falschfasser sehen sich die Käufer den größten Unannehmlichkeiten aus, da sie beim Wiederausgeben der falschen Geldstücke in den meisten Fällen angehalten und der Polizei übergeben werden. Ein peinliches Verhör ist dann jedesmal die unvermeidliche Folge. Es ist daher bei der Annahme von Zweimarlstücken gegenwärtig Vorsicht geboten.

Grabwölfe, der aus der Daldorfer Irrenanstalt entwichen war, hat sich wieder freiwillig gestellt. Grabwölfe behauptet, daß er keineswegs den wilden Mann gespielt habe, sondern er habe sich bis heute dagegen gewehrt, für geisteskrank erklärt zu werden. Er habe auch keinen Grund, sich geisteskrank erklären zu lassen, denn er habe das Verbrechen, dessen man ihn beschuldigt, nicht verübt. Er sei bereits in der Irrenanstalt Herzberge interniert gewesen, aber als geistig gesund entlassen worden. Die Justizbehörde, der er dann ausgeliefert worden sei, habe ihn regelrecht entlassen und dann erst sei er durchs Polizeipräsidium nach der Charité und von da nach Daldorf gekommen. Entwichen sei er nur, um auf diese Weise zu versuchen, zu seinem Rechte zu kommen, da er weder verrückt noch schuldig sei.

Der entsprungenen Lustmörder Grabwölfe, der sich gestern freiwillig wieder in der Irrenanstalt Daldorf einfand, weigerte sich bei seiner Vernehmung hartnäckig, anzugeben, bei wem er Unterkunft gefunden hat. Man nimmt an, daß er sich bei ihm bekannten Verbrechern und deren weiblichem Anhang aufhielt. Auf seine gelungenen Flucht schien der Verbrecher sehr stolz zu sein. Höhnisch erklärte er den Beamten: „Was wollen Sie, ich habe mich eben auf einige Stunden selbst beurlaubt.“ Weiteres war aus ihm nicht herauszubringen.

Das Befinden des bei den Rettungsarbeiten in der Hühnerstraße 7 verunglückten Feuerwehrmanns Wasilowski war gestern befriedigend. Die Ärzte hoffen, falls keine Lungenentzündung hinzutritt, ihn wieder herzustellen, doch wird er schwerlich wieder dienstfähig werden; ihm ist der obere Rückenwirbel gebrochen.

In der Volksversammlung am 14. Januar in der Brauerei Königsstadt ist ein Negenschirm gefunden; abgehoben bei Daafe, Kasanien-Allee 96.

Zu dem Gerücht von einem Morde gab ein Leichenfund Veranlassung, der gestern auf der Spandauer Chaussee gemacht wurde. Nicht weit von Tegeel entfernt entdeckten Fußgänger den Leichnam eines unbekanntes Mannes. Der Tote lag mit dem Gesicht dem Erdboden zugewandt. Die Brust der Leiche, die am Promenadenwege ausgebreitet lag, wies eine Schußwunde auf. Der Revolver wurde etwas abseits des Toten aufgefunden. Die Annahme, daß es sich hier um ein schweres Verbrechen handelte, wurde durch die Untersuchung jedoch keineswegs bestätigt. Es liegt zweifellos Selbstmord vor. Die Leiche konnte allerdings bisher noch nicht rekonstruiert werden. Der Tote ist etwa 35 bis 40 Jahre alt gewesen. Er ist 1,60 Meter groß, hat dunkles Haar, dunklen Schnurrbart, hohe Stirn und defekte Zähne. Bekleidet war die Leiche mit braunem Ueberjacket, dunklem Anzug und schwarzen Hufeisen. Das Taschentuch ist gezeichnet mit den Buchstaben A. B.

Aus der Selbstmordchronik. Mit Dofol hat sich gestern der 68-jährige Handelsmann Louis R., Statistiker, 133, vergiftet. In hoffnungslosem Zustande kam R. ins Krankenhaus am Urban. Schwermut war das Motiv zur Tat. — Aus Lebensüberdruß ist gestern der Schuhmachermeister Wilhelm L. in den Tod gegangen. Er erhängte sich in seiner Wohnung in der Frankfurterstr. 84. — Aus Kummer über die Krankheit seiner Frau verübte der 29-jährige alte Tischler Wilhelm L., Kothringersstr. 12, Selbstmord. Die Ehefrau des L. befindet sich schon seit längerer Zeit wegen eines schweren Leidens im Krankenhaus. Der Mann nahm sich dies so zu Herzen, daß er aus dem Leben zu scheiden beschloß. Er erhängte sich im Wohnzimmer.

Ein größerer Fabrikbrand kam gestern nachmittags gegen 2 Uhr in der Stallschreiberstr. 59 in der Bronzewarenfabrik von S. Gu m p e r t zum Ausbruch. Die Fabrik hat im linken Seitensüßige ihre Arbeitsräume. Das Feuer entstand auf bisher noch nicht ermittelte Weise in dem sogenannten Wofschraum, in dem die fertigen Waren mit Petroleum und anderen Flüssigkeiten gereinigt werden. Zum Glück wurde die Gefahr noch zeitig genug bemerkt, so daß die in der angrenzenden Schleiferei befindlichen Arbeiter sich noch durch schnelle Flucht über die enge Treppe hinweg noch dem Hofe flüchten konnten. Die sofort alarmierte Feuerwehr ging mit zwei Kolonnen gegen die Flammen vor. Trotzdem ist der Raum ausgebrannt. Eine Betriebsstörung tritt indes nicht ein. Vorher wurde die Wehr nach der Kaserne des 3. Garderegiments zu Fuß in der Brangelstr. 97/99 gerufen. Es brannten Stellen in einer Unteroffiziersstube.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gibt der Vortrag „Die Feuergefahren der Erde“ nicht nur die Reize der Vulkangebiete durch Diagramme, Wandbilder und szenische Einrichtungen in packender Wirklichkeit wieder, auch alle Schrecken, die das unterirdische Feuer bei seinem gewaltigen Hervorbrechen verursacht und all die wunderbare Reuegestaltung, die seine Macht erzwingt, ist hier zu einem verständlichen Gesamtbilde zusammengefaßt.

Im Prater-Theater findet am heutigen Freitag die Erstaufführung des Birch-Pfeifferschen Schauspiels „Die Waise aus Lowood“ statt.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht kam in der Reinholdsdorferstr. 113 in einem Laden Feuer aus. Petroleum hatte sich dort entzündet. Früh um 4 Uhr hatte die Wehr längere Zeit in der Neuen Promenade 6 zu tun, wo ein Keller in Flammen stand. Stroh u. a. war dort in Brand geraten. Im Keller des Hauses Mariannenstr. 52 brannte um 1 Uhr nachts eine Porzellanbrennerei und in der Schwebelstr. 14 brannten im Keller Kartons und anderes. Der 14. Zug wurde wegen eines kleinen Brandes noch dem Marienheim in der Tiefftr. 17 gerufen. Ferner hatte die Wehr Wohnungsbrände in der Dollmannstr. 18, Neuen Königsstraße, Dresdenerstr. 133 und an anderen Stellen zu löschen. Ferner brannte dann noch in der Bollinerstr. 19 und ein Saugsaug in der Brüderstr. 84.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdsdorf.

Wähler Wilmerdsdorfs.

Die ersten zwei Tage der Wahl haben bereits gezeigt, daß die Gegner eine ungeheure Tätigkeit entfalten, und soweit sich bis jetzt feststellen läßt, sind sie den sozialdemokratischen Kandidaten um einige Hundert Stimmen voraus. Unsere Genossen müssen deshalb alle Kräfte anstrengen, um den Sieg davonzutragen.

Gleich am ersten Tage stellte es sich heraus, daß 10 bis 12 Arbeiter nicht wählen konnten, weil sie nicht in der Wählerliste standen, ein Beweis, daß die Wählerliste nicht genügend eingesehen worden ist.

Arbeiter, Parteigenossen! Heute ist der letzte Tag der Wahl, jetzt eure ganze Kraft ein und besieg die gegnerische Liste. An alle Arbeiter und Genossen Berlins, welche mit Wilmerdsdorfern zusammen arbeiten, ergeht die Mahnung, dieselben auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Wenn jeder seine Pflicht tut, so muß der Sieg unser sein. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen: Maurer Hermann Behrendt, Buchdrucker Georg Freese, Stukfatur Otto Gladikow, Dachdecker Friedr. Henkel, Drechsler Emil Kiefer, Maurer Friedr. Köpping, Bildhauer Friedr. Pieper, prakt. Arzt Dr. Karl Westphal.

Rigdorf.

Ein erbitterter Kampf zwischen Einbrechern und Kriminalbeamten fand in der gestrigen Nacht in der Bergstraße 22 statt. Dem 3. Polizeirevier war die Nachricht zugegangen, daß drei Einbrecher die Abfahrt hätten, nachts in das Geschäft der Geschwister Hannack einzudringen und dort den eisernen Geldschrank zu berauben. Drei Kriminalbeamte ließen sich nun die Geschäftsschlüssel geben und schlossen sich kurz vor Mitternacht in den Laden ein. Kurz nach Mitternacht zeigte es sich, daß die Mitteilung auf Wahrheit beruhte. Gegen einhalb Uhr hörten die Beamten, wie vom Hausflur aus versucht wurde, die zum Laden führende Hintertür zu öffnen. Aber erst nach fast einstündiger Arbeit gelang es den Einbrechern, sich den Eingang zu verschaffen. Zunächst leuchteten sie in alle Räume hinein, um sich zu überzeugen, ob „die Luft rein sei“. Hierbei entdeckten sie die versteckt liegenden Beamten und wollten entfliehen. Die letzteren warfen sich jedoch auf die Eindringlinge und nun entstand ein hartnäckiger Kampf. Nach längerer Zeit gelang es die Einbrecher zur Wache zu bringen.

Treptow.

Die Gemeinde errichtet eine Brauchwasserkanalisation für unreine Haus-, Wirtschaft- und Fabrikabwässer, ausschließlich der Niederschlags- und der reinen Fabrikabwässer. Das diesbezügliche Erlaßstatut ist vom Kreisaußschuß des Kreises Teltow genehmigt worden. Beitragspflichtig sind die Eigentümer derjenigen Grundstücke, welche an einer Straße liegen, in der eine den Anschluß des Grundstücks ermöglichende Kanalisationsleitung verlegt ist, ohne Unterschied, ob die betreffenden Grundstücke bebaut oder unbebaut sind. Der Kanalisationsbeitrag ist auf 48 M. für jedes laufende Meter Grundstücksfront festgesetzt. Die Stadt Berlin ist als die Besitzerin der größten und meisten Grundstücke in Treptow an der Kanalisation im hohen Grade interessiert. Es kommen nämlich zunächst Grundstücke der städtischen Grundeigentums-Deputation mit zusammen 6000 Meter Straßenfront und der städtischen Pardeputation mit zusammen 310 Meter Front bei der Veranlagung zu den Kosten in Frage. Die Kanalisation würde also der Stadt Berlin rund 291 000 M. Kosten verursachen, die von der Grundeigentums-Deputation, und 14 000 M., die von der Pardeputation zu tragen sind. Mit den Arbeiten für die Kanalisation ist inzwischen begonnen worden; sie dürfte ganz wesentlich zur schnellen Bebauung beitragen und ein rascheres Aufblühen des Ortes als bisher gewährleisten, für den bekanntlich in vielen Teilen die Landhausbau-Ordnung gefordert wird.

Gräbendorfer.

Ein Einbruchdiebstahl bei einem Amtsdorfscheher ist in der gestrigen Nacht anscheinend von Berliner Einbrechern in Gräbendorfer bei Königs-Wusterhausen verübt worden. Die Diebe drangen in die Wohnung des dortigen Amtsdorfscheher Lehmann, indem sie sowohl die Haustür als auch die Zimmertüre mit Stemmeisen erbrachen. Darin fanden die Verbrecher nicht vor. Sie stahlen eine Taschenuhr, Jagdbüchse, Bekleidungsgegenstände, sowie einige weniger wertvolle Schmuckstücke. Die Täter haben sich dann vermulich zu Fuß nach Königs-Wusterhausen begeben, um von dort mit dem Borortzuge nach Berlin zurückzukehren.

Potsdam.

Angehalten wurde am Mittwochnabend der Werkstattdorfscheher der Teltow-Kanalbauverwaltung Frank auf dem Wege von der Station Neu-Babelsberg nach Glienicke von einem jungen Manne. Derselbe trat mit einem Messer und Revolver mit den Worten an ihn heran: „Wohin gehst du?“ Frank schlug dem Strolch das Messer mit seinem Schwarm aus der Hand, worauf derselbe mehrere Schüsse aus dem Revolver auf Frank abgab. Der letzte Schuß drang demselben in den Unterkiefer. Frank fiel zu Boden und wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus in Potsdam gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Prozess Liman wider Rehning.

Der Beleidigungsprozess Dr. Paul Liman gegen die Genossen Dr. Franz Rehning, Kressin und Seeger sollte gestern vor dem Leipziger Schöffengericht stattfinden. Rehning hatte bekanntlich in einem von ihm mit vollem Namen unterzeichneten Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ Angriffe des Dr. Liman abgemeldet. Letzterer war wegen angeblicher Beleidigung durch den Genossen Kressin zum Abdi gelauten und erwirkte Kressins Verurteilung zu einem Monat Gefängnis. Rehning und Genossen hatten die Widerklage erhoben wegen eines Artikels, in dem Dr. Liman schrieb: die Verklagten Kressin und Seeger seien Sühredakteure, Rehning und andere Führer der Sozialdemokratie hätten sich am „roten Sonntag“ ins Kaufsloch verlocken und wegen ähnlicher Limanscher Anwürfe.

Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte Rechtsanwalt Doktor Häbler (für die Verklagten): Ich bin genötigt, den Vorsitzenden (Herr Hofmeister) wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Der Privatkläger und Widerbeklagte schrieb, die sozialdemokratischen Führer hätten sich am „roten Sonntag“ ins Kaufsloch verlocken. Zum Beweis dieser Behauptung stützte er sich auf den Chefredakteur der Berliner „Täglichen Rundschau“, Heinrich Rippler. Später hat er dann diesen Zeugen fallen lassen und den Chef der Berliner politischen Polizei, Polizeirat Henniger, benannt. Ich habe hiervon Kenntnis erlangt und sofort als Gegenzeugen die Abgeordneten Nebel und Singer genannt, die bezuggen werden, daß der Parteivorstand keinerlei Demonstrationen für den sogenannten „roten Sonntag“ geplant hat und daß von vornherein der Beschluß vorlag, lediglich Versammlungen abzuhalten. Diese im Antrage ist nicht stattgegeben worden. Es befindet sich dies eine Einseitigkeit des Vorsitzenden, da der Verklagte unmöglich auf dieses Zeugnis verzichten kann, zumal Polizeirat Henniger, der Chef der Berliner politischen Polizei, selbstredend befunden wird, daß die Vorbereitungen der Polizei am „roten Sonntag“, über die sich selbst die bürgerliche Presse lustig machte, mit allem Grund getroffen worden seien. Ich bin deshalb genötigt, den Vorsitzenden abzulehnen.

Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt (für den Kläger): Ich widerspreche dem Antrage. Es ist nicht behauptet worden, daß von seiten der Sozialdemokraten Demonstrationen geplant waren, sondern nur, daß sich die sozialdemokratischen Führer ins Kaufsloch verlocken hätten.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende: Da über einen Ablehnungsantrag das Landgericht zu beschließen hat, dieses aber augenblicklich nicht zusammenzutreten kann, ist beschlossen worden, die Verhandlung zu vertagen.

Die erfolgte Ablehnung ist nach Lage der Sache vollumfänglich berechtigt. Es ist ein mit den Grundgesetzen der Gerechtigkeit unvereinbarer Beschluß, einen Polizeibeamten, der womöglich die Antwort darüber, wer die Subjekte sind, die ihm falsche Informationen zugehen haben, weiterzuleiten kann und der aus eigener Wissenschaft nichts weiß, als Zeugen über die ihm gemachten Zuträgerinnen zu laden, die Ladung derjenigen Personen aber abzulehnen, die aus eigener Wissenschaft Bekundungen über Tatsachen zu machen vermögen. Es ist bedauerlich, daß durch das Vorgehen des Klägers und des Gerichts der Prozess, der seit Monaten Verhandlungsstreck war, noch nicht zur Verhandlung hat gelangen können. Es wäre recht ersprießlich, möglichst bald in voller Öffentlichkeit festzustellen, wies Geistes Kind der Kläger ist, der nicht als Person, sondern lediglich als Prehrabrant der herrschenden Klasse interessiert. Einen Liman, dem eine Fülle von Unwahrheiten und Verdächtigungen nachzuweisen ist u. a. v. der als Schriftsteller nachgewiesenermaßen zu derselben Zeit an verschiedenen Zeitungen in verschiedene in Sinne schreibt, zu kennzeichnen, liegt im Interesse der Aufklärung. Sollte das Landgericht den vobegründeten Ablehnungsantrag zurückweisen, so hat das Schöffengericht, deren Laienmitglieder mit dem Vorsitzenden bei der Beschlußfassung gleichberechtigt sind, es noch immer in der Hand, in vollstem Umfange Beweis zu beschließen. Wie schlecht der Liman Sache steht, ergibt sich aus der oben wiedergegebenen Glosse seines Verteidigers: als Kronzeugen über die alberne Phrase, „die Führer sind ins Kaufsloch gestrohen“, wird der von Spitzeln schlammiger Sorte bediente Polizeibeamte benannt, aber der Verteidiger hütet sich, eine einzige Tatsache anzuführen, die den bloßen Anwurf seines Klienten zu rechtfertigen vermöchte.

Prozess Martin wider Bernhard.

Die schon mehrfach verhandelte Privatklage des Regierungsrats im kaiserlichen statistischen Amt, Rudolf Martin, gegen den Schriftsteller Georg Bernhard kam gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III wiederum zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Müseman n. Dem Privatkläger stand dessen Bruder, Rechtsanwalt Martin-Leipzig, zur Seite, der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Dr. Werthauer verteidigt. Das Schöffengericht zu Charlottenburg hatte am 18. Juni 1906 den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt und folgendes festgesetzt: Im April 1906 gab der Angeklagte zu Charlottenburg eine Broschüre „Blutus, Russlands Bankrott“, heraus. In dieser Broschüre veröffentlichte der Angeklagte mit der Ueberschrift: „Das Martinische Buch“ einen Aufsatz, der im September 1905 bereits in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Blutus“ erschienen war. In dem Artikel wird die Frage aufgeworfen: „Wer ist Martin?“ und daran eine Ausföhrung geknüpft, in welcher eine an der Börse losporrierte Anekdote über ein angebliches Tischgespräch des Privatklägers mit einer Tischnachbarin wiedergegeben wurde. Diese Anekdote ist von dem Schöffengericht für beleidigend erachtet worden, da der Leser den Eindruck gewinnen müsse, daß der Privatkläger eine Art Mitgiftsjäger sei, der danach trachte, durch eine reiche Heirat Geld zu erwerben. — In dieser Sache hat schon vor einiger Zeit Termin in der Berufungskammer angesetzt, er wurde aber nach längerer Verhandlung vertagt, weil der Angeklagte noch mit neuen Beweisunterlagen hervortrat. Zum gestrigen Termin waren Zeugen nicht geladen, der Vorsitzende unterbreitete vielmehr den Parteien nochmals den Gehoben, den ganzen Streitfall durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Es kam folgender Vergleich zustande: „Der Angeklagte erklärt, daß er zur Zeit des Erscheinens des Aufsatzes die fragliche Anekdote für unwahr gehalten und nach seiner Ueberzeugung dies auch in dem Artikel zum Ausdruck gebracht habe. Er wolle auch heute seinerseits nicht behaupten, daß die Anekdote wahr sei. Der Privatkläger erklärt, daß er dem Angeklagten nicht den Vorwurf machen wolle, daß er aus Sensationslust und zum Zwecke des Selbsterwerbes den Artikel geschrieben habe.“ — Der Privatkläger nahm hierauf die Klage zurück, während der Angeklagte sich verpflichtete, die Kosten des Verfahrens zu tragen.

6 Jahre Gefängnis gegen einen 14-jährigen!

Der 14-jährige Sohn des Arbeiters Martin Jaenicke aus Kallischerheide überfiel seinerzeit auf dem Wege nach Rixstadt die Frau Eichowig. Er hieb auf dieselbe mit einem Stein ein, so daß sie demütlos liegen blieb, und raubte darauf aus ihrem Korbe 11,00 M. Bargeld und ein Taschentuch. Tags darauf wurde er verhaftet und ins Gefängnis abgeliefert. Das Schwurgericht in Ostrow hat ihn jetzt dafür zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Glaubt in der Tat, die herrschende Klasse, daß durch lange Gefängnisstrafen die durch die Gesellschaft selbst verursachte Verwahrlosung jugendlicher Personen beseitigt werden kann? Reht ihr das Gefühl dafür, was die Gesellschaft dem Kinde schuldet, und daß derartige Strafen nicht geeignet sein können, vor verbrecherischen Handlungen abzuschrecken, sondern diese zu mehren?

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 60 folgende Beiträge ein:

Gesammelt bei einer Eidecklerfeier 2,15. Rosenthal, Friedland 1,30. Sparverein Bergheimninnich, Reichsforst 5 20. — E. G. A. 25 5.—. Von Mitgl. d. 9. Männerabteilung d. Turnvereins „Fichte“ 15.—. Arb. d. Fa. Koldenhauer u. Meydorf 0,25. Arb. d. Fa. Zeiser u. Co. 15.—. Tischlerwerkstatt Thoms (Sechserklasse) 5.—. Thiele 1,50. Töb 2.—. G. R. 20.—. Ueberstuf von einer Kranzspende der Arbeiter der Firma G. Rient, Neue Königsstr. 74 14,50. Verband der Graveure u. Jüselere, Jülsale Berlin 100.—. Treptow, im hiesigen Grund, durch Boigt 2,30. Buchdrucker Bernh. Paul, 4. Rate 7,20. M. R., Müllerstr. 47 a 3.—. Vierprozentige vom Bau Gause, Pariserplatz 6.—. Hopfenblüte 8.—. Gesangverein Niederfreunde b. Senftenben, Johannisthal, Jubels Geburtstag 11,30. Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Zahlstelle Rixdorf 200.—. Zentralverband der Schmiede, Zahlstelle Königs-Wusterhausen 50.—. Rauchklub „Pappel“, M. d. A. R. 5.—. Herrenschneiderei Krause, Adersstr. 79 5.—. Kollegen von Joseph Hilbrandt durch H. Holz, Bureau des Widerverbandes 5,25. An Stelle eines Stimmzettels von einem deutschen Genossen im Auslande 17.—. Langjähriger „Vorwärts“-Abonnent 3.—. Tischlergesellen von Sommerlatte, Grenzauer Allee 100 3.—. Summa 636,75 M. Bereits quittiert 13 949,44 M. Summa 14 486,19 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegengenommen.

Vermischtes.

Ein Attentat auf den Schnellzug Berlin—Stettin wurde dieser Tage unweit Arnstadt i. Th. verübt. In der Nähe des Fürstenberges war von böhscher Hand eine eiserne Kette quer über die Schienen gelegt, offenbar in der Absicht, den Zug zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise wurde die starke Kette von den Rädern der Lokomotive gerissen. Die Eisenbahndirektion Erfurt hat auf die Ermittlung des oder der Täter eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt.

Wasserstand am 17. Januar. Elbe bei Ruyß —, — Meter, bei Dresden — 5 Sp., bei Magdeburg + 2,68 Meter. — Unstrut bei Strankfurt —, — Meter. — Oder bei Rathow + 4,26 Meter. — Weidmühlung + 4,12 Meter. — Oder bei Brielg + 5,22 Meter. — Oder bei Breslau Unterpel + 0,70 Meter.

